Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

# KLASSENKAMPF

April 1976, 4. Jhg./Nr. 5 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis 4.-

## Lügenpropaganda gegen das demokratische Kambodscha

Seit einigen Wochen führen die amerikanischen Nachrichtenmedien und die von ihnen beeinflußten Zeitungen in der ganzen Welt eine erbitterte Hetzkampagne gegen das kambodschanische Volk. Auch in Österreich schließen sich die bürgerlichen Zeitungen der Propaganda, die von den Interessen des amerikanischen Imperialismus getragen ist, an.

### AZ und US-Geheimdienst

Die AZ, das Zentralorgan der SPÖ schreibt in einem Artikel vom 15.April, in Kambodscha wären 500.000 Menschen umgebracht worden, praktisch die gesamte gebildete Schicht sei ausgerottet. Dabei gibt die AZ "gewöhnlich gut informierte Quellen" an, nämlich "US-Geheimdienstberichte und Flüchtlinge".

Sich bei der Darstellung von Tatsachen auf US-Geheimdienste zu berufen, ist wohl ein starkes Stück! Nach den Enthüllungswellen der letzten Jahre, bei denen ans Tageslicht kam, mit welchen Mitteln diese Verbrecherbanden im Dienste des US-Imperialismus arbeiten: Verleumdungen, Erpressungen, Korruption, Mord.

### US-Aggression forderte 400.000 Menschenleben

Die US-Aggression gegen Kambodscha forderte nach jüngst vom Kambodschanischen Informations-

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt



# Heraus zum 1. Mai!

**Maidemonstration: 12Uhr, Liebenbergdenkmal (gegenüber Universität-Ring)**
**Festveranstaltung: 30.4.76/19 Uhr Gewerkschaftshaus 4, Treitlstraße**

Wo es Ausbeutung und Unterdrückung gibt, dort gibt es auch Widerstand dagegen. Diese alte Erfahrung hat sich im letzten Jahr wieder bestätigt.

Weltweit entfaltet sich der Kampf der unterdrückten Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. In den imperialistischen Ländern nehmen die Kämpfe der Arbeiterklassen und des Volkes einen deutlichen Aufschwung. Auch in Österreich zeigt sich der wachsende Widerstand der Arbeiter- und Volksmassen gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerade in den letzten Monaten immer deutlicher.

Als die Kapitalisten bei der letzten Lohnrunde versuchten, die Folgen der Krise durch massive Lohnraubabschlüsse auf die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen abzuwälzen, und als die bürgerlichen Gewerkschaftsführer dem nichts als eine Politik der Kapitulation auf der ganzen Linie entgegensetzten, da erwachte der Kampfwille der

Fortsetzung auf Seite 9

Minderheitenpolitik:

## Volksgruppengesetz - ein Spaltungsmanöver

Die Demonstrationen gegen das geplante Volkszählungs- und Volksgruppengesetz vom 9.April 1976 waren bisher der stärkste Ausdruck des breiten Protests gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der Bourgeoisie.

Die wachsenden Proteste und diese Kampfschritte blieben nicht wirkungslos. Während sich nach dem Ortstafelsturm 1972 die drei Parlamentsparteien darauf eingeschworen hatten, v o r einer Regelung der Rechte der Minderheiten eine Minderheitenfeststellung durchzuführen, so scheint es derzeit, daß die Durchführung dieser Minderheitenfeststellung etwas zurückgestellt werden soll.

In dieser geschwächten Position versuchen die bürgerlichen Parteien besonders hinterhältig vorzugehen. Die weiter geplante Bevormundung der Minderheiten versuchen sie mit Phrasen von "Förderung und Stärkung der Min-

Fortsetzung auf Seite 13




**Klagenfurt: »Keine Einschränkung der Rechte der Minderheiten!«**

*Das "Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen" rief zu einer Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung für den 9.April auf. 3.000 Menschen folgten diesem Aufruf. Beim Hauptbahnhof sammelten sich die Demonstranten und marschierten zum Alten Platz, wo die Schlußkundgebung stattfand.*

*In der Abschlußkundgebung wurde von den verschiedenen Rednern betont, daß es von der Einschränkung der Rechte der Minderheiten zur Einschränkung anderer demokratischer Rechte kein weiter Weg sei, und daß die chauvinistische Politik nur dazu diene, die Werktätigen beider Sprachen von ihren brennenden sozialen Problemen abzulenken.*

## Die argentinische Junta setzt Militär gegen streikende Arbeiter ein

Daß die argentinische Militärjunta nur im Interesse des in- und ausländischen Finanzkapitals die Macht ergriffen hat, demonstrierte sie bald nach ihrem Machtantritt: Panzer und hunderte Soldaten wurden gegen die streikenden Arbeiter der Niederlassung von General Motors, des US-Autokonzerns, in Buenos Aires eingesetzt. Die US-Imperialisten hatten offensichtlich frischen Wind gewittert - wie auch die österreichische "Presse" ein Aufatmen in ganz Argentinien feststellt - und waren zur Kürzung der Arbeitspausen in der Spritzlackiererei gegangen. Dagegen wehrten sich die Arbeiter. Streiks aber hat die Junta gleich am 1.Tag verboten. 4 Gewerkschaftsführer wurden verhaftet.

## Verhaftungen in Polen

Mehrere Studenten in Lublin und Gymnasiasten in Warschau wurden verhaftet und von der Geheimpolizei als "Anführer oder Teilnehmer an staatsfeindlichen Unternehmungen" den Justizbehörden übergeben. Sie hatten Flugblätter gegen die sowjetische Oberhoheit und die Nachgiebigkeit Giereks gegenüber den neuen Zaren in Moskau hergestellt und verteilt. Ähnliche Parolen wurden an öffentlichen Gebäuden angebracht. Die neue Bourgeoisie Polens hat offenbar große Angst davor, daß die Wahrheit über sie verbreitet wird, besonders dann, wenn ihr Ausverkauf Polens und die erzwungene Abhängigkeit des Landes von den Sozialimperialisten angeprangert wird.

## UNO-Seerechtskonferenz:
# Gegen Hegemonismus auf den Weltmeeren

Gegenwärtig tagt die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. Fragen des Fischfangs, der Ausbeutung der Weltmeere werden behandelt.

Insbesondere die beiden Supermächte nutzten von jeher ihre technische, wirtschaftliche und militärische Überlegenheit zu einer rücksichtslosen Ausplünderung der Weltmeere und vor allem der Kontinentalsockel, d.h. der Küstengewässer.
Deshalb erheben auch viele Länder der Dritten Welt schon seit mehreren Jahren die Forderung nach einer Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 Seemeilen. Eine Reihe imperialistischer Länder, allen voran die beiden Supermächte und von ihnen wiederum ganz besonders die russischen Sozialimperialisten versuchen diese berechtigten Bestrebungen zu bekämpfen.
Der Grund für die wütenden Attacken der russischen Sozialimperialisten auf die Länder der Dritten Welt, die Anspruch auf die Kontrolle über ihre Küstengewässer erheben, liegt auf der Hand. Gegenwärtig unterhält die Sowjetunion die größte Fischereiflotte der Welt. Während die Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins, als sie noch ein sozialistisches Land war, 42% ihres Fischfangs aus Binnengewässern und von den verbleibenden 58% aus den Ozeanen über drei Viertel aus den eigenen Küstengewässern erzielte, stammten 1974 mehr als 91% des Fischfangs der russischen Sozialimperialisten aus weit von der Sowjetunion entfernten Gebieten. Der Fischfang der Sowjetunion stieg dementsprechend von weniger als 1,8 Millionen Tonnen im Jahr 1950 auf 9,6 Millionen Tonnen im Jahr 1974 - eine Steigerung, die fast ausschließlich auf die Ausbeutung fremder Gewässer zurückgeht. Über 80% des Gesamtfischfangs der Sowjetunion des Jahres 1974 stammt von den Kontinentalsockeln fremder Länder. Der 25.Parteitag der revisionistischen KPdSU legte fest, daß diese maßlose Ausplünderung in der nächsten 5-Jahres-Plan-Periode um ein weiteres Drittel gesteigert werden soll.

Auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Erfassung der Weltmeere unterhält die SU die größte aller Flotten. Diese Erforschung gibt vor allem den Supermächte die Grundlage für die fortgesetzte systematischd Ausplünderung fremder Gewässer. Darüber hinaus bietet sie einen Vorwand für Spionage und militärische Präsenz. Daher fordern gegenwärtig auch eine Reihe von Ländern der Dritten Welt auf der internationalen Seerechtskonferenz die Unterstellung der wissenschaftlichen Erforschung der Kontinentalsockel in einem Bereich von 200 Seemeilen unter die Jurisdiktion der Küstenländer.

Wütend bekämpft die sozialimperialistische Supermacht diese vernünftige Forderung. Sie stellt die Parole des "Rechts auf freie wissenschaftliche Erforschung" für alle Länder und internationale Organisationen auf, wohl wissend, daß die technische Überlegenheit der beiden Supermächte ein Monopol auf diese Forschung sichert. Dementsprechend treten auch die USA dafür ein, daß eine "qualifizierte Organisation" mit "rein wissenschaftlichen Zielen" das Recht auf Erforschung aller Meeresgebiete erhalten soll. Die "reine Wissenschaftlichkeit" ist dabei nichts weiter als eine Phrase zur Bemäntelung der imperialistischen Ausbeutungspläne.

Schließlich fordern Länder der Dritten Welt, daß die unterseeischen Bodenschätze, vor allem erzhaltige Gesteinsknollen sowie Erdöl, auf offener See allen Ländern gleichermaßen zugute kommen sollen und daß ihr Abbau daher unter die Kontrolle einer internationalen Organisation, der "Sea Bed Authority" (Meeresgrundbehörde) gestellt wird, die über die alleinigen Ausbeutungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsrechte verfügt. Dagegen verlangen die US-Imperialisten das Recht, selbst die Rohstoffe der Meere nach Belieben auszubeuten und der geplanten Behörde "begrenztes Überwachungsrecht" einzuräumen, d.h. sie von Anfang an zu einer Farce zu machen.

Die beiden Supermächte rauben die Weltmeere aus. Sie benützen die Fischerei und die wissenschaftliche Forschung als Vorwand, um die Souveränität anderer Länder über ihre Hoheitsgewässer zu verletzen. Die Forderungen der Länder der Dritten Welt auf der UNO-Seerechtskonferenz sind gegen den maritimen Hegemonismus der Supermächte gerichtet und verdienen die uneingeschränkte Unterstützung aller fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräfte.

(Quellen: Hsinhua, Neue Zürcher Zeitung)

H.W.

Fortsetzung von Seite 1

# Lügenpropaganda...

ministerium veröffentlichten Zahlen 400.000 Menschenleben! 250.000 Kambodschaner sind invalid. Die amerikanischen Geheimdienste, allen voran der CIA, waren maßgeblich an der Ausrottung dieser Menschen beteiligt. Und jetzt auf einmal werden sie moralisch, um Menschenleben besorgt! Wer soll das glauben?

Die andere Quelle: die Flüchtlinge. Beim Abzug der Reichen aus Saigon konnte man sehen, um welche Leute es sich da handelt: die Handlanger der USA in Indochina, die sich an der Unterdrückung des eigenen Volkes krumm verdient haben, die Angst vor der gerechten Bestrafung haben und Angst davor, nicht von der Arbeit anderer leben können, sondern selber einmal eine Schaufel in die Hand nehmen zu müssen und sich die zarten Händchen schmutzig zu machen.
Solche "Quellen" lehnen wir ab. "Schattenmenschen" regieren Khmers", lautet die Überschrift in der AZ. Und der reaktionäre außenpolitische Redakteur der AZ, Malte Olschewski wundert sich darüber, daß er die auf dem Volkskongreß gewählten Mitglieder des Staatspräsidiums nicht kennt. Und wenn er sie nicht kennt, kann sie eigentlich niemand kennen, schließt er scharfsinnig, schon gar nicht das kambodschanische Volk. Aber darin irrt er wohl. Denn an der Spitze von Staat und Regierung stehen kampferprobte Kader, die zum Teil ihre Erfahrung schon in einem jahrzehntelangem Kampf gegen den US-Imperialismus gesammelt haben, bzw. unter Beweis gestellt haben. So ist der Präsident des Staatspräsidiums Khieu Samphan, der Informationsminister Hu Nim, beides integre Persönlichkeiten, die dem Volk seit vielen Jahren bekannt sind und bereits vor 1970 als Vertreter der Linken in der Nationalversammlung saßen. Oder Pol Pot, der Ministerpräsident wurde. Er ist ein Vertreter der Gummiplantagenarbeiter im Volkskongreß.

Nur plumpe Lüge - das ist der Eindruck der bleibt, wenn man sich den AZ-Artikel überlegt.

### Der Sieg des Volkes läßt die Imperialisten nicht ruhen

Seit dem Sieg des kambodschanischen Volkes versuchen die US-Imperialisten und ihre Handlanger auf der ganzen Welt, Kambodscha unter Druck zu setzen, die Politik der Unabhängigkeit aufzugeben, sich wieder unter die amerikanische Fuchtel zu begeben. Dazu starteten die US-Imperialisten Propagandakampagnen gegen Kambodscha, finanzierten und bewaffneten Sabotagetruppen im Land, provozierten den bekannten Mayaguez-Zwischenfall. Erst neulich, am 25.Februar griffen amerikanische Bombenflugzeuge die Stadt Siem Reap an und verursachten große Schäden.
Aber das kambodschanische Volk läßt sich durch solche Aggressionsakte von seinem selbstgewählten Weg der Unabhängigkeit, der Demokratie und der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen nicht aufhalten.

R.F.

## Gehaltsabschluß im öffentlichen Dienst

# Lohnraub durchgesetzt -doch Widerstand festigt sich

Die Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst haben am 8.April für viele kein gutes Ende genommen. Mit dem gestaffelten Prozentabschluß 10,5% für die Niedrigstverdiener und bis zu 6,5% für die Höchstverdiener ab 1.Juli 1976, und für alle 1,5% ab 1.Jänner 1977, geltend bis Ende 1977, wude für die übergroße Mehrheit ein Abschluß fixiert, der dem dauernden Lohnraub nichts entgegensetzen kann.

Daneben gab es einige Regelungen bei Spartenproblemen. So wurde ab jetzt auch bei den Eisenbahnern die sonst im öffentlichen Dienst übliche zweijährige Vorrückung fixiert. Bis jetzt hatten sie als einzige eine dreijährige Vorrückungszeit. Über die ebenfalls geforderte Verwaltungsdienstzulage für die Mehrarbeit der Lehrer werden erst am 7.Mai die Verhandlungen aufgenommen. Während der Verhandlungen ist ein ausständiger Restbetrag aus dem letzten Gehaltsabkommen unter den Tisch gefallen, sodaß die öffentlich Bediensteten hier um den Betrag etwa eines Monatsgehalts umgefallen sind.

### Der Druck von unten nimmt zu

Bereits vor und während der gesamten Verhandlungsdauer waren die Führungen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Post, Bahn, Gemeindebedienstete, Bundesbedienstete) unter einen immer stärkeren Druck von unten gekommen.
Auf Dienststellenversammlungen, Protestversammlungen, in Resolutionen protestierten die Werktätigen im öffentlichen Dienst gegen die Verhandlungführung durch die Gewerkschaftsführung. Es war immer mehr kleinen Beamten und Vertragsbediensteten klar geworden, daß hier ihre Interessen immer weniger vertreten wurden. Die Gewerkschaftsführung kam immer mehr zu dem in Widerspruch, was sie zu Beginn der Verhandlungen, aufgrund des starken Unmuts unter den Kollegen, als Verhandlungslinie festlegen hatte müssen: "...daß durch die neue Gehaltsregelung kein Bediensteter einen Reallohnverlust erleiden darf und daß die Bezieher kleinerer Einkommen bei der kommenden Bezugsverbesserung stärker berücksichtigt werden müssen." ("Der öffentliche Bedienstete" 4/76).

Die immer stärkere Ausplünderung über Preis-, Tarif- und Steuererhöhungen und die damit erfolgte Verschlechterung der Lebensbedingungen hatten bei immer mehr Beamten und Vertragsangestellten die Notwendigkeit gezeigt, sich in einer wirkungsvolleren Art und Weise dagegen zu schützen, als es das letzte Gehaltsabkommen getan hatte. Insbesondere die lange Laufzeit und das gleichzeitig damit verbundene Stillhalteabkommen waren die Angriffspunkte. Doch die Diskussion ging noch weiter und erfaßte auch die Höhe der Forderungen und insbesondere die Prozentforderung; für eine kleine Minderheit ein Vorteil - für die übergroße Mehrheit ein Nachteil, und außerdem ein Mittel zur Aufspaltung der Werktätigen, wurde von vielen kritisiert. So mußte dann auch "Der öffentliche Bedienstete", die Gewerkschaftszeitung der Bundesbediensteten schreiben, daß die "Diskussion quer durch alle Fraktionen" ging, und weiters "wurden auch Extremstandpunkte vertreten, wie etwa die Abgeltung der Teuerung durch einen einheitlichen Betrag ohne Unterschied der Dienstklasse und der Verwendungsgruppe.

### Die Finanzkrise des bürgerlichen Staates

Die in der Krise sich immer verstärkenden Widersprüche, der zunehmend volksfeindliche Charakter des bürgerlichen Staates führen zu einer Aufblähung des Staatsapparates und gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Staatsapparat immer schlagkräftiger zu gestalten, um so den sich entwickelnden und zu erwartenden Widerstand in Schranken halten zu können.

Während sich in den Jahren 1970-75 die Zahl der öffentlich Bediensteten insgesamt um 4,8% erhöhte, vermehrte sie sich im gleichen Zeitraum in den Zentralstellen um 11,1 %. Die Dienstposten bei der Sicherheitswache wurden um rund 700 erhöht, dafür wurden sie bei den Eisenbahnern um 3.300 gesenkt. Für 1976 soll die Zahl der Dienstposten konstant bleiben, nur bei der Sicherheitswache soll sie gleich um 455 erhöht werden.

An den Staat werden immer größere finanzielle Forderungen gestellt, für deren Erfüllung das Staatsdefizit immer größer und die Abhängigkeit vom Finanzkapital immer direkter wird. 1976 machte der Staatsschuldendienst bereits die gigantische Summe von 23 Milliarden Schilling aus. Dabei entfielen davon annähernd die Hälfte auf Zinszahlungen an das in- und ausländische Finanzkapital, ein Betrag, der die die Hälfte des gesamten Lohnsteueraufkommens verschlingt.

### An erster Stelle das Interesse des bürgerlichen Staates

Für den bürgerlichen Staat - als Dienstgeber und als Sachwalter der Bougeoisie - ging es bei diesem Gehaltsabschluß um die Bewältigung mehrerer Probleme. Einerseits konnte man sich das Budget nicht noch mehr belasten, was nur zu lösen war, indem man den Abschluß für den Großteil möglichst niedrig hielt. Andererseits mußte man die Privilegien des höheren Beamtenapparats, auf dessen Loyalität die Bourgeoisie angewiesen ist, erhalten. Zugleich war er an einer möglichst langen Laufzeit, gekoppelt mit einem Stillhalteabkommen interessiert.

Dem standen allerdings von Anfang an die Interessen der großen Mehrheit der Beamten und Vertragsbediensteten entgegen. Denn mehr als 350.000, das sind 70% der über 500.000 Beamten und Vertragsbediensteten, verdienen weniger als

Fortsetzung auf Seite 4

### Straßenbahner-Proteststreik in der Hauptwerkstätte Simmering



Zwei Tage bevor der Gehaltsabschluß endgültig fixiert wurde, als aber bereits klar war, daß die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten dem Regierungsangebot zugestimmt hatte, legten die Arbeiter der Zentralwerkstätte am 6.April die Arbeit nieder. Ein Teil hatte bereits in der Früh die Arbeit schon gar nicht aufgenommen, sondern diskutierte erregt mit den Kollegen die Folgen, die ein solcher Abschluß für sie bedeutete.
Besonders empört waren sie über die lange Laufzeit von 18 Monaten.
Für die meisten, sogar eher für die besser Verdienenden, kamen da nicht mehr als höchstens drei oder vier Hunderter Netto heraus- und dann für eineinhalb Jahre gar nichts.
Um 9 Uhr 30 fand dann eine Versammlung im Wagenbau statt, auf der dem Obmann des Dienststellenausschusses Hölzl der Protest an die Gewerkschaftsführung gezeigt wurde. Nach dem Mittagessen wurde dann die Arbeit wiederaufgenommen, nachdem die Straßenbahner mit dem Streik klar ihre Ablehnung des Gehaltsabkommens ausgedrückt hatten.

#### Bewährungshilfe/Geschäftsstelle Wien

### Resolution an die Gewerkschaftsführung

Auch bei der Bewährungshilfe kam es während der Gehaltsverhandlungen zu einem Zusammenschluß der Kollegen. Auf Initiative einer Gruppe fortschrittlicher Kollegen, die an den Gewerkschafts-Betriebsausschuß herantreten, kam es am 6.April zu einer Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder. Dort wurde beschlossen, eine Resolution an das Verhandlungskomitee der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu schicken. Gleichzeitig sollte sie in allen Geschäftestellen der Bewährungshilfe in ganz Österreich aufgelegt werden.

DIE RESOLUTION ENTHIELT IM WESENTLICHEN FOLGENDE FORDERUNGEN:

- Abrechnung der seit 1.10.74 ausständigen Teuerungsabgeltung, wie sie im Gehaltsabkommen vom 2.9.71 festgelegt ist.
- Forderung nach einem einheitlichen Betrag in der Höhe von 1.000 S, für alle gleich
- Ein Jahr Laufzeit des Abkommens, und nicht länger. Kein Stillhalteabkommen.
- Einhaltung des Termins vom 1.Juli 1976.
- Entschiedenes Auftreten gegen die Beamtenhetze.

Die Resolution wurde von allen drei Fraktionen der Personalvertretung und vom Gewerkschafts-Betriebsausschuß unterstützt.

W.S.

## Bericht von der Post

# Breite Debatte um Festgeldforderung

*Die Hetze in den Zeitungen und von den Regierungsmitgliedern, die Weigerung der Gewerkschaft, uns über die Verhandlungen und über das abgelaufene Abkommen zu informieren, brachte die Kollegen bei uns in der Mödlinger Telefonzentrale dazu, den Vertrauensmann zu einer informativen Aussprache am 24.März nach Mödling zu holen. Dabei nützte ich die Gelegenheit mit eigenen Vorschlägen aufzutreten. Nachdem ich einen ersten Entwurf mit mehreren Kollegen besprochen hatte, kam folgende Endfassung zustande.*

**(siehe Kasten)**

### Vorschläge an die Betriebsversammlung

In der letzten Zeit häufen sich die gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen. Dafür gibt es mehrere Gründe:
Als 1966 ein Protestmarsch das ausgelaufene Gehaltsabkommen brachte, hatten viele von uns eine Hoffnung, daß der Gehalt real steigt. Zwischendurch gab es Zulagen (vergleichbar innerbetrieblichen Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft), die zwar nicht jeder, oder nicht jeder gleich hoch bekam, aber die den Unmut dämpften, der sich immer aufs Neue bildete. So gab es 1971 keinen Widerstand, als das Abkommen bis 1975 verlängert wurde.
Durch den steigenden Preisindex und die Steuerprogression blieb von den Gehaltserhöhungen für viele nichts über (die Überstunden und die Nebenbeschäftigungen sprechen dafür). Als wir daher voriges Jahr unseren Vertrauensmann nach Mödling holten, hatten wir fünf Punkte zur Diskussion gestellt. Es wurde uns eine Endabrechnung des Abkommens mit sieben Prozent für Jänner versprochen. Nun, der Jänner ist vorbei. Und wieder begannen geheime Verhandlungen. Gerüchte über Prozentforderungen, die oftmals in Abrede gestellt werden, wurden in Umlauf gesetzt. Die Information ist gleich Null.
Das, grob skizziert, und in manchen Fällen noch ärgere Sachen, veranlaßt manche Kollegen zu einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung.
Aber:

- Der Protestmarsch 1966 wurde gegen den Willen der Gewerkschaft durchgeführt - bei der Ausarbeitung eines Gehaltsabkommens aber alles, ohne Kontrolle, der Gewerkschaft überlassen;
- nach 1971 bildeten sich Gruppen, die Vorschläge zu einer Gehaltsverbesserung vorlegten. Die Gruppen wurden nie zusammengefaßt. Die Vorschläge nie breit diskutiert;
- manche Kollegen setzten sich an die Spitze einer Gruppe, um so besser einen Posten zu ergaunern. Wir kontrollierten sie nie. Wir haben uns stets darauf verlassen - "der " macht es schon;
- bei unserer Versammlung im April 1975 konnten wir keine gemeinsame Forderung aufstellen. Wie die zusammenkunft ausschaute, weiß jeder der dabei war.

Ich glaube also sagen zu können: Nicht der Umstand <u>allein</u>, daß in der Gewerkschaft Leute sitzen, die uns verkaufen und der Regierung die Mauer machen, ist Schuld an unserer Misere. Unser blindes Vertrauen in die gewählten Vertreter, unser Desinteresse an der gewerkschaftlichen Arbeit, der Unglauben an die Durchsetzbarkeit einer Sache sind <u>genauso</u> verantwortlich für diesen zustand. Ein austritt aus der Gewerkschaft oder nichts tun ist gleich bequem. Nur scheint mir das nicht der richtige Weg zu sein, die Lage zu unseren Gunsten zu verändern.

Ich glaube daher, daß die fünf Punkte vom Vorjahr noch aktuell sind:

1) <u>Aufstellen einer ausreichenden Schillingforderung,</u>
die Höhe muß sich nach unseren Bedürfnissen richten und durchsetzbar sein
2) <u>Abschluß eines kurzfristigen Abkommens,</u>
für ein Abkommen, das vorteilhaft ist, müssen wir uns immer einsetzen. Bei langfristigen Abkommen - an die wir gebunden sind - können sich die Verhältnisse rasch zu unseren Ungunsten verändern
3) <u>Keine Bindung an den Index,</u>
nicht Rechenkunststücke können die Basis für unsere Forderungen sein
4) <u>Aufdecken des Verhandlungsstandes zwischen Regierung und Gewerkschaft,</u>
als Betroffene eines Gehaltsabkommens müssen wir informiert sein, um jederzeit aktiv eingreifen zu können
5) <u>Vorbereitung aller bei uns gefaßten Beschlüsse auf allen Dienststellen über die Vertrauensmännerinformation</u>

Weiters bin ich für die Steuerfreiheit für Gehälter bis 10.000,- S. Die Steuergelder, die wir abliefern, auch in Form von indirekten Abgaben (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw.), werden der Wirtschaft wegen angeblicher Arbeitsplatzsicherung zugeschaßt. Die Betriebe, die trotz solcher Spritzen schließen und selbst die Aufnahmesperre bei uns zeigt das Gegenteil. Z.B. hat die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden keine Mehreinstellung bewirkt. Dem gesteigerten Verkehrsaufkommen steht gegenüber die Budgetbelastung für Beamtengelder von 1966 in der Höhe von 35,29 %, und im Jahre 1975 in der Höhe von 35,97 %. Die Äußerung - die Beamten kosten soviel - soll weniger der Information als zur Verhetzung der Bevölkerung gegen berechtigte Forderungen der Beamten dienen.

*Bei der Betriebsversammlung wußte der Vertrauensmann zu berichten: die Mehrleistungszulage wurde in Graz und Klagenfurt um 70,- S gekürzt, das Kilometergeld für private Kraftfahrzeuge wird nicht angehoben; daß wir, verglichen mit anderen vergleichbaren Berufssparten einen Gehalt beziehen, der bis 2.000.- S geringer ist.*

*Weiters versprach der Vertrauensmann, nun alle 3 Monate zu uns zu kommen (seit April 1975 war er nicht mehr bei uns gewesen). Auch versprach er, die Diskussion von Mödling zusammenzufassen und in der Vertrauensmännerinformation zu verbreiten.*

*Nach einem Überblick wurde über meinen Vorschlag diskutiert. Dabei gab es eine breite Debatte um die Festgeldforderung, einen gleichen Schillingbetrag für alle. Dabei war die Spaltung noch groß. Gerade Kollegen als Führungskräfte, die über 10.000.- verdienen, wollten lieber auch auf eine größere Erhöhung vermichten, als daß sie für einen gleichen Betrag für alle eintreten würden. Doch wie wichtig ein Betrag von 1.500.- bis 2.000.- S ist, sieht man erst, wenn man weiß, was man so bei der Post verdient:*
*58% verdienen brutto bis 6.000.- S und 80% unter brutto 10.000.-S. Insgesamt wurde aber eine Schillingforderung nicht fallengelassen.*

*Bei der Debatte über die Zulagen zeigte sich deren schädliche Wirkung. 1972 war eine Lohnerhöhung von den Kollegen im Fernmeldebetriebsamt gefordert worden, zusätzlich zum Gehaltsabkommen. Die bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre waren geschlossen dagegen. Als es nicht mehr anders ging - schuf man die Mehrleistungszulage. Da der Iststand an Personal unter dem Sollstand liegt, soll die mehrgeleistete Arbeit vergütet werden. Also nicht die geforderte Lohnerhöhung war maßgebend, sondern ein von der Verwaltung eingeschätzter und gerade noch gebilligter Personalbedarf. Und bei uns sagte daher folgerichtig ein Kollege: "Wir C-Beamte (Facharbeiter) erhalten auch B-Beamte (Ingenieure, Aufstiegsbeamte), denn ihr habt kein Minus an Leuten, aber ich z.B. arbeite auf einem Posten, wo laut Plan 3,7 nötig wären."*

*Eines zeigt sich: Egal wie die Verhandlungen ausgehen, egal wie die Parteien dazu stehen, - bei uns liegt es, unsere Forderungen aufzustellen und zu erkämpfen.*

*H.W.*

### Verschuldung der Gemeinden-30 Milliarden

Wie der Generalsekretär des Städtebundes Schweda auf dem österreichischen Städtetag bekanntgab, betrug im Jahre 1973 die Verschuldung der Gemeinden bereits über 30 Milliarden. Die Zinsenlast betrug 2,5 Milliarden. In der Zwischenzeit ist dieser Betrag bereits erheblich gestiegen, doch könne jetzt noch kein Überblick darüber gegeben werden.

Fortsetzung von Seite 3

# Öffentlicher

10.000.- Schilling, und nur ein verschwindend geringer Prozentsatz von ewa 8.000 Hofräten, Sektionschefs, Oberamtsräten und Regierungsmitgliedern,genießen wirkliche Privilegien.

Diese sind nicht nur eine Frage der besonderen Höhe des Gehalts. Die bürgerliche Klasse kauft sich die Beamtenspitze und diese gehört immer mehr selbst auch zur Bourgeoisie. Mit ihren Aufsichtsratsposten, Nationalratssitzen, Staatssekretätsposten verschmelzen sie z.T selbst mit dem Finanzkapital.

Die bürgerlichen Gewerkschaftführer sind im Zuge der Verhandlungen Schritt für Schritt von der zu Beginn aufgestellten Verhandlungslinie abgewichen. Denn wie sollten sie auch nicht. Sie gehören direkt der obersten Beamtenhierarchie an, und vertreten auch deren Interessen. Die Vorsitzenden der Eisenbahn und der Postler sind Nationalratsabgeordnete, Gasperschitz von den Bundesbediensteten ist Landesgerichtsrat und Nationalrat, usw.

Diese Spaltung zog sich dann auch durch die gesamten Verhandlungen hindurch. Auf der einen Seite die Kollegen, die die Verschlechterung der Lebensbedingungen immer deutlicher spürten und auf der anderen Seite die Gewerkschaftsführung, die versuchte, diese große Mehrheit ihren Interessen unterzuordnen.

Und wie man während der Verhandlungen gesehen hat, war es da unwichtig, ob sie der SPÖ oder auch der ÖVP, wie Gasperschitz, angehörten. Sie richteten sich ausschließlich an den Interessen des bürgerlichen Staates aus. Ein erster Schritt auf das hin war, daß man immer wieder auf die schlechte Wirtschaftslage im allgemeinen und auf die "besonders schwierige" Lage des Staates hinwies. Damit begründete man, daß man doch nicht "maßlos in seinen Forderungen" sein konnte, und

### Zuwenig Posten für Pflichtschullehrer

Für die Absolventen der Pädagogischen Akademien stehen viel zuwenig freie Lehrerposten zur Verfügung. Für die zu erwartenden 400 Absolventen gibt es nach verschiedenen Auskünften zwischen 50 und 120 Dienstposten an den Wiener Schulen. Obwohl die Klassen zum größten Teil überfüllt und zu groß sind, wird hier der "Dienstpostenstopp" voll angewandt.

## Dienst...

außerdem sollte man doch auch auf die Abschlüsse der anderen Berufsgruppen schauen. Da wirkten sich ganz besonders die Lohnraubabschschlüsse bei den Metallarbeitern und bei den Industrieangestellten aus.

So stellte der Zentralvorstand der Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten einstimmig fest, daß "die öffentlich Bediensteten für sich nur die gleiche Lohn- bzw. Gehaltsver"besserung" verlangen wie alle anderen Gehalts- und Lohnempfänger in Österreich". Der zweite Schritt zur Durchsetzung der Interessen des bürgerlichen Staates war dann die gestaffelte Prozentforderung anstelle einer einheitlichen Schillingforderung, eines festen Betrages für alle gleich hoch. Denn schaut man sich einmal den Betrag der Erhöhungen genauer an, dann wird die Demagogie der Gewerkschaftsführer sichtbar, wenn sie erklären, "daß die gefundene Kompromißlösung der gestaffelten Prozentsätze allen gerecht werden kann, und daß man mit dieser Lösung einen Ausgleich der stärkeren Belastung der Bezieher niedriger Einkommen sicherstellen könne."

Für etwa 350.000 kleine Beamte und Vertragsbedienstete heißt das Bruttoerhöhungen zwischen 421.- und 795.- Schilling im Monat.

Dagegen jedoch schaut die Erhöhung für die Staatsparasiten natürlich schon anders aus. Ein Sektionschef erhält mit seiner 6,5%-Erhöhung jezt noch zu seinen 37.533.- zusätzlich 2.439.- S, wobei hier die Zulagen etwa dieselbe Höhe noch einmal ausmachen. Desgleichen ein Universitätsprofessor, oder aber ein Oberamtsrat, die Nationalratsabgeordneten, Minister und Staatssekretäre.

### Die Spaltung bedeutet eine Schwächung

Eine Schwächung der Kollegen im öffentlichen Dienst bedeutete ihre Abspaltung von der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung. Mit einer vehementen Hetze der Regierung gegen die öffentlich Bediensteten versuchte man, den Unmut der Arbeiterklasse und des Volkes über die steigenden Belastungen auf die kleinen Beamten und Vertragsbediensteten zu lenken. Indem man von den "gierigen und unersättlichen Beamten" sprach, "die uns allen so viel Geld kosten" würden, wollte man es so hindrehen, als ob diese Regierung die Interessen des Volkes gegen die maßlosen Beamtenforderungen verteidigen würde.

Doch fragen wir uns, wer plündert das Volk aus, wer schikaniert es, wer führt eine immer offen volksfeindlichere Politik durch. Natürlich Teile der öffentlich Bediensteten. Aber das sind in allererster Reihe einmal die Minister, die Regierung, die Staatssekretäre, Sektionschefs, das ist die kleine Minderheit der Beamtenspitze. Daß ein Eisenbahner, ein Postler, ein Strassenbahner oder eine Krankenschwester das Volk ausplündert oder schikaniert, wird wohl niemand behaupten wollen. Doch indem man alle in einen Topf wirft, versucht man so, Stimmung gegen die große Masse der schlecht verdienenden öffentlich Bediensteten zu machen.

Der Zweck war die Durchsetzung des Lohnraubs und das Mittel dazu, die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen.

### Was weiter nach dem Abschluß

Bei all der Offensive des Staates als Arbeitgeber ist es ihm doch nicht gelungen, die seine Vorstellungen durchzudrücken. Am Schluß der Verhandlungen ist er von der Verankerung eines Stillhalteabkommens abgekommen. Das heißt, daß diesmal, im Gegensatz zum letzten Abkommen, das Gehaltsabkommen von der Gewerkschaft jederzeit aufgekündigt werden kann und neue Gehaltverhandlungen aufgenommen werden können. Von daher kann man auch sagen, daß die Aktionen in den Dienststellen, die sich in den letzten Wochen gehäuft haben, einen guten ersten Schritt bildeten. Die Resolutionen und die Forderungen nach einer vorzeitigen Aufkündigung des Gehaltsabkommens, einer Erhöhung, die einer Verschlechterung des Lebensniveaus entgegenwirkt, die von vielen Dienststellen aufgestellte Forderung nach einem festen Betrag, für alle gleich, dürfen jetzt nicht vergessen werden. Ihre Verbreitung in der Gewerkschaft, in den anderen Dienststellen, ist jetzt notwendig. Gleichzeitig muß man allen Versuchen der weiteren Spaltung entschieden entgegentreten, allen Versuchen des bürgerlichen Staates, seine reaktionäre Politik auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung durchzusetzen. -R-



Textilfusion Ost

# Kampf gegen die Stillegung der Pottendorfer Spinnerei

*Das derzeit aktuellste Projekt der "Strukturreformen", die Textil-Ost-Lösung ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Diese Fusionierung der größten Textilbetriebe Ostösterreichs, zu einem einheitlichen Konzern unter der Kontrolle der Großbanken, ist ein erster Schritt einer ganzen Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der SP-Regierung. Als nächstes ist eine Fusionierung der größten Chemiebetriebe (ÖMV und Chemie-Linz) und Veränderungen auf dem Sektor Kohle geplant. Außerdem soll eine enge Kooperation zwischen den branchengleichen Betrieben der Verstaatlichten und der verstaatlichten Großbanken hergestellt werden. Mit Argusaugen verfolgen die Vertreter der Privatindustrie diese Bestrebungen. Und es wurden auch schon kritische Stimmen (Musil: "Ja zur Kooperation, nein zur Unterordnung") laut. Wie lange sich auch diese "Strukturreformen" hinziehen werden, die Gewinner werden die Banken sein. Mit diesen "Reformen" setzt sich jetzt verstärkt die Tendenz der Kontrolle immer größerer Bereiche der industriellen Produktion durch immer weniger Großbanken, dem Finanzkapital, durch.*

*Nach der Fusion der Vöslauer, Micheldorfer, Pottendorfer und Piering zu einem einheitlichen Konzern unter der Kontrolle der Creditanstalt soll dieser einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Schilling erzielen. Dazu werden ca. 180 Mill. S Rationalisierungsinvestitionen eingesetzt. Diese Mittel, die aus billigen Fonds stammen, sollen die Betriebe des Konzerns "auf den neuesten Stand" bringen. Das heißt, daß zwei Betriebe, das Werk Möllersdorf der Vöslauer Kammgarn und die Pottendorfer Streichgarnspinnerei, einfach aufgelassen werden. Und dies, obwohl beide Betriebe vor kurzer Zeit mit modernen Maschinen ausgestattet wurden. Für die Arbeiter heißt aber das "Auf-den-neuesten-Stand"-bringen, daß von den in diesen Betrieben beschäftigten 2.500 Arbeitern und Angestellten mindestens 500 bis 600 ihren Arbeitsplatz verlieren werden.*

### Streichgarnproduktion soll eingestellt werden

Besonders hart trifft diese "Strukturpolitik" die Arbeiter und Angestellten der Pottendorfer Spinnerei. Die Streichgarnproduktion dieses Werks soll von Pottendorf nach Heidenreichstein im Waldviertel verlegt werden. Dadurch sollen 235 Arbeiter und Angestellte gekündigt werden. Ein Teil soll im benachbarten Felixdorf, in der dortigen Textilfabrik, Arbeit finden. Die große Mehrheit, meist ausländische Kollegen und Angestellte, sollen selbst schauen, wie sie wieder zu einer Arbeit kommen.

Aber die Pottendorfer haben den Kampf gegen die Stillegung aufgenommen. Die Pottendorfer wissen aber auch um die schwierigen Kampfbedingungen. Viele sind in dieser Gegend arbeitslos. Allein im Bezirk Baden haben in den letzten Jahren etwa 1000 Textilarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Die, die heute noch Arbeit haben, leben in ständiger Angst vor Arbeitslosigkeit. So kann aus ihnen das letzte herausgeholt

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

# Kampf gegen Stillegung...

werden. Obwohl bereits bekannt wurde, daß die Maschinen am 12.Juli abtransportiert werden sollen, wurde vor wenigen Monaten noch eine dritte Schicht eingeführt. Jetzt will man noch herausholen, was drinnen ist.



**Staribacher:** "Ich sage ganz offen, es ist nicht gelungen, die Pottendorfer davon zu überzeugen, daß wir durch diese Konzernverbindung auch für sie eine bessere Lösung finden."

Für die Pottendorfer Arbeiter hat sich in der letzten Zeit einiges geklärt: "Wir wissen jetzt genau, wer unser Feind ist, und von wem wir uns nichts, aber rein gar nichts erwarten können," sagte ein Pottendorfer Arbeiter, der in Kürze abgebaut wird, und unter Umständen das "Glück" haben wird, in Felixdorf unterzukommen, allerdings schlechter bezahlt. "Die Maschinen hat man erst vor zwei Jahren um 35 Millionen Schilling gekauft und sogar die Wand von einer Halle niederreißen müssen, um diese überhaupt reinzubekommen. Und jetzt schleppt man sie nach Heidenreichstein, in eine Fabrik, wo jetzt erst die Grundmauern der Halle stehen, wo die Maschinen reinkommen sollen. 12 Millionen S hat man im vergangenen Jahr an Gewinn aus uns rausgeholt, aber das war ihnen zu wenig. Wahrscheinlich können die Herren von den Banken die Arbeiter im Waldviertel noch besser runterdrücken als uns. Und die Gewerkschaftsführung hat da auch nichts gemacht. Mit einem großen Mercedes sind's dahergekommen, haben sich die Fabrik angeschaut, haben mit dem Direktor lange geredet - und sind wieder weggefahren. Die stecken ja in den großen Banken miteinander unter einer Decke. Dann ist noch ein kleiner Gewerkschaftssekretär gekommen, der hat aber nichts gewußt, und gesagt hat er, daß wir halt eine andere Arbeit suchen sollen, er wird uns schon dabei helfen.-Nur soll der einmal in dem ganzen Bezirk eine anständig bezahlte Arbeit finden...."

### Im Kampf wächst die Einheit

Aber, was das wichtigste ist: die Pottendorfer Arbeiter ließen sich von den schwierigen Bedingungen nicht gleich unterkriegen, sie stellten die Einheit gegen die Kapitalisten und den Staat her und schlossen sich mit der Bevölkerung zusammen. Ein überparteiliches Komitee, in dem sich Arbeiter, Angestellte, Betriebsräte und Gemeinderäte zusammenfanden, organisierten eine Unterschriftenaktion. 6000 Unterschriften wurden gesammelt. Eine Protestversammlung wurde abgehalten. Aus den umliegenden Betrieben kamen Solidaritätserklärungen. Doch die Gewerkschaftsführung stand abseits. Und die Kapitalisten und ihr Staat wollen weiterhin an ihrem Projekt festhalten. Aber einen wichtigen Erfolg haben die Pottendorfer erzielt: Schon die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes gegen die Kapitalisten ist gewachsen. Und die Einheit und Solidarität der Arbeiter und der übrigen Werktätigen. -K-

## Netto bleiben 22%

"Bei allen Gehalts- oder Lohnerhöhungen verdient in erster Linie der Staat gewaltig mit.
Ich möchte an Hand folgendes Beispiels zeigen, wie meine Gehaltserhöhung für 1976 aussieht:

| | |
|---|---|
| Nach 23 Dienstjahren bezog ich im Jahr 1975 einen Bruttogehalt von | S 13.752.— |
| abzüglich Sozialversicherung und Pensionsversicherung | S 1.318.50 |
| abzüglich Lohnsteuer | S 2.529.40 |
| Nettobezug | S 9.904.10 |

Nach 24 Dienstjahren sieht für 1976 dies wie folgt aus:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Bruttogehalt | S 14.023.— | + S 271.— | |
| abzügl. Sozialversicherung und Pensionsversicherung | S 1.500.— | + | S 181.50 |
| abzügl. Lohnsteuer | S 2.559.70 | + | S 30.30 |
| Nettogehalt | S 9.963.30 | S 271.— | S 211.80 |
| | | + Netto | S 59.20 |

| | |
|---|---|
| Von der kleinen Erhöhung von | S 271.— |
| bleiben mir Netto | S 59.20 das sind 22 % |

bei dieser Teuerung eine Ironie!

## Papierfabrik Rechberg/Völkermarkt
# Einigkeit gegen Lohnkürzung

Mit Lohnkürzungen, die seit Mitte Jänner bei allen 300 Arbeitern generell vorgenommen werden, will der ausländische Besitzer der Papierfabrik seinen Profit vergrößern.
Der Stundenlohn der Arbeiter wurde vom Papierkapitalisten, ohne vorher ein Wort darüber zu verlieren, von 45,90 S auf 37,10 S (das sind 15 bis 20 %) herabgesetzt. Ein Arbeiter, der früher z.B. 7.323 S im Monat verdiente, bekommt jetzt pro Monat um 1.391 S weniger!!
Ungefähr hundert Arbeiter, die diese Lohnkürzungen nicht einfach hinnehmen wollen, sind daraufhin zum Arbeitsgericht in Völkermarkt gegangen, um den Kapitlisten zu klagen. Es hat deshalb nur ein Teil der Arbeiter "gewagt", diesen Schritt zu machen, und zu fordern, was ihnen zusteht, weil die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, daß die "aufsässigen" und unzufriedenen Arbeiter entlassen werden, wenn sie sich über diese Ausplünderung aufregen.
Bei der hohen Arbeitslosigkeit im Raum Völkermarkt (die Arbeitslosenrate beträgt 12,5 %) wäre es für den Kapitalisten ein Leichtes, genügend andere Arbeiter zu finden - die Entlassenen jedoch hätten nicht mehr viel Chancen eine neue Arbeit zu bekommen.
Noch vor der angesetzten Verhandlung kam eine außergerichtliche Einigung zustande. Die Firmenleitung erklärte, die garantierten Ist-Löhne einmal bis Mai zu bezahlen. Jetzt sollen die Verhandlungen aufgenommen werden. Doch damit ist der Angriff des Kapitalisten nicht geschlagen, sondern nur für eine bestimmte Zeit zurückgedrängt und es hängt von der Einigkeit und der Geschlossenheit der Kollegen ab, ob es gelingt hier dem Kapitalisten in die Schranken zu weisen.

## Bei Philips-Hornyphon
# Ob Aufträge oder nicht- die Ausbeutung bleibt

Von der Gewerkschaftsführung und auch von vielen Kollegen ist oft das Argument zu hören: wir müssen beim Lohn Verzicht üben, damit die "Gewinne der Unternehmer" steigen und wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. "Wenn die Krise einmal überwunden ist, und die Konjunktur wieder da ist, geht es auch uns wieder besser".
Mit demselben Argument tritt die Gewerkschaftsführung auch für die sogenannten "Konjunkturbelebungsmaßnahmen" ein und begrüßte die Milliardengeschenke der Regierung für die Kapitalisten aus Steuergeldern, "obwohl das zwar unangenehm für die Arbeitnehmer ist, wenn der Staat deshalb Steuern und Tarife erhöhen muß" (Solidarität, März).
Ganz abgesehen davon, daß Lohnverzicht und Steuererhöhungen nichts mit der Sicherung der Arbeitsplätze zu tun haben, müssen wir uns die Frage stellen, was die sogenannte Konjunktur für die Arbeiter und Angestellten bringt, für deren Erreichung solch harte Opfer von uns gefordert werden.

Die Situation bei Philips gibt eine Antwort darauf: Als der Konzern im letzten Jahr weniger Aufträge hatte und die Produktion eingeschränkt werden mußte, wurden bei Horny viele Kollegen mit 3/4 des Lohns (keinen Groschen mehr als der kollektivvertraglich festgelegte Mindestlohn für solche Fälle) nach Hause geschickt. Die Belegschaft mußte 2 Mal einen Zwangsurlaub hinnehmen, innerbetriebliche Lohnerhöhung gab es nur für ganz wenige. Ebenso erging es den Philips-Kollegen in Klagenfurt und in der WIRAG. In diesen Betrieben wurden darüberhinaus viele Kollegen gekündigt.

Seit einiger Zeit gibt es jedoch bei Horny wieder Aufträge, es wird wieder voll produziert und vor allem in der Fernsehhalle wird die Produktion ausgeweitet. Mit dem Anlaufen der neuen VCR-Type wurden die Frauen, die nach Hause geschickt wurden, wieder gebraucht und in die Fabrik geholt.
Aber während die Profite der Philips-Kapitalisten in die Höhe klettern: <u>was haben die Arbeiter von den als Allheilmittel angepriesenen Aufträgen, was hat ihnen die sogenannte Konjunktur gebracht?</u>

Bei einem Farbband z.B. wurde die Stückzahl verdoppelt, die Zahl der Frauen wurde aber nicht verdoppelt: früher waren es 15, jetzt sind es nur mehr 27.
Die Umbauten und die Neubauten von Bändern werden von der Firmenleitung benützt, um zu rationalisieren, um aus den einzelnen Arbeitern noch mehr Stückzahlen herauszupressen. Von einem Band ist bekannt, daß die Stückzahlen ohne besonderen Grund von 94 auf 102 erhöht wurden.
Der Auftragsboom hat also den Frauen verstärkte Auspressung ihrer Arbeitskraft gebracht. Und bald kann dieser Aufschwung wieder abgelöst werden von der Flaute und dann wird das Los der Arbeiterinnen wieder Lohnverlust und sogar Arbeitsplatzverlust sein.

Was ist das für ein System, das Kapitalisten und Regierung mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung immer wieder auf dem Rücken der Arbeiter sanieren wollen:
Die Arbeiter, die im Kapitalismus den ganzen Reichtum schaffen, haben nicht einmal eine gesicherte Existenz.

Betriebskollektiv Philips/Hornyphon

## VR Albanien: große Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft

Während die kapitalistische Welt von einer tiefen Krise geschüttelt wird, geht es dem sozialistischen Albanien gut und es konnten Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft errungen werden.

Der alte Fünfjahresplan wurde Ende 1975 erfüllt bzw. übererfüllt. Die Industrieproduktion stieg gegenüber 1974 um insgesamt 4%, die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte um 6%.

Im einzelnen wurden laut Bericht 1975 gegenüber dem Vorjahr mehr produziert (ebenfalls nur in Prozentzahlen): Chrom 9%, Kupfer und Steinkohle 5%, Landmaschinen 8%, Zement 5%, Zucker 22%, Baumwolle 15%, Rübenzucker 18%, Sonnenblumen 36%, Tabak 7%, Kartoffeln 47%, Bohnen 88%, übriges Gemüse 9%.

Der Wirtschaftsplan für 1976 sieht eine Steigerung der Industrieproduktion um insgesamt 4,5% vor. Die Erzeugung von Chrom soll um 5%, die von Steinkohle um 9%, Eisen um 16%, Kunstdünger um 9%, Elektroenergie und Zement um 21% usw. erhöht werden. Besondere Aufmerksamkeit will man der Entwicklung der Landwirtschaft widmen: ihre Produktion soll gegenüber 1975 um 15% gesteigert werden. Die Erzeugung von Brotgetreide soll um 29%, die von Kartoffeln um 23%, Zuckerrüben um 10%, Sonnenblumen 7%, Baumwolle 14%, Fleisch und Milchprodukten um 8% erhöht werden.

Quelle: Züri i Popullit 11.2. und 12.2. 1976

# Nehmen uns die Ausländer die Arbeitsplätze weg?

*Im Forderungsprogramm zum 1.Mai rufen wir alle klassenbewußten Arbeiter auch auf, für die Forderung einzutreten: "Weg mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz! Völlige rechtliche Gleichstellung für alle in Österreich lebenden Ausländer!" Viele Kollegen werden uns da wohl entgegenhalten:*

- *"Die drücken unseren Lohn, treiben den Akkord hinauf, machen dauernd nur Überstunden und verschlechtern so unsere Arbeitsbedingungen, weil sie schnell so viel wie möglich verdienen wollen!"*
- *"Die schicken Riesensummen ins Ausland, was unsere Wirtschaft schädigt und deren Unterentwicklung auf unsere Kosten beseitigen soll!"*
- *"Die kriegen soviel Beihilfen vom Staat und vergrößern damit nur das staatliche Defizit!"*
- *"Die überfüllen unsere Wohnungen, Schulen, Spitäler!"*

*Mit der Vertiefung der Krise in Österreich haben solche spontanen Vorurteile im Volk stärker Fuß fassen können, aufgrund der verstärkten Konkurrenz der Werktätigen um den Arbeitsplatz. Die Bourgeoisie nützt diese Vorurteile geschickt aus, um die In- und Ausländer zu spalten und aufeinander zu hetzen. Schon immer hat der Kapitalismus u.a. von der Spaltung gelebt, die er zwischen den Ausgebeuteten geschaffen und geschürt hat.*

### "Sie nehmen uns die Arbeit weg"

Das verbreitetste und deshalb auch gefährlichste Argument "gegen die Gastarbeiter" ist dabei folgendes: "Die kommen doch nur, um uns die Arbeitsplätze wegzunehmen, auf die doch in erster Linie wir österreichischen Staatsbürger ein Anrecht haben!"
Dieses Argument benutzt die Bourgeoisie, um im neuen Ausländerbeschäftigungsgesetz (ABG) Maßnahmen gesetzlich zu verankern, wonach die Ausländer in der Krise in großem Ausmaß ohne viel Federlesens wieder nach Hause abgeschoben werden können. Ihr Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes wird aufgehoben, wodurch sie vollends dem Diktat "ihres" Kapitalisten ausgeliefert und noch besser als Druckmittel gegen die einheimischen Arbeiter eingesetzt werden können.
Bei Kündigungen und Kurzarbeit müssen die Ausländer laut ABG zuerst gekündigt werden. Damit soll angeblich verhindert werden, daß noch mehr Inländer arbeitslos würden. Damit sollen angeblich die Inländer vor den Folgen der Krise "geschützt" sein. Damit soll die "Vollbeschäftigungspolitik" der SP-Regierung auch in der Krise gewährleistet sein. Die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft, die zusammen mit den Kapitalistenvertretern und der SP-Regierung das ABG mitausgearbeitet haben, preisen den Gastarbeiterabbau ebenfalls als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit an.

### Exportierte Arbeitslosigkeit

*"Aber eben die Möglichkeit, Arbeitslosigkeit quasi zu exportieren, hat man ja all die Jahre als besonderen Vorteil der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte dargestellt. Was Wunder, wenn nun ... die Realisierung dieses angepriesenen Vorteils verlangt wird, um nicht durch arbeitslose Gastarbeiter das Arbeitskräfteangebot weiter zu vergrößern" heißt es in einem Artikel in den "Wirtschaftspolitischen Blättern" der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft unter dem Titel "Gastarbeiter und gewerkschaftliche Zielsetzungen".*
In der "Solidarität" vom Februar findet sich ein Leserbrief, der genau das formuliert, wohin die Bourgeoisie die österreichischen Arbeiter bekommen will:

*"Gastarbeiter wurden in unser Land nur deshalb verpflichtet, weil es mehr Arbeit gab, als Arbeitskräfte vorhanden waren. Von höchster Regierungsstelle wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß in erster Linie natürlich darauf geachtet wird, daß österreichische Staatsbürger Arbeit finden. Ich bin nun der Meinung, ich bekomme im Notfall eine Beschäftigung, die "schmutzig, gefährlich oder schlecht bezahlt ist", als wenn mir im Arbeitsamt die Auskunft erteilt wird, es ist leider keine Arbeit für mich vorhanden. Das könnte natür-*

Fortsetzung auf Seite 8

## Arbeitsplatzsicherung- ein ungeheurer Schwindel

Wenn die Regierung 11 Milliarden Steuerschillinge als "Konjunkturspritze" für die Kapitalisten freisetzt, so gibt sie vor, sie mache das nur wegen der Arbeitsplatzsicherung.

Daß solche "steuerlichen Investitionsanreize" das Gegenteil von Arbeitsplatzsicherung sind, sagen selbst die bürgerlichen Wirtschaftsexperten.
Z.B. Horst Knapp im Kurier vom 16.2.:

*Einzel- und gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist eine Investition nur dann, wenn sie eine Steigerung der Produktion oder eine Senkung der Kosten erlaubt, wenn also beispielsweise eine moderne Maschine mehr leistet oder weniger Bedienungspersonal braucht als die bisher verwendete.*

Die Gelder, die die Kapitalisten vom Staat bekommen, verwenden sie zum Ankauf solcher Maschinen, die Arbeiter einsparen. Sie machen, was sie machen müssen, um in der verschärften Konkurrenz ihre Profite sanieren zu können: sei rationalisieren!

### Arbeitslosenrate 2,8%

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug am 31.März 76.188 und ergab somit eine Rate von 2,8%, gab der Hauptverband der Sozialversicherungsträger bekannt. Die Abnahme gegenüber dem Februar betrug 18.306, wobei dies hauptsächlich auf die saisonal bedingte Verstärkung der Bautätigkeit zurückzuführen ist.

Insgesamt ist in ganz Österreich die die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat um 5.383 angestiegen. In Niederösterreich, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten ist allerdings die Gesamtzahl der Beschäftigten - zum Teil ziemlich erheblich - abgesunken.

## Pro Stunde und Arbeiter 84.- Schilling

Wegen der Erdgasumstellung hatte ich vor einiger Zeit Umbauarbeiten in der Wohnung, dabei fiel mir folgendes auf:
Eine Arbeitsstunde für einen Monteur, sei es der Installateur oder Elektriker wird mit S 160.- + (damals noch) 16% Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt.

Ich erkundigte mich bei den Arbeitern, wieviel sie Stundenlohn haben, dies waren S 50.-. Da ich Buchhalterin von Beruf bin, konnte ich mir ausrechnen, wieviel der Chef pro Arbeiter pro Stunde Netto mitverdient. Ich möchte dies wie folgt festhalten:

| | |
|---|---|
| Eine Arbeitsstunde wurde mir von der Firma mit verrechnet. | S 160.- |
| Der Arbeiter bekommt Brutto | S 50.- |
| rechnet man noch die gesetzlichen Abgaben dazu, die der Arbeitgeber zu leisten hat diese betragen 30% | S 15.- |
| und den Anteil eines 13. und 14. Bezuges (Berechnung: Jahresgehalt 2.000.- pro Woche x 52 = 104.000.-: 12 = 8.700.- für 13. + 14. S 17.400.-: 52 Wochen = 340.- pro Woche durch 40 Stunden = pro Stunde S 8.50 + 30% Abgaben=) | S 11.- |
| Der Arbeiter kostet den Chef pro Stunde inklusive aller Abgaben | S 76.- |
| Bei Verrechnung an den Kunden von | S 160.- |
| ergibt dies einen Nettoverdienst für den Chef von | S 84.- |

und dies pro beschäftigten Facharbeiter und pro Stunde.
So werden die Arbeiter ausgeplündert und die Unternehmer immer reicher!

Fortsetzung von Seite 7

# Ausländische Arbeiter und Arbeitslosigkeit

*lich bedeuten, daß in diesem Fall ein Gastarbeiter seinen Posten verliert. Eine derartige Lösung scheint mir durchaus einleuchtend. Schließlich wird mir in der Bundesverfassung das Recht auf Arbeit zugestanden, auch bezahle ich schon viel länger meine Steuern als jeder Fremdarbeiter."*

### Im Kapitalismus gibt es kein Recht auf Arbeit

Die tatsächliche Entwicklung spricht deutlich eine andere Sprache. Obwohl seit Einbruch der Krise bereits 100 000 Ausländer aus dem Land vertrieben wurden,hat die kapitalistische Krise ebensovielen Inländern den Arbeitsplatz gekostet. 100 000 österreichische Arbeitslose zeigen, daß die österreichischen Arbeiter im Kapitalismus ebensowenig eine Recht auf Arbeit haben wie die "Gast"arbeiter, und ebensowenig ein "Vaterland", das es gegenüber dem "Ansturm" der schwächer entwickelten, ärmeren Nationen zu verteidigen gelte. Daß die Arbeiter aller Länder dieselben Interessen haben: ein besseres Leben ohne die Geißel des Kapitalismus zu erkämpfen - den Kapitalismus zu stürzen, der sie gemeinsam und ohne jegliche nationale Schranken ausbeutet und der auch immer wieder die Arbeitslosigkeit hervorbringt.

Die bürgerlichen Machthaber in der ÖGB-Führung haben da eine ganz andere Lösung: daß die Arbeiter vor der Abwälzung der Krise auf ihren Rükken kampflos kapitulieren und sich gegenseitig ein im Kapitalismus illusionäres "Recht auf Arbeit" streitig machen sollen. Daß sie für diese Illusion die Diskriminierung und den Abbau der Ausländer befürworten und die besonders schlechten Arbeitsbedingungen der Ausländer auch bei sich selbst hinnehmen sollen. Die gewaltige Steigerung der Ausbeutung, die Lohnraubabschlüsse, die Aushöhlung des Arbeitsschutzes, den Verkauf der Arbeitskraft weit unter ihrem Wert und dem Grad ihrer Qualifikation - diese Krisen-"lösung" soll nach Ansicht der ÖGB-Führung den Arbeitern "durchaus einleuchtend" scheinen.

*"Bisher war es aber nicht ohne weiteres möglich, die von der Freistellung bedrohten österreichischen Dienstnehmer dazu zu bringen, diese weniger attraktiven Arbeitsplätze (geringer entlohnte, unqualifizierte Tätigkeiten, wenig ansprechende Arbeitsräume, ungünstiger Arbeitsrhythmus, Staub, Geruchseinwirkungen, Lärm, keine Aufstiegsmöglichkeiten) zu besetzen. Daraus könnte sich der paradoxe Zustand ergeben, wor der Situation sind die Mitarbeiter der Arbeitsmarktverwaltung schon wiederholt gestanden, daß die österreichischen Dienstnehmer eine Arbeitslosigkeit (die Inanspruchnahme von Leistungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes), von der sie annehmen, daß sie nur kurze Zeit dauern wird, eher in Kauf zu nehmen." (Arbeit und Wirtschaft 2/76)*

Mit dem Argument, der Gastarbeiterabbau könne die Vollbeschäftigung erhalten, soll also was ganz anderes erreicht werden als die Garantie der Vollbeschäftigung: Der "paradoxe Zustand", daß die inländischen Arbeitslosen sich nicht als Druckmittel gegenüber ihren noch in der Produktion stehenden Kollegen, als Lohndrücker und Streikbrecher einsetzen lassen wollen, soll verhindert werden.

### Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Die ungeheure Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die durch die Existenz des Arbeitslosenheeres und durch den massiven Gastarbeiterabbau ermöglicht wird, soll als ganz natürlich empfunden und kampflos hingenommen werden! Genau darum geht es der Bourgeoisie und ihren Handlangern in der ÖGB-Führung und sicher nicht darum, die Ausländer insgesamt möglichst rasch und restlos aus dem Land zu kriegen. Im Gegenteil will sie die Ausländer in einem bestimmten Ausmaß auch in der Krise in den Bereichen halten, wo sie sie als Lückenfüller, und als besonders billige und willige Arbeiter noch profitabel einsetzen kann, bzw. wo ihr eine sprunghafte, plötzliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Inländer zu gefährlich scheint, weil sie mit dem Widerstand der Arbeiter und der anderen Lohnabhängigen rechnen muß. Wir werden auch in den nächsten Jahren nicht ohne Ausländer auskommen, warnen deshalb die Industriellenbosse immer wieder, um die Gastarbeiterfeindlichen Haltungen unter Kontrolle zu halten und für ihre Zwecke einzusetzen, nämlich für die Spaltung der In- und Ausländer hier in Österreich und in erster Linie am Arbeitsplatz, unter den Arbeitern in der Produktion, um sie für die weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse nützen zu können.

### Der Weg der bürgerlichen ÖGB-Machthaber

Ein Abbau der Gastarbeiter sei nur bis zu einem bestimmten Ausmaß ein gangbarer Weg, um die "Vollbeschäftigung"- d.h. nicht über 100 000 inländische Arbeitslose - zu erhalten, meint Nationalratspräsident Kienzl in der "Solidarität" vom Jänner:

*"Die Beschäftigung von Gastarbeitern in wenig beliebten Berufen, die schmutzig, anstrengend, gefährlich und schlecht bezahlt waren und sind, hat den sozialen Aufstieg eines bedeutenden Prozentsatzes der österreichischen Arbeitnehmer ermöglicht. Ein Wiedereinrücken von Österreichern in diese Berufe würde als sozialer Rückschlag empfunden werden und soziale Spannungen auslösen."*

Die "Argumente" dieser Leute haben offensichtlich nicht den Zweck, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Sie bezwecken offensichtlich etwas anderes: die Werktätigen sollen nicht nach dem wirklichen Grund für die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fragen. Lieber ist ihnen, sie glauben, die Ausländer würden ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Sie ziehen den Kampf gegen die Einwanderer und die Hetze gegen die Ausländer dem gemeinsamen Kampf aller Arbeiter, gleich welcher Nationalität sie auch angehören, dem Kampf gegen die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit, gegen die reaktionäre Politik der Bourgeoisie und gegen die kapitalistische Ausbeutung vor.

### Keine Spekulationen für die Profitinteressen

Die Arbeiter dürfen sich deshalb von vornherein nicht auf die Überlegungen der Bourgeoisie und ihrer Freunde in der ÖGB-Führung einlassen, wie groß der Anteil der Ausländer, die abgebaut werden sollen, sein soll, damit die Profite der Kapitalisten nicht beeinträchtigt oder "soziale Spannungen" provoziert werden. Sie müssen stattdessen jeder Entlassung eines Kollegen entgegentreten, egal, ob In- oder Ausländer; wie das die norwegischen Metallarbeiter der JÖTUL-Werke in Oslo demonstriert haben, die gegen die Entlassung eines jugoslawischen Kollegen erst unlängst erfolgreich streikten. Die Arbeitslosigkeit trifft die Inländer genauso hart wie die Ausländer. Die Kapitalisten lassen nur das produzieren, wovon sie sich hohe Gewinne versprechen - egal, ob das Produkt gebraucht wird oder nicht. Ebenso stellen sie Arbeitskräfte ein und entlassen sie wieder, ganz wie es im Augenblick am profitabelsten ist. Auf die Bedürfnisse der Arbeiter- egal ob In- oder Ausländer wird dabei keine Rücksicht genommen. Doch wollen die Kapitalisten, daß die Arbeiter das nicht durchschauen und sich untereinander uneins sind, statt sich zu wehren. Und sie wollen den rechtlosesten, schwächsten Teil der Arbeiter zuerst schlagen, um dann auch mit den anderen leichter fertig zu werden - deshalb der vorrangige Gastarbeiterabbau. Deshalb die Propagandatrommel für den "Schutz der Inländer".

### Besondere Art der Völkerwanderung

Wie der Kapitalismus notwendig immer wieder die Arbeitslosigkeit hervorbringt, so hat er auch die Arbeitereinwanderung, diese "besondere Art der Völkerwanderung" (Lenin) entwickelt. Der Kapitalismus braucht eine ständige Arbeitskräfte-Reserve, was ihm erlaubt, die Löhne zu drücken, auch dann, wenn in der Hochkonjunktur die Profitwirtschaft expandiert, die Konkurrenz der Kapitalisten um die Arbeitskräfte groß ist, und der Preis der Ware Arbeitskraft dementsprechend steigt.
Die ausländischen Arbeiter, die nach der Rezession von 1966/67 bis 1974 in stetig steigendem Maß ins Land gelockt wurden,nahmen den Österreichern nicht die Arbeitsplätze weg! Sie wurden nur von den österreichischen Kapitalisten zum Bestandteil ihrer "industriellen Reservearmee" (Marx) gemacht.
Zudem hatte der Import der Ausländer den politischen Vorteil, einen wesentlichen Teil der dem österreichischen Kapital unterworfenen Arbeiter völlig rechtlos zu halten und auf dieser Grundlage die Spaltung zwischen den Arbeitern besonders gut schüren und in der Krise den rechtlosesten Teil reduzieren zu können, ohne große Kosten und ohne nennenswerten Widerstand.

Lenin hat auf den historisch positiven Aspekt des widersprüchlichen Phänomens Emigration hingewiesen:

*(...)"Es besteht kein Zweifel, daß nur äusserstes Elend die Menschen veranlaßt, die Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten.*

*Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf, gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den grossen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereint." (Lenin, Werke, Bd. 19,S. 447)*

### Der Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse ist der Kampf für die Klasseninteressen

Es muß uns klar werden, welch großartige Waffe wir uns schmieden, wenn es uns gelingt, die Spaltungen in der Arbeiterklasse zu überwinden. Wir Kommunisten meinen daher, daß ein entschiedener und beharrlicher Kampf geführt werden muß gegen die gastarbeiterfeindlichen Auffassungen, wie sie von der Bourgeoisie heute verstärkt verbreitet werden und im Volk oft noch spontan Widerhall finden. Wir selbst haben solche Auffassungen bisher nur beschränkt und schlecht widerlegt, weil wir vor dem ideologischen Druck der Bourgeoisie gerade in dieser Frage oft zurückgewichen sind. Meist haben wir die Frage des Kampfes gegen die reaktionäre staatliche Ausländerpolitik und gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Tageskampf der Arbeiter behandelt. So kann man aber die Arbeiter gerade nicht für den konsequent demokratischen Standpunkt, für den Kampf gegen jede Diskriminierung und Unterdrückung, für die rechtliche Gleichstellung der Ausländer und ihre Einbeziehung in die Reihen des klassenbewußten Proletariats gewinnen. So kann man auch die wirtschaftspolitischen, soziologischen u.ä. Argumente der Bourgeoisie, die die nationalen Vorurteile "wissenschaftlich" untermauern sollen, - insbesondere die der sozialdemokratischen Regierungspartei und der von ihr beherrschten ÖGB-Führung - nicht bekämpfen und entlarven als das, was sie sind: durch und durch reaktionäre, nationalistische und sozial-chauvinistische Argumente, die die Arbeiter entwaffnen und am Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat hindern sollen.

W.G.

# Zur Frage eines gemeinsamen 1. Mai der Marxisten-Leninisten

*Wir haben vor nunmehr bereits mehr als zwei Wochen an die VRA einen Brief adressiert, in dem wir unsere, dem Inhalt des folgenden Beschlusses der KBs und KGs entsprechende, Auffassung dargelegt und die VRA zu einer Aussprache darüber eingeladen haben, um einen Meinungsaustausch über diese Frage durchzuführen. Wir sind in der Folge nochmals telefonisch an die VRA in diesem Sinn herangetreten. Leider konnten wir weder eine Stellungnahme der VRA erhalten, noch eine Beratung vereinbaren. Wir wollten uns ursprünglich nicht vor einer solchen Aussprache mit der VRA äußern, um nichts vorwegzunehmen. Jetzt, knapp eineinhalb Wochen vor dem 1.Mai, haben wir in dieser Nummer des "Klassenkampf" die letzte Möglichkeit dazu. Wir benutzen diese Möglichkeit zur Veröffentlichung des folgenden Beschlusses, zumal wir die Haltung der VRA , von der wir dort ausgehen, durch ihr Verhalten in den letzten zwei Wochen bestätigt sehen.*

Seit nunmehr fast zwanzig Jahren ist die österreichische Arbeiterklasse durch den Übergang der KPÖ ins bürgerliche Lage ihrer Klassenpartei beraubt. Der 1.Mai 1976 fällt in eine Situation, in der die marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich erstarkt, es aber noch nicht gelungen ist, die neue Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Das Haupthindernis auf diesem Weg ist gegenwärtig die tiefe politische Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung. Diese Spaltung kann und muß überwunden werden in einer umfassenden und tiefgehenden Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung um ihre ideologischen, politischen und organisatorischen Grundanschauungen. Diese Auseinandersetzung hat bereits begonnen, hat aber noch nicht zur Herstellung der Einheit geführt.

Trotz der noch bestehenden Spaltung der Bewegung sind die unterzeichneten Organisationen der Auffassung, daß ein gemeinsames Auftreten der Marxisten-Leninisten unseres Landes am 1.Mai richtig und notwendig wäre. Darin würde zum Ausdruck kommen, daß die verschiedenen Teile der Bewegung ausgehend vom Marxismus-Leninismus entschlossen sind, für die revolutionären Ziele des Proletariats einzutreten, ihre Spaltung zu überwinden und die neue Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Damit würden sie ihre Demonstration denen der sozialdemokratischen und revisionistischen Parteien gegenüberstellen und - ohne die bestehenden Differenzen unter sich bei diesem Auftreten zu vertuschen - die gemeinsamen Ziele an diesem Kampftag der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen.

Ein solches gemeinsames Auftreten aller Marxisten-Leninisten unseres Landes am 1.Mai 1976 ist jedoch nicht möglich. Es ist nicht möglich, weil gegenwärtig nicht alle Teile der Bewegung bereit sind, sich wechselseitig als solche anzuerkennen und sich im gemeinsamen Ziel vereint zu sehen, ihre Differenzen zu überwinden und die neue Partei der Arbeiterklasse aufzubauen.

So ist die aus der Spaltung der MLÖ hervorgegangene VRA bis heute nicht bereit, die aus der MLÖ entstandene MLPÖ trotz der zwischen ihnen heute bestehenden Differenzen in der politischen Linie und unter Hintanstellung der heute sekundären Zwistigkeiten aus der Zeit der Spaltung der MLÖ als Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung anzuerkennen. Die MLPÖ ist heute unserer Auffassung nach neben der VRA und der Gruppierung der KBs und KGs die dritte Kraft der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich. Ohne Anerkennung dieser Tatsache kann der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten unseres Landes nicht richtig geführt werden.

Ist aufgrund der falschen Haltung der VRA in dieser Frage ein gemeinsamer 1.Mai aller Teile der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich heuer noch nicht möglich, so bleibt die Möglichkeit eines gemeinsamen Auftretens verschiedener Teile der Bewegung. Ein solches gemeinsames Auftreten bestimmter Richtungen in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich setzt allerdings ein bedeutend höheres Maß an politischer Einheit voraus, als das bei einem gemeinsamen Auftreten der gesamten Bewegung notwendig wäre, das vor allem die Entschlossenheit zum Kampf um die Einheit der gesamten Bewegung der Partei zum Ausdruck bringen sollte.

Die KBs und KGs haben auf der Grundlage ihrer weitgehenden und bereits in langer Zusammenarbeit erprobten Übereinstimmung in den Grundfragen und in der Einschätzung der politischen Lage ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen zum 1.Mai beschlossen. Mit der VRA zusammen wäre das nicht möglich aufgrund der tiefgehenden Differenzen in den meisten Grundfragen und in der Einschätzung der politischen Lage. Nur mit der MLPÖ zusammen wäre ein gemeinsames Auftreten zum 1.Mai gegenwärtig nicht richtig, weil das uns Verbindende und Trennende noch nicht klar und offen hervorgetreten und für jeden überprüfbar ist.

Deshalb werden am heurigen 1. Mai die KBs und KGs ihre Demonstrationen ohne Aktionseinheit mit anderen kommunistischen Organisationen durchführen, wenn auch ihre Reihen niemanden verschlossen sein werden, der unter ihren Losungen und Forderungen an diesem Kampftag der Arbeiterklasse demonstrieren will.




Preis: 20.-S
Zu beziehen über den KB Wien

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37.
Redaktionsschluß: 20.4. Erscheinungstermin: 22.4.
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Fortsetzung von Seite 1

# Heraus zum 1. Mai !

fortgeschrittensten Teile der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen und erstmals seit langem sind die großen Lohnrunden nicht mehr über die Bühne gegangen, ohne daß es zu Protestschritten und Kampfaktionen gekommen wäre. Und wenn jetzt die Kapitalisten die Ergebnisse der Lohnrunden als Ausgangspunkt für Rationalisierungen auf dem Rücken der Arbeiter, verschärfte Antreiberei und weiteres Hinunterdrücken der Löhne benutzen wollen, so sind sie in den letzten Wochen mit Streiks und anderen Kampfaktionen der Arbeiter vieler Betriebe dagegen,konfrontiert.

Als die Regierung versuchte mit dem Volkszählungs- und Volksgruppengesetz die Minderheiten in Österreich noch mehr zu unterdrücken, als es heute bereits der Fall ist, und dadurch die Spaltung des Volkes in deutsch- und anderssprachige, sowie durch den Chauvinismus zu vertiefen, da war sie mit einer einmütigen Ablehnung dieser reaktionären Pläne durch die Minderheitenorganisationen konfrontiert: In ganz Österreich hat sich eine Welle der Proteste erhoben, die sich rasch ausbreitet und sich der Regierung in den Weg stellt. Während die Regierung versucht, das Volksbegehren der Aktion Leben auszunutzen, um nicht nur das Abtreibungsverbot in Gestalt der Fristenlösung aufrechtzuerhalten, sondern es im Herbst sogar zu verschärfen, ist sie mit wachsender und um sich greifender Empörung des Volkes konfrontiert, das auf Grund praktischer Erfahrungen den wahren Charakter der Fristenlösung zunehmend erkennt und sich in seiner Forderung nach Beseitigung des Abtreibungsverbots betrogen sieht. Wenn die Regierung den Staatsapparat aufbläht und immer mehr gesellschaftliche Bereiche und Tätigkeiten dessen bürokratischer Kontrolle unterwirft, dann sieht sie sich zugleich wachsendem Unmut über die Abhängigkeit des Volkes vom Staat, über die Gängelung und Schikanierung, über die Bevormundung, Kontrolle und Entrechtung des Volkes gegenüber. Wenn sie den staatlichen Gewaltapparat ausbaut, dann sieht sie sich zugleich mit einer wachsenden Feindseligkeit gegen Polizei, Gendarmerie und Armee konfrontiert und mit wachsender Unruhe unter den Soldaten, die sich den Kasernendrill nicht mehr gefallen lassen und auch zunehmend nach Inhalt und Zielen der Landesverteidigung der Bourgeoisie fragen. Und wenn der bürgerliche Staat die Ausplünderung des Volkes durch Steuern, Tarife und Gebühren gewaltig steigert, um die Aufblähung des Staatsapparats und die Durchführung aller seiner reaktionären Pläne zu finanzieren, dann läßt das Volk auch diesen Raubzug nicht mehr schweigend über sich ergehen und es wächst die Empörung über die staatliche Ausplünderung. Einen großen Aufschwung hat die Bewegung der Arbeiterjugend gegen die schlechten Zustände im Ausbildungswesen und ihre schlechte materielle Lage genommen. Zu einer Reihe von Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat ist es im Zusammenhang mit der Maßregelung fortschrittlicher Lehrer gekommen.Gegen die Gefährdung und Zerstörung der Umwelt- und Lebensbedingungen der Menschen ist der Widerstand der Volkes erwacht, insbesonders gegen den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken. Auch gegen die imperialistische Außenpolitik Österreichs hat sich immer wieder massiver Protest erhoben. Gerade im letzten Jahr hat sich die politische ebenso wie die wirtschaftliche Kampftätigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes nachhaltig verstärkt und auch solche Schichten wie die Studenten sind mehr und mehr in Widerspruch zum bürgerlichen Staat gekommen.

Alle diese Bestrebungen, Bewegungen und Kämpfe des Volkes richten sich gegen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen des Kapitalismus. Wir Kommunisten streben an, daß sie von der Arbeiterklasse geführt werden mit dem Ziel, den Kapitalismus, dieses System, das auf dem Privateigentum einer kleinen Schmarotzerbande an Grund und Boden, Fabriken, Maschinen usw. sowie auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht, überhaupt zu beseitigen und zu diesem Zweck als ersten Schritt die politische Macht zu erobern. Dafür treten wir gerade auch am 1.Mai ein.

Der 1.Mai ist seit jeher der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, an dem die klassenbewußten Arbeiter ihre Feindschaft gegen den Kapitalismus und ihr Bekenntnis und ihren Willen zur sozialistischen Revolution demonstrieren. Der 1.Mai bietet die Möglichkeit und macht es uns zur Aufgabe, die Klassenauseinandersetzungen des letzten Jahres, ihre Ziele, ihre Kraft, ihre Erfahrungen zusammenzufassen und der Bourgeoisie, unter der Fahne der Revolution und der Sozialismus,entgegenzutreten.

So wie sich der Klassenkampf in den letzten Jahren aufwärtsentwickelt hat, so ist auch die marxistisch-leninistische Bewegung erstarkt. Seit nunmehr drei Jahren hat der KB Wien zu revolutionären Maidemonstrationen aufgerufen und damit das Monopol der Sozialdemokraten und Revisionisten auf den 1.Mai, dieses Monopol des Verrats an der revolutionären Tradition des 1.Mai, gebrochen. Auch in Innsbruck, Linz, Graz, Salzburg und Klagenfurt hat es solche Demonstrationen gegeben. Heuer steht der 1.Mai auch im Zeichen des in Kürze erfolgenden Zusammenschlusses großer Teile der marxistisch-leninistischen Bewegung, der KBs und KGs, zu einer einheitlichen, geschlossenen Kampforganisation, als ein entscheidender Schritt vorwärts beim Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse in Österreich.

In dieser Situation hat der Maiaufruf der KBs und KGs den 1.Mai 1976 unter die folgenden Losungen gestellt:

GEGEN DIE POLITISCHE REAKTION DER BOURGEOISIE!

GEGEN DIE STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG UND DIE ABWÄLZUNG DER FOLGEN DER KRISE AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK!

GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE AUSSENPOLITIK ÖSTERREICHS!

GEGEN DEN AUSVERKAUF DER UNABHÄNGIGKEIT DES LANDES!

REIHEN WIR UNS EIN IN DEN INTERNATIONALEN KLASSENKAMPF DER ARBEITER UND VÖLKER DER GANZEN WELT UM DIE POLITISCHE UND SOZIALE BEFREIUNG!

REIHEN WIR UNS EIN IN DIE INTERNATIONALE EINHEITSFRONT GEGEN DAS HEGEMONIESTREBEN UND DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER PARTEI DER ARBEITERKLASSE!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

# SPÖ-Regierun

### Die Erwartungen der Werktätigen . .

Die SPÖ ist 1970 angetreten als Partei der radikalen Reformen. Damit konnte sie sich vor allem die Unterstützung der Arbeiter und der anderen Lohnabhängigen sichern. Die Krise 1967 hatte diesen gerade drastisch genug in Erinnerung gerufen, wie leer das Gerede der 60er-Jahre von der krisenfreien Entwicklung zu immer größerem Wohlstand für die Arbeiter war. Die ÖVP-Alleinregierung mit ihrer schamlosen Steuerausplünderung und ihrer offenen Unternehmerpolitik in allen Sozialfragen tat das ihre. So konnte es vom Standpunkt der Arbeiter aus nicht bleiben. Solange keine Klarheit darüber bestand, daß die schlechte Lage und die Rechtlosigkeit des ganzen Volkes ihre Wurzel in den kapitalistischen Verhältnissen hat und letztlich nur durch die soziale Revolution beseitigt werden kann, mußte diese Unzufriedenheit zugunsten einer Partei in die Waagschale fallen, die glaubwürdig diese Verhältnisse zu reformieren versprach, wie die SPÖ es tat.

### . . . und der Kapitalisten in die SP-Regierung

Die Hoffnungen dieser Menschen standen in schroffem Gegensatz zu den Erwartungen, die die Bourgeoisie in die SPÖ setzte. Hinter ihr lag eine Phase stürmischen Ausbaus der kapitalistischen Wirtschaft in den 60er Jahren auf dem Boden einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse. Diese Phase hatte sie ohne großen offenen Klassenauseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse hinter sich gebracht. Möglich war das, weil die Arbeiterklasse durch ihre Niederlage in den Massenstreiks 1950 geschwächt und durch den Übergang der KPÖ ins bürgerliche Lager in den 50er Jahren politisch führerlos war. So konnte die Sozialdemokratie vor allem mit ihrer Kontrolle über die Gewerkschaften auf die Reallohnsteigerungen, die die wachsende Ausbeutung begleiteten, den Klassenkampf abstumpfen. Mit dem Auf- und Ausbau des Sozialpartnerschaftsapparates konnte sie die Klassenzusammenarbeit der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern festigen und institutionalisieren.

Die Krise 1967 bedeutete einen Wendepunkt in dieser Entwicklung. Sie fiel zusammen mit einer Verschärfung der poli-

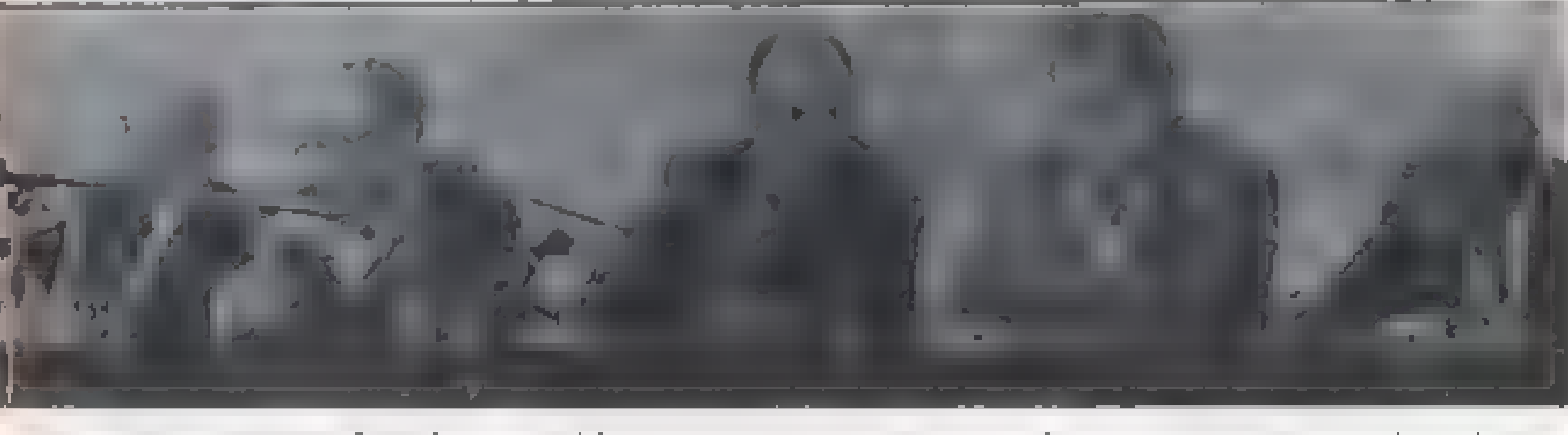
# gspolitik: Reaktion im Reformgewand

*Seit sechs Jahren sitzt die SPÖ allein auf der Regierungsbank. Erobert hat sie diesen Platz getragen von der wachsenden Unzufriedenheit in der arbeitenden Bevölkerung mit den bestehenden politischen und sozialen Verhältnissen und ihrem Drang nach Veränderung. Daran knüpfte die SPÖ 1970 an mit großen Reformankündigungen, mit dem Versprechen umfassender Demokratisierung und Fortschritts.*

*Die sechs Jahre SP-Regierung, die hinter uns liegen, waren das genaue Gegenteil dieser Versprechungen. Nicht Demokratie, sondern Reaktion war und ist das Programm dieser Regierung.*

*Wenn auch diese sechs Jahre viele der anfänglichen Illusionen und Hoffnungen in diese Regierung vom Tisch gewischt haben: Es ist eine Tatsache, daß dennoch bis heute unter den Arbeitern und anderen Teilen des Volks wenig Klarheit über den reaktionären Charakter der SP-Regierung und ihrer Politik besteht. Das hat seine Ursache in den besonderen Umständen und Formen, in denen die SP-Regierung bis jetzt das reaktionäre Geschäft der Bourgeoisie besorgte. Umso wichtiger ist es, daß die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen sich selbst Klarheit über die tatsächliche Entwicklung verschaffen und diese Klarheit nach Kräften verbreiten.*

tischen Krise des Imperialismus, mit einem stürmischen Aufschwung der Völker gegen den Imperialismus und dem Beginn eines Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und demokratischen Massenbewegung in den imperialistischen Staaten. Alle Phrasen von der krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus, von der "Wohlstandsgesellschaft" und der "Entproletarisierung" wurden drastisch widerlegt. Dies und der internationale Niedergang des Imperialismus begannen auch in der österreichischen Arbeiterklasse und im Volk, besonders in der Jugend, zum Anwachsen der Unzufriedenheit und der spontanen Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse zu lehren



Den SP-Spitzenpolitikern fällt es immer schwerer, den reaktionären Charakter der Regierungspolitik ihrer Partei zu verschleiern.

Vor der Bourgeoisie lag damit eine Zukunft, in der sie nicht mehr mit einer so relativ reibungslosen Durchsetzung ihrer Interessen rechnen konnte wie in den vergangenen Jahren. Stand sie doch vor der Notwendigkeit, die Ausbeutung im Inneren bei immer stärkerem Druck auf den Lohn noch mehr zu verschärfen. Um sich im härteren internationalen Konkurrenzkampf zu behaupten und über den zu eng gewordenen inneren Markt vorzustoßen und Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären in anderen Ländern zu erobern.

Das mußte zu einer Verschärfung der Klassengegensätze und über kurz oder lang zu einem Zusammenstoß mit der neu erwachenden Arbeiter- und Volksbewegung führen. Wen die Bourgeoisie angesichts dieser Perspektiven brauchte, war eine Regierung, die starken Einfluß auf die Arbeiterklasse hatte. Eine Regierung zudem, die nicht wie die ÖVP durch vielfältige Verbindungen und Rücksichtnahmen auf die kleineren und mittleren Unternehmer in Stadt und Land bei den notwendigen Staatseingriffen zur Stärkung der Positionen des Finanzkapitals durch beschleunigte Konzentration und Zentralisation behindert wurde. Nur eine solche Regierung war in der Lage, die in dieser Situation anstehenden politischen Aufgaben zu erfüllen.

Gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk waren diese Aufgaben:
Die Arbeiterklasse und das Volk ideologisch wieder stärker an die Bourgeoisie und an das kapitalistische System zu binden. Sie wieder stärker an das bürgerlich-demokratische System zu fesseln. Die Spaltung der Arbeiterklasse zu festigen und zu vertiefen.

Dies alles zum Zweck, die maßlose Steigerung der Ausbeutung im Inneren als Sprungbrett zur verstärkten Expansion nach außen möglichst weit ohne einen offenen Widerstand der Arbeiterklasse vorantreiben zu können.

Zugleich stand die Aufgabe, den Garanten des Privateigentums der Kapitalisten und der ganzen Ausbeuterordnung, den bürgerlichen Staat, durch entsprechende Gesetze und durch den Ausbau des Gewaltapparates für die Wahrung der Ausbeuterinteressen im Inneren wie auch nach außen zu rüsten. Zu rüsten für Zeiten offener Klassenkämpfe und Angriffe der Arbeiterklasse auf die Positionen der Bourgeoisie und für Zeiten, in denen die Bourgeoisie gewaltsam Ruhe und Zuchthausordnung im Inneren schaffen muß zur Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen nach außen.

Eine zur Erfüllung dieser reaktionären Aufgaben taugliche und willige Regierung erhielt die Bourgeoisie mit der SPÖ-Regierung und nach den letzten sechs Jahren hat sie allen Grund, mit ihr zufrieden zu sein.

## Steigerung der Ausbeutung und Lohnabbau abgesichert

Der gewaltig gesteigerten Ausbeutung der Lohnabhängigen bei gleichzeitig verschärften Angriff auf den Lohn bis hin zum Reallohnabbau der letzten Zeit machte die SP-Regierung die Mauer, wo sie sie nicht selbst als öffentlicher Dienstgeber nach Kräften vorantrieb. Der Regierungantritt der SPÖ schaffte den Lohnabhängigen und ihren gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr Raum, wie viele erhofft hatten, sondern schnürte sie noch enger ein.

Ihren beherrschenden Einfluß in den Gewerkschaften nutzte die SP-Regierung, um der Bourgeoisie zu zeigen, daß sie die Arbeiterklasse an das Gängelband ihrer Regierungpolitik zugunsten des Kapitals zu legen vermochte. Gegenüber den Kapitalisten kann sie sich heute damit brüsten, daß sie eine seit den 50er Jahren nicht mehr dagewesene Senkung der Reallöhne ohne große gewerkschaftliche Kampfaktionen absichern konnte. Darin hätte ihr keine ÖVP-Regierung und auch keine große Koaltion gleichkommen können.

Dieser Erfolg der SP-Regierung bei der Absicherung der Steigerung der Ausbeutung und des Lohnabbaus geht nicht zuletzt aufs Konto der Hoffnungen und Illusionen über ihre Reformpolitik, die sie in der Arbeiterklasse und im Volk zu wecken und lange Zeit wachzuhalten vermochte. Diese Reformpolitik ist der Köder für die Hinnahme vielfältiger Verschlechterungen der Lage der Arbeiterklasse und des Volks heute und zugleich der Wegbereiter für die offene Reaktion der Bourgeoisie in einer Zeit, in der mit diesem Köder kein Fang mehr zu machen ist.

## SP-Reformpolitik: Zuckerbrot und Peitsche

In der Reformpolitik der SP-Regierung paaren sich dementsprechend Betrug und kleine Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und das Volk auf der einen Seite, mit Maßnahmen zur Spaltung und Knebelung der Arbeiterklasse und des Volks und Vorbereitungen auf gewaltsame Niederhaltung, auf der anderen Seite. Diese Politik ist nicht weniger reaktionär, wenn heute im großen und ganzen betrügerische Seite noch im Vordergrund steht und ihre unterdrückerische Seite noch selten offen zutagetritt. Das macht sie nur noch heimtückischer und gefährlicher, weil es Illusionen über die tatsächliche Entwicklung schafft und erhält, während in der Tat der offenen Reaktion der Weg geebnet wird.

So ist heute die Ansicht noch weit verbreitet – und die SP tut alles, um sie am Leben zu erhalten –, daß nach den grossen Reformankündigungen die tatsächliche Reformpolitik nur langsam, schrittweise und mit vielen Kompromissen vorankommen kann, weil die Mehrheit des Volks dafür noch nicht reif und zu gewinnen sei. Die Wahrheit dagegen ist, daß die SP-Regierung bereits sehr weit gekommen ist mit ihrer Reformpolitik, nicht auf dem Weg zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, sondern auf dem Weg ihrer Spaltung, Knebelung und Schwächung und des Ausbaus des gesetzlichen und Gewaltapparats des Staates zur Vorbereitung ihrer offenen Unterdrückung.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Fortsetzung von Seite 1:

# SPÖ-Regierungspolitik

## Arbeitsverfassungsgesetz: Ein neuer Knebel für die Arbeiterklasse

Ein erster großer Schritt in dieser Richtung war das neue Arbeitsverfassungsgesetz, das am 1.Juli 1974 in Kraft trat. Die Kapitalisten begrüßten dieses Gesetz, das SP-Regierung und ÖGB-Spitze als "echten sozialpolitischen Fortschritt" feierten, bezeichnenderweise, weil es "an den Grundsätzen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung festhält und auch weiterhin den freien selbstverantwortlichen Unternehmer garantiert."(Otto Mitterer am 18.1.1974)

Die Zufriedenheit der Kapitalisten mit diesem Gesetz ist verständlich. Alle Bestimmungen des alten Betriebsgesetzes, die eine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen behindert hatten, wurden in dieses neue Gesetz übernommen und zum Teil noch verschärft. Weiterhin haben die Betriebsräte nach dem neuen Gesetz "ihre Tätigkeit tunlichst ohne Störung der Betriebe zu vollziehen"(§39), "an der Aufrechterhaltung der Disziplin im Betrieb mitzuwirken"(§102), den Arbeitern gegenüber "über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Verschwiegenheit zu bewahren"(§115). Neben der Beibehaltung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen aus dem alten Betriebsrätegesetz werden die Betriebsräte durch das neue Gesetz noch ausdrücklich verpflichtet, diese gegenüber den Belegschaften anzuwenden. Durften sie früher durch ihre Tätigkeit den "Betriebsfrieden" nicht stören, so wird ihnen jetzt zur Aufgabe gemacht, ihn in der ganzen Belegschaft durchzusetzen. Mit verlogener Phrase wird der Betriebsrat auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern festgelegt:"Ziel der Bestimmungen über die Betriebsverfassung und deren Anwendung ist die Herbeiführung eines Interessensausgleichs zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs". Als großartiger Fortschritt in der Durchsetzung der Mitbestimmung angepriesen, erweist sich dieses Gesetz Paragraph für Paragraph als zusätzliche Fesselung der betrieblichen Interessensvertretung der Lohnabhängigen und als Verstärkung ihrer Unterordnung unter die Kapitalisten. Welchen "Fortschritt" dieses Gesetz für die Arbeiterbrachte zeigte sich noch im Monat seines Inkrafttretens, als die Betriebsräte der streikenden Hukla-Arbeiter mit Berufung auf dieses reaktionäre Gesetz entlassen werden sollten.

Kürzlich zeigte sich das wieder in der letzten Bauarbeiter-Lohnrunde, in der die Unternehmer in ihren internen Richtlinien zur Niederschlagung von Streiks unter anderem die Entlassung von Betriebsräten mit ausdrücklicher Berufung auf das Arbeitsverfassungsgesetz empfohlen haben.

Mit dem Arbeitsverfassungsgesetz hat die SP-Regierung den Kapitalisten ein weiteres Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, zu ihrer Spaltung und Gängelung in die Hand gegeben. Jede einzelne geringfügige Verbesserung einzelner Regelungen in diesem Gesetz ist verbunden mit einer verstärkten Fesselung der Lohnabhängigen und ihrer Vertreter an die Kapitalisten. An diese neuen Schranken stoßen die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen auch, wenn sie ihre Interessen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Verbände wahrzunehmen beginnen. In dem Maß verlieren die betrügerischen Phrasen und geringfügigen Zugeständnisse, mit denen dieses Gesetz den Arbeitern als "Fortschritt" angepriesen wurde, rasch an Gewicht und tritt der wahre reaktionäre Charakter dieser Gesetzesreform offen zutage.

## Demokratisierung in Worten - Reaktion in der Tat

Nicht anders verhält es sich mit den anderen Reformen der SP-Regierung. Von "Demokratisierung" war hier viel die Rede - aber keine einzige der vielfältigen und weitgehenden Einschränkungen selbst der formalen demokratischen Rechte in Österreich wurde von der SP-Regierung beseitigt: So stützt sich der imperialistische Staat nach wie vor auf zahlreiche Gesetze aus der Zeit der Monarchie, die die Freiheit der Organisation, der Versammlung und des Wortes, die Vereins- und Redefreiheit, die Demonstrations- und Streikfreiheit einschränken und den Gebrauch dieser Rechte weitgehend kriminalisieren.

Die SP-Regierung hat nicht nur keinen Finger zur Beseitigung dieser Beschränkungen gerührt, sie hat sie sogar in einigen Fällen weiter verschärft. So wurde z.B. im Zuge der Strafrechtsreform eine neue Bestimmung eingeführt, nach der jeder Teilnehmer an einer Demonstration, in deren Verlauf es zu Ereignissen kommt, die der bürgerliche Staat als kriminell verfolgt, wegen dieser Ereignisse verfolgt werden kann, auch wenn er selbst nicht daran beteiligt war. Mit den in allen Bundesländern in Vorbereitung befindlichen "Sicherheitsgesetzen" sind unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" weitere Einschränkungen der demokratischen Rechte zu erwarten.

Mit großen "Demokratisierungs"- und "Mitbestimmungs"-Versprechungen wurde die Schulreform durch das Schulunterrichtsgesetz angekündigt. Was herauskam, waren auf der einen Seite betrügerische konsequenzenlose "Rechte" der Schüler, Eltern und Lehrer auf "Anhörung", "Information" und "Beratung" in einigen Randbelangen und "Mitbestimmung" dort, wo es um die Teilnahme der Durchsetzung der Disziplinierung von Schülern und Lehrern geht. Diesen "Rechten" stehen die noch schärfere staatliche Zentralisierung und Straffung des Schulwesens, eine Reihe neuer Reglementierungen für die Schüler, Lehrer und Eltern und insgesamt die Aufrechterhaltung und Festigung der Rechtlosigkeit des Volks gegenüber dem bürgerlichen Staat im Volksbildungswesen gegenüber.

Der anwachsenden Rebellion der studierenden Jugend trat die SP-Regierung mit einer Reihe von Reform-Gesetzen entgegen, in denen hohle "Mitbestimmungs"- und "Demokratisierungs"-Phrasen sich mit der scharfen Reglementierung des Studiums und einem reichhaltigen Instrumentarium von Disziplinierungsmaßnahmen bis hin zum Polizeieinsatz gegen die Studenten paarten. Mit dem Anhalten der Rebellion der Studenten trat aber der unterdrückerische Charakter dieser neuen Gesetze rasch zutage.

Mit der Fristenlösung präsentierte sich die SP-Regierung neuerlich als "demokratische Reformerin" - in Wahrheit verbirgt sich hinter dieser Reform ein neues Abtreibungsverbot, kaschiert durch den einen oder anderen Fall, für den sie eine Erleichterung bringt, insgesamt aber eine Verstärkung der bürokratischen Schikanierung und Gängelung des Volks.

Bei ihren jüngsten Versuchen der "Lösung" der Minderheitenfrage ist es der SP-Regierung schon kaum mehr gelungen, ihre reaktionären Ziele der Spaltung und Entrechtung des Volks mit ihren Phrasen von der "Förderung" der Minderheiten durch das "Volksgruppengesetz" zu verbergen. Eine breite Front hat sich gegen diese reaktionäre Vorhaben gebildet und in wie bisher keiner anderen Frage ist hier die bürgerliche Reaktion im Reformgewand auf harten Widerstand gestoßen.

Mit dem Beitritt zur internationalen Energieagentur setzte die Regierung den Kurs fort, sich in Verfolgung der imperialistische Interessen der österreichischen Bourgeoisie noch enger mit dem NATO-Block zusammenzuschließen, mit dem sie zahlreiche Bindungen und Abhängigkeiten politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art verknüpfen. Damit setzte sie einen weiteren Schritt zur Teilnahme an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen der westlichen imperialistischen Mächte unter dem Diktat des US-Imperialismus und einen weiteren Schritt zur Verschacherung der Unabhängigkeit Österreichs.

## Die SP-Regierung ist heute die Speerspitze der Reaktion

In jeder einzelnen politischen Frage, vom Volksbildungswesen bis zum Staatsbudget, und Steuerwesen, hat die SP-Regierung von ihrem Regierungsantritt an ihr reaktionäres Geschäft für die Bourgeoisie betrieben. Noch ist es so, daß die Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Massenbewegung erst im Anwachsen begriffen sind - die bürgerliche Reaktion muß noch selten offen gewalttätig hervortreten. Die Reformpolitik der SP-Regierung ist die für die Bourgeoisie in der gegenwärtigen Situation geeignetste, versteckte Form, der offenen Reaktion den Weg zu bereiten, indem sie die Arbeiterklasse und das Volk irreführt, spaltet und fesselt. Und die Sozialdemokratie ist die geeignetste Kraft, um diesen besonderen reaktionären Auftrag zu erfüllen, da sie noch über großen Einfluß in der Arbeiterklasse verfügt. Zugleich muß sich die Bourgeoisie auf den gewaltsamen Zusammenstoß mit einem Aufschwung der Arbeiterbewegung vorbereiten - und auch das besorgt die SP-Regierung für sie aufs beste mit dem zügigen Ausbau des Polizeiapparats und der Rüstung des Bundesheers für ihre reaktionären Zwecke im Inneren wie nach außen. Ruhe im Inneren ist die erste Voraussetzung für die Bourgeoisie, um ihre reaktionären imperialistischen Interessen nach außen wahren zu können. Um diese Ruhe mit allen Mitteln aufrechterhalten zu können oder als Zuchthausruhe wiederherstellen zu können, treibt sie heute ihre Reaktion voran. Die SP-Regierung ist heute ihre Speerspitze. Das zu erkennen und in jedem ihrer betrügerischen politischen Manöver aufzudecken, ihre reaktionäre Politik zu enthüllen und zu bekämpfen, ist heute die politische Hauptaufgabe im Klassenkampf.

G.St.

# Minderheitenpolitik...

Fortsetzung von Seite 1

derheiten" zu verbergen und hoffen dadurch, "gemäßigtere Slowenen" abspalten zu können. Weiterhin setzen sie alles daran, die Vertreter der Minderheiten politisch zu isolieren, um ihnen eine reaktionäre Lösung aufzwingen zu können.

"Zuerst fördern, dann zählen" wird zu einem Schlagwort, mit dem sie die Minderheitenvertreter abspalten und die Bewegung gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik lähmen wollen. Doch die Vertreter der Kärntner Slowenen haben entschieden das sogenannte Volksgruppenförderungsgesetz abgelehnt. Da weiterhin keine volle Erfüllung der Rechte der Minderheiten darin vorgesehen ist.

Es sieht weiters viele Einschränkungen vor (siehe unten), die die deutsche Sprache weiter privilegieren und die Sprachen der Minderheiten nur verkümmert zur Geltung kommen lassen.
Es kann aber nur eine vollständige, konsequente Gleichstellung der Sprache der Minderheiten als Amtssprache gewährleisten, daß die Angehörigen der Minderheit nicht auf Schritt und Tritt besonderen Schikanen unterworfen sind.

Zum Beispiel können nur zweisprachig gedruckte Zeugnisse die alle Kinder im zweisprachigen Gebiet erhalten, vermeiden, daß kroatische oder slowenische Eltern einer zusätzlichen bürokratischen Schikanierung unterworfen werden. Außerdem kann nur eine solche Regelung verhindern, daß z.B. ein slowenischer Lehrling bei der Arbeitssuche einem besonderen Druck ausgesetzt wird, wenn er sein ungewöhnliches - weil zweisprachiges - Zeugnis vorweist.

Außer den erwähnten Einschränkungen läßt das Volksgruppengesetz völlig offen, welche Orte zweisprachige topografische Aufschriften erhalten, und welche Behörden, Dienststellen und Ämter zur Zweisprachigkeit verpflichtet sind. Das soll erst später durch Verordnungen der Bundesregierung geregelt werden. Daraus sieht man, daß die SP und die anderen Parteien das Volk hinters Licht führen wollen. Sie preisen das Volksgruppenförderungsgesetz als beste Lösung an. In Wirklichkeit schaffen sie sich aber Gesetze, mit denen sie jederzeit die Rechte der Minderheiten einschränken können.

Damit ihre wirklichen Ziele versteckt blieben, geben sie es nicht auf, die Minderheiten zu einer Zustimmung zu bewegen. Sie wissen, daß sie die Protestbewegung in ganz Österreich nur lähmen und unter Kontrolle bekommen können, wenn es ihnen gelingt, die Vertreter der Slowenen zu spalten und ihren Widerstand zu brechen.

Deswegen posaunen sie jetzt durch die Massenmedien:

- die schnelle Beschließung des Volksgruppen- und Volkszählungsgesetzes käme nur den Minderheiten zugute. Denn dann könnte man sofort einige Förderungsmaßnahmen setzen.

- sowohl die "Presse" als auch die "Kronenzeitung" behaupteten eine zeitlang, daß außer der Ortstafelfrage schon alles gelöst sei.

Diese Versprechungen und Lügen sollen die Öffentlichkeit verwirren. In Kärnten selbst versuchen die Parteien einerseits mit offener Hetze andererseits aber mit Versprechungen die Slowenen einzuseifen.

Von den örtlichen SP-Organisationen hört man, daß einige "Linke" aus der Partei den Widerstand der Slowenen zu brechen versuchen, indem sie ihnen "mehr Rechte" versprechen als vorher.

Angesichts dieser Manöver betrachtet es der KB Wien weiter als seine Aufgabe, am Aufbau einer Kampffront gegen jede Minderheitenfeststellung mitzuwirken. Vor allem aber die chauvinistische Hetze und die Spaltungsmanöver der Bourgeoisie aufzudecken zu zu bekämpfen. V.W.

## SP-Hetze gegen Demonstration in Klagenfurt

Auszug aus der "Kärntner Tageszeitung" vom 10.4.1976:

> Eines kann schon heute gesagt werden. Mit der gestrigen Demonstration wurde das Problem lediglich eskaliert, denn mit Argumenten der Faust läßt sich keine Befriedigung herbeiführen. Ebenso wenig, wenn man sich den Kommunisten in die Hand gibt, Kinder demonstrieren läßt und mit einer Partisanen-Hymne in Kärnten eine Demonstration beendet.
>
> Hoffentlich fühlt sich die Gegenseite nicht herausgefordert, ihre Stärke unter Beweis zu stellen...

**Um die Demonstration in Klagenfurt aktiv zu unterstützen, fanden am 9.4.1976 auch in Wien, Linz, Graz und Innsbruck Demonstrationen gegen die geplante Minderheitenfeststellung statt. Aufgerufen hatten dazu der KB Wien, der KB Linz, KB und KG Graz und der KB Tirol. Der KB Salzburg/Hallein hatte schon am 31.3.1976 zu einer Kundgebung in Salzburg aufgerufen.**



*Unser Bild zeigt die Wiener Demonstration gegen das Volkszählungs-u. Volksgruppengesetz zu der der KB Wien aufrief.*

# Was beinhaltet das Volksgruppengesetz ?

*Volksgruppenbeirat:*

*Gremium, das die Aufgabe hat, die Bundes- und Landesregierungen bei Minderheitenfragen zu beraten. Die Mitglieder werden von der Bundesregierung auf 4 Jahre bestellt.*

*Förderung:*

1. *Geldleistungen an Vereine, Stiftungen und Fonds, die der Erhaltung der Minderheit dienen.*
2. *Ausbildung und Betreuung von Volksgruppenangehörigen auf bestimmten Sachgebieten, die für die Erhaltung der Volksgruppe von Bedeutung sind.*

*Topographische Aufschriften:*

*Es ist vorgesehen, in Orten mit etwa einem Viertel "Minderheitenbevölkerung" die "topographischen Bezeichnungen und Anschriften, die von Gebietskörperschaften oder von sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts angebracht werden" zweisprachig zu verfassen.*

*Durch diese Regelung werden viele öffentliche Gebäude etc. keine zweisprachigen Bezeichnungen bekommen, weil gerade die meisten Märkte und größere Dörfer, die Gemeindezentren sind, einen kleineren Prozentsatz aufweisen, als die umliegenden kleineren Dörfer, mit stärkerer bäuerlicher slowenischer Bevölkerung.*

*Amtssprache:*

*Durch eine Verordnung der Bundesregierung werden (nach der Beschließung des Volksgruppengesetzes) die Behörden und Dienststellen, bei denen zusätzlich zur deutschen Amtssprache die Verwendung der Sprache einer Volksgruppe zugelassen wird, geregelt werden.*

*Nicht vorgesehen ist die Zulassung der Sprache der Volksgruppen im inneren Dienst, für den Verkehr mit Organen der öffentlichen Aufsicht und Organen der Wachkörper sowie für allgemeine öffentliche Kundmachungen (!)*

*Bei der Verwendung von amtlichen Vordrucken wird eine Übersetzung nur auf besonderes Verlangen ausgehändigt.*

*Beim mündlichen Verkehr mit der Behörde muß dies 1 Woche vorher angemeldet werden. Außerdem kann eine Verordnung "die Anwendung der Sprache einer Volksgruppe auf bestimmte Personen oder Angelegenheiten ... beschränken."*

*Wenn Schulnachrichten und Schulzeugnisse in Schulen mit zweisprachigem Unterricht ausgestellt werden, so sind diese "in deutscher Sprache mit zeilenweise darunterstehender Übersetzung in slowenischer Sprache auszustellen"..."jedoch nur auf Verlangen der Eltern oder sonstiger Erziehungsberechtigter dieser Schüler".*

*EINIGE VORTEILE - ABER KEINE VOLLE GLEICHBERECHTIGUNG*

*Somit beschränkt sich die "Amtssprache" darauf, daß slowenische schriftliche Eingaben (bei Behörden, die per Verordnung festgelegt werden) erlaubt sind, daß die Antwort darauf zweisprachig ist, daß bei mündlichen Vorsprachen direkt in der Sprache der Minderheit verhandelt wird, bzw. ein Dolmetsch beigezogen wird. Daß entsprechende Protokolle zweisprachig geführt werden und daß Verkündungen von Entscheidungen zuerst deutsch und dann in der Sprache der Minderheit bekanntzugeben sind.*
*Daß Auszüge aus Personenstandsbüchern oder Grundbüchern auch in der Übersetzung (ohne finanzielle Mehrbelastung) erlangt werden können.*

# Üble Machenschaften gegen Kantinenboykott

## Hütteldorferschule, Wien XIV

Schon seit Jahren gibt es in der grafischen Berufsschule Versuche, etwas gegen die hohen Kantinenpreise zu unternehmen. Nun führte in diesem Schuljahr eine Woche vor Weihnachten die Kaufmännische Berufsschule einen spontanen Boykott durch, der aber völlig unorganisiert sein Ziel verfehlte. Wir (grafische Berufsschule) erfuhren erst nach Weihnachten davon und versuchten sofort eine Schulsprecherversammlung der Hütteldorferschule zusammen zu bekommen. Das war Ende Jänner 1976. Bei der Schulsprecherversammlung beschlossen wir gemeinsam den Boykott für die Hütteldorferschule zu organisieren und durchzuführen. Wir stellten folgenden Terminkalender auf:

1. In der ersten Woche sollten Schülervertreter zur WÖK, zum Stadtschulrat, zum Schulgemeindereferat, Unterrichtsministarium und Lehrergewerkschaft gehen, und dort den Boykottbeschluß deponieren, falls binnen einer Woche die Preise nicht gesenkt würden.
2. In der zweiten Woche, sollten wir keine positive Antwort bekommen, würden wir Flugblätter verteilen und die Lehrlinge dadurch und durch Agitation der Klassensprecher auf den Boykott vorbereiten.
3. In der dritten Woche wird der Boykott durchgeführt.

Soweit unser Beschluß.

Bei dieser Schulsprecherversammlung waren der Landesschulsprecher Müller und ein Mitglied des Landesschülerbeirates Kik anwesend. Die beiden schlugen vor, unseren Beschluß auf einem Seminar der Wiener Schulgemeinschaftsausschußmitglieder am kommenden Wochenende den Schülervertretern der anderen Berufschulen vorzulegen. So bestünde die Möglichkeit, den Boykott auf alle Wiener Berufsschulen auszudehnen. Nur müsse das dort erst diskutiert werden. Wir hielten trotzdem an unserem Beschluß fest und meinten, wenn alle Berufsschulen mitmachen, dann sind wir froh darüber. In Bernstein fand man dann auch gar keine Zeit, um über den Boykott zu diskutieren. Wir trafen uns also drei Tage später um darüber zu beschließen. Das war am 4.2.. Dort beschlossen wir den Kantinenboykott für alle Wiener Berufsschulen. Unser Boykottplan wurde vollinhaltlich beschlossen und angenommen.

In diesem Fahrplan war natürlich auch enthalten, daß jeder Schulsprecher eine Klassensprecherversammlung abhalten muß, damit der Beschluß jedem Schüler bekannt wird.

Wir hatten einen guten Anfang gemacht und waren sehr optimistisch. Doch dann kamen die Schwierigkeiten. Das fing an beim Flugblattschreiben. Da wurde behauptet, das Flugblatt müsse ja nur nach außen wirken, Hauptsache man imponiert den Lehrern. Mit viel Müh und Not konnten wir uns auf einen einigermaßen richtigen Text einigen.

Dann waren Müller und Kik nicht in der Lage, in der ersten Woche zu den entsprechenden Stellen, wie Stadtschulrat, WÖK usw. zu gehen. Teilweise weil gerade Olympiaferien waren, anderenteils, weil sie immer vertröstet und zu anderen Ämtern geschickt wurden, wo man wiederum für unser Anliegen "nicht kompetent" war.

Bei der nächsten Sitzung erklärten sie, daß sie endlich mit der WÖK und dem Stadtschulrat "in Verhandlungen stehen" und um diese nicht zu stören, müßten wir den Boykott auf unbestimmte Zeit verschieben. Da bei dieser Sitzung ein großes Chaos herrschte, konnten wir leider keine Klärung herbeiführen. Wir verabsäumten es, aufzustehen und gegen diese Vorgangsweise zu protestieren und auf unseren eindeutigen Beschluß hinzuweisen. Der Schulsprecher der Grafischen Berufsschule berief sofort eine Klassensprecherversammlung ein um zu berichten und die nächsten Schritte zu beraten. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, daß wir den Boykott nicht mehr länger hinausschieben wollen, weil es nicht richtig wäre, unsere Kollegen länger zu vertrösten. "Beispielgebend sollte unsere Schule einen unbefristeten Boykott durchführen.

Der Schulsprecher der Grafischen versuchte eine Schulsprecherversammlung zustandezubringen. Das gelang nicht richtig, da von der Hütteldorferschule nur 2 Schulsprecher kamen. Dafür kam Kik, Mitglied der KJÖ mit einigen Nazifreunden und stieß wüste Drohungen gegen den Schulsprecher aus.

Es folgte noch eine Sitzung in der Hütteldorferschule Mitte März. Bei dieser Sitzung wurden Müller und Kik hart kritisiert, wie sie sich unterstehen könnten, sich über unseren klaren Auftrag hinwegzusetzen und eigenmächtig unseren Beschluß nach ihrem Gutdünken hinauszuzögern.

Mit einer Überheblichkeit sondergleichen setzte sich der Landesschulsprecher über die Kritik der Schülervertreter hinweg und erklärte uns herablassend, er wisse schon, was er zu tun habe, da bis jetzt auch nur er etwas Initiative für die Lehrlinge gezeigt habe und er immer noch das Richtige und Beste für uns getan habe.

Als Beweis dafür gab er bekannt, daß es ihm und seinem Freund Kik gelungen sei, den Stadtschulrat zu überreden den Boykott zu "erlauben", ja daß er ihn sogar soweit gebracht habe, für uns den Boykott zu organisieren. Alles solte sich über die Schulbürokratie abwickeln. Der Stadtschulrat werde Weisung an alle Direktoren geben, unsere Flugblätter an die Klassensprecher auszugeben. Und er würde dafür sorgen, daß das auch bestimmt funktioniert. Er setzte den Boykott für Ende April fest. Müller und Kik wurden auf diesen Vorschlag hin sofort kritisiert und es wurde ihnen Sabotageabsichten vorgeworfen, da sie eine Sache, die nur durch die Initiative und Kampfkraft der Lehrlinge zufriedenstellend erreicht werden kann, in die Hände der Schulbürokratie legen. Müller meinte, so wäre das viel bequemer für die Lehrlinge. Er glaubt also, wir wären zu faul und zu blöd, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Abgesehen von dem Hohn, der hinter diesem Vorschlag steht, der Schulbürokratie unsere Anliegen gegen die WÖK, einem gemeindeeigenen Betrieb, ausfechten zu lassen, glaubt er offensichtlich, daß nur so kluge Köpfe wie er und seine Freunde in den Direktionen fähig sind, Politik zu machen.

Einige Kollegen, darunter der Schulsprecher der Grafischen Berufsschule, die sich sehr aktiv für die Durchführung des Boykotts einsetzten, wurden gar nicht mehr zu weiteren Besprechungen eingeladen. Wir erkannten nun, daß der Landesschulsprecher kein Interesse mehr daran hat, wirklich einen Boykott zu organisieren. Diese feinen "Schülervertreter" wollen die ganze Angelegenheit dem Stadtschulrat übergeben. Damit soll die Bewegung gegen die hohen Kantinenpreise abgewürgt werden, denn der Stadtschulrat wird alles dafür tun, daß die Sache in Vergessenheit gerät.

Das werden wir aber nicht zulassen!

Wir haben nun deutlich gemerkt, daß wir uns nicht auf irgendwelche Gremien und Verhandlungspartner verlassen können, wenn wir die hohen Kantinenpreise beseitigen wollen. In Zukunft werden wir vor und in den Kantinen mit den Lehrlingen sprechen, ihnen deutlich machen, daß sie selbst die Sache in die Hand nehmen müssen. Gleichzeitig werden wir alles unternehmen, in der Schülervertretung Kollegen für die Durchführung des Boykotts zu gewinnen.

R.N./W.M.

# Tiroler Betriebe: Keine Änderung der Ausbildung

Wie der Redaktion bekannt wurde, gibt es in Tirol noch zahlreiche Fälle von Lehrlingsdiskriminierungen und Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen zum Schutz dieser jugendlichen Arbeitnehmer.

Als Beispiele seien 3 Lehrlinge eines Innsbrucker Betriebes genannt, die für viele andere stehen, die aus Angst vor Chef und Ausbildner schweigen, oder sich ihrer Lage gar nicht bewußt sind.

Der z.Z. 17 jährige Werner K.* tapezierte zusammen mit einem anderen Mitarbeiter die gesamte neue Chefwohnung während der Arbeitszeit, strich die Toilette und malte den Überboden des Hausganges aus. Zur Belohnung erhielt er pro Tag eine Jause.

Noch übler spielte der Chef dieser Firma den 15 jährigen Lehrlingen Klaus D. und Erich F.* mit.

Einige Wochen nach Beginn ihrer Lehrzeit spachtelten sie als Vorarbeit für den zu erwartenden Maler die gesamten Wände der Produktionsräume ab, schliffen mit Schmirgelpapier in den Händen was noch übrig blieb weg und fungierten einige Tage später als Hilfsarbeiter für den Maler. Als diese Arbeit nach einigen Tagen beendet worden war, reinigten sie in Zusammenarbeit mit der Putzfrau die beschmierten Böden und waren nun überzeugt, nützliche Lehrlinge zu sein, und einmal tüchtige Kaufmänner abzugeben.

Dank bekamen sie keinen zu spüren außer immer wieder Beweise ihrer Diskriminierung durch Chef und Ausbildner.

Wer nun glaubt, daß solche (verbotene) Arbeiten vielleicht anhand der Lehrlingsentschädigung ausgeglichen werden, täuscht sich enorm. Diese unsere Kollegen arbeiten für einen Lohn von

| | |
|---|---|
| 1.Lehrjahr | 1.281.- S netto |
| 2. " | 1.647.- S " |
| 3. " | 2.120.- S " |

Wir rufen nun alle Lehrlinge, denen es ebenso geht auf, nicht zu schweigen, sondern sich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen und uns so zu helfen und Initiativen zu setzen für eine bessere und menschlichere Art der Berufsausbildung.

* die Namen wurden geändert und sind der Redaktion bekannt.

-j-

Aus "Unsere Zeitung" Jugendzeitung der Gewerkschaftsgruppe "WIR", Innsbruck

# Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!

**Kommunistischer Bund Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, Kommunistische Gruppe Graz, KG Klagenfurt**

Am 1.Mai werden auch heuer wieder wie bereits seit Jahrzehnten die klassenbewußten Arbeiter in der ganzen Welt in Kundgebungen und Demonstrationen ihre Feindschaft gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem und ihr Bekenntnis und ihren Willen zur sozialistischen Revolution zum Ausdruck bringen. Die herrschenden Klassen haben alles getan, um den 1.Mai als revolutionären Kampf- und Feiertag zum Verschwinden zu bringen. Auch die österreichische Bourgeoisie hat das - seit im Jahr 1890 die Wiener Arbeiter erstmals zum 1.Mai auf die Straße gingen - immer wieder versucht. Sie hat es mit faschistischem Terror und mit der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung versucht, aber es ist ihr letztlich nicht gelungen.

Heute versucht sie es dadurch, daß sie den 1.Mai zum offiziellen Staatsfeiertag gemacht hat. So wie sie die Arbeiter mit ihren Predigten von "Klassenversöhnung", "Sozialpartnerschaft" und "Erweiterung der Demokratie" vom Klassenkampf abzuhalten versucht, so will sie die Arbeiter auch dahin bringen, daß sie am 1.Mai ein Bekenntnis zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaft und zum bürgerlichen Staat ablegen. Auch das wird ihr nicht gelingen und heute schon wächst die Zahl der klassenbewußten Arbeiter, die das Ziel der Arbeiterbewegung, die proletarische Revolution, den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft, hochhalten.

Das ist kein Wunder. Denn auch noch so viele Phrasen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich in unserer Gesellschaft Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte unversöhnlich gegenüber stehen. Heute zeigt sich wieder klarer als noch vor einigen Jahren: Der Kapitalismus kann der Arbeiterklasse und dem Volk kein menschenwürdiges Leben und keine Zukunft sichern. Das kann nur die Arbeiterklasse selbst, indem sie die Kapitalistenherrschaft stürzt, den bürgerlichen Staat zerschlägt, ihre eigene politische Macht errichtet und eine sozialistische Gesellschaft ohne Privateigentum an Maschinen, Fabriken und Grund und Boden, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufbaut

## Reihen wir uns ein in den internationalen Klassenkampf!

Das Ziel der politischen und sozialen Befreiung ist heute auf der ganzen Welt lebendiger und aktueller denn je. Der 1.Mai 1976 steht im Zeichen des weltweiten Aufschwungs des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und des Aufschwungs der internationalen Arbeiterbewegung. Die vollständige Befreiung Indochinas, die Zerschlagung des portugiesischen Kolonialreiches in Afrika, die gewaltigen Fortschritte des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen Zionismus, Imperialismus, Hegemonismus und arabische Reaktion waren ebenso Meilensteine dieser Entwicklung wie der Sturz des Faschismus in Portugal und der Aufschwung des Klassenkampfes in Spanien. Zugleich verstärken die Länder der Dritten Welt ihr Unabhängigkeitsstreben und schließen sich gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte zusammen, was auch in der UNO einen spektakulären Ausdruck gefunden hat. Eine entscheidende Stütze dieser günstigen internationalen Enwicklung ist die konsequente Außenpolitik der Volksrepublik China und ebenso das leuchtende Beispiel des Aufbaus des Sozialismus in China, Albanien und in den anderen sozialistischen Ländern. Immer enger wird der Spielraum des Imperialismus und immer schwächer wird er gegenüber der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt, wenn sie sich zum Kampf erheben. Immer wilder versuchen zugleich vor allem die beiden Supermächte, diese Entwicklung aufzuhalten, und immer heftiger wird der Kampf dieser beiden größten Räuber um die verbleibende Beute. Die Sowjetunion, die sich im Gefolge der revisionistischen Entartung und der Restauration des Kapitalismus zu einer imperialistischen Supermacht entwickelt hat, ist dabei die aggressivere und gefährlichere Supermacht, von der die Hauptgefahr für die Völker ausgeht, während den USA der Kampf der Völker bereits viel schwerere Schläge versetzt hat und sie sich allgemein im Rückzug befinden. Auch das österreichische Volk muß gegenüber den Bestrebungen des Sozialimperialismus besonders wachsam sein. Das Ringen der beiden Supermächte geht vor allem um Europa mit seinen gewaltigen menschlichen und sachlichen Produktivkräften und dabei versuchen sie sich auch die kleinen und mittleren imperialistischen Länder Europas zu unterwerfen. Aber das zeigt der Arbeiterklasse in diesen Ländern nur noch mehr die Notwendigkeit der Beseitigung aller bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Notwendigkeit, sich an der Seite der unterdrückten Völker in den internationalen Klassenkampf gegen den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte einzureihen und vor allem die eigene Bourgeoisie, ihren unmittelbaren Hauptfeind, zu stürzen. Es wachsen sowohl die Faktoren für den Krieg, auf den die Rivalität der beiden Supermächte zutreibt als auch die Faktoren für die Revolution, die nicht nur die einzige Möglichkeit ist, den Krieg zu verhindern, sondern auch alle Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen.

## Der Klassenkampf in Österreich nimmt einen Aufschwung

Im letzten Jahr hat sich die allgemeine politische Krise des Imperialismus verschärft durch ihr Zusammenfallen mit der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Für die Arbeiterklasse hat das als unmittelbare Folgen Lohnabbau, Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit und allgemeinen Druck seitens der Kapitalisten in lange nicht mehr dagewesenem Ausmaß bedeutet. Aber der Widerspruch, daß die Lebenslage der Massen sich verschlechtert, nicht weil es zuwenig Waren gibt, sondern weil es zuviel gibt, zuviel, als daß die Kapitalisten sie mit dem erwarteten Profit verkaufen könnten, so daß sie die Produktion drosseln und einstellen, - dieser Widerspruch läßt auch die Widersinnigkeit des kapitalistischen Systems, die Widersinnigkeit der Produktion aller für den Profit einiger weniger, deutlicher hervortreten.

Auch Österreich ist im vergangenen Jahr von der Wirtschaftskrise erfaßt worden. Die österreichischen Arbeiter haben sich aber durch die Folgen der Krise nicht weiter niederdrücken lassen, sondern den Kampf dagegen verstärkt. Die Zahl der Streiks hat sich verdoppelt. Vor allem sind die Lohnraubpläne der Kapitalisten bei den Kollektivvertragsverhandlungen trotz der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer nicht kampflos über die Bühne gegangen und es gärt in der Arbeiterjugend. An verschiedenen Punkten kommen die Volksmassen in offenen Widerspruch mit dem bürgerlichen Staat. Die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden immer drükkender und immer spürbarer wird die politische Abhängigkeit und Rechtlosigkeit des Volkes, die es behindert, wenn es seine Interessen zur Geltung bringen will. Immer mehr Arbeiter beginnen zu erkennen, daß es keine Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten gibt und auch nicht mit dem Staat, der die Gesellschaft im Interesse der Kapitalisten verwaltet.

Verlassen kann sich die Arbeiterklasse nur auf sich selbst, auf die eigenen Kräfte, und diese sind umso größer, je einiger und geschlossener ihre Reihen sind, ob jung oder alt, Frau oder Mann, Ausländer oder Österreicher.

# Gegen die politische Reaktion der Bourgeoisie!

Die Bourgeoisie sieht sich mit dem weltweiten Aufschwung des Befreiungskampfes der Völker und der Arbeiterbewegung konfrontiert und mit der wachsenden Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen in Österreich. Sie sieht sich damit konfrontiert, daß die Massen sich nicht mehr mit den bestehenden Verhältnissen abfinden und den Maßnahmen der Kapitalisten und des Staates, die diese Verhältnisse weiter verschlechtern, Widerstand entgegensetzen. Sie weiß, daß sie den Ausweg aus der Krise nur in der weiteren Steigerung der Ausbeutung suchen kann, daß sich die sozialen Verhältnisse weiter verschlechtern werden und daß daher der Klassenkampf sich verschärfen wird. Heute versucht die Regierung noch hauptsächlich, den Bestrebungen und Bewegungen der Massen durch scheinbare Zugeständnisse die Spitze zu nehmen, sie durch alle nur erdenklichen Maßnahmen zu spalten, sie durch Ausweichmanöver und Hinhaltetaktik totlaufen zu lassen. Aber heute schon gelingt ihr das nicht mehr überall und sie bereitet sich auf die unvermeidlichen Zusammenstöße mit der Arbeiterklasse und dem Volk vor.

Der bürgerliche Staatsapparat wird aufgebläht und unterwirft alle Lebensbereiche seiner bürokratischen Verwaltung. Für das Volk bedeutet das Bevormundung, Abhängigkeit, Schikanen und wachsende Ausplünderung durch Steuern und Tarife, weil es das Ganze auch noch selbst finanzieren soll.

Ausgebaut wird vor allem auch der Polizei- und Militärapparat, wofür die Verankerung der umfassenden militärischen, wirtschaftlichen, zivilen und geistigen Landesverteidigung in der Verfassung im letzten Jahr ein Meilenstein war. Diese Aufrüstung des Staatsapparats dient der Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen an der Seite der NATO nach außen ebenso wie der Vorbereitung der Bourgeoisie auf den Fall des offenen Klassenkampfes im Inneren. Dazu gehört auch die im Zusammenhang mit der Benzinpreiserhöhung viel diskutierte "Energiesicherung", zu der Österreich aufgrund der Mitgliedschaft bei der Internationalen Energieagentur (IEA) gezwungen ist. Dadurch stellt sich Österreich in eine Front mit dem westlichen Imperialismus, vor allem den USA, gegen die Staaten und Völker der Dritten Welt, während unser Land gleichzeitig verstärkt in Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der NATO gerät und an seiner Seite an der Kriegsvorbereitung teilnimmt.

Auch mit dem Arbeitsverfassungsgesetz und der Strafrechtsreform hat sich die Regierung weitere Waffen der Knebelung und Unterdrückung jeder selbständigen Regung des Volkes verschafft.

Ein weiterer schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse ist das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Indem Teile der Arbeiterklasse, unsere ausländischen Klassenbrüder, politisch völlig entrechtet und offen als bloßes Arbeitsvieh für die Kapitalisten erklärt werden, wird die ganze Klasse getroffen, soll ihre Spaltung vertieft und sie gegenüber den Kapitalisten geschwächt werden, soll der Chauvinismus angeheizt und im Denken der Massen der unversöhnliche Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse verwischt, Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse aber geschürt und verstärkt werden.

Ähnlich verhält es sich bei den Plänen der Minderheitenfeststellung. Indem der Staat die Gewährung der elementarsten Rechte auf Gebrauch der Muttersprache von einem Prozentsatz der Betroffenen abhängig macht, verhöhnt er offen die Demokratie, die er auf dem Papier für sich in Anspruch nimmt. Anbeizen des Chauvinismus und Spaltung des Volkes durch die immer weitergehende Unterdrückung und Entrechtung der Minderheiten, ständiger bis aufs Messer geführter "Kampf um jede Stimme" zwischen den "Volksgruppen", statt gemeinsamen Kampfes des ganzen Volkes gegen den Staat – darauf zielt die Minderheitenfeststellung ab. Das geplante sogenannte Volksgruppenförderungsgesetz ist nur ein weiteres Manöver im Rahmen dieser Pläne, um die bisher einheitliche Haltung der Minderheiten aufzuweichen und sie dann umso härter zu treffen.

Eine ebensolche Verhöhnung der in Phrasen immer wieder zitierten "Mündigkeit und Freiheit der Staatsbürger" ist das gesetzliche Abtreibungsverbot, das durch die Fristenlösung auf den ersten Blick versteckter, aber umso wirksamer aufrechterhalten wurde und im Zuge der parlamentarischen Behandlung des Volksbegehrens der Aktion Leben weiter verschärft werden soll. Nicht um für oder gegen die Abtreibung geht es, sondern um dafür oder dagegen, daß der Staat und seine Ärzte, Richter und Pfaffen entscheiden sollen, ob und wieviele Kinder die Arbeiterfamilie haben kann und soll.

# Vorwärts beim Aufbau der Partei der Arbeiterklasse! Es lebe der 1. Mai!

Aber auch die immer offenere Reaktion der Bourgeoisie wird die Arbeiterklasse weder einschüchtern und knebeln können, noch werden sich die Arbeiter auf die Dauer von der Sozialdemokratie in Illusionen wiegen und vom Kampf um ihre berechtigten Interessen abhalten lassen. Dabei geht es auch darum, die Gewerkschaften den heutigen bürgerlichen Machthabern im ÖGB streitig zu machen, diese politisch unschädlich zu machen und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen. Dabei geht es aber vor allen Dingen auch darum, daß von den klassenbewußten Arbeitern ein neuer Kampfstab der Arbeiterklasse, eine neue kommunistische Partei aufgebaut wird und sich alle wirklichen Marxisten-Leninisten zusammenschließen. Denn heute, fast zwei Jahrzehnte nach dem Sieg des Revisionismus in der KPÖ, gibt es keine wirkliche Arbeiterpartei in unserem Land.

Sorgen wir dafür, daß der 1. Mai 1976 zu einem Tag wird, an dem die klassenbewußten Arbeiter und alle revolutionären Menschen in Österreich ihrer Entschlossenheit Ausdruck verleihen, ihre Anstrengungen im Kampf um den Sieg des Sozialismus zu verstärken.

GEGEN DIE POLITISCHE REAKTION DER BOURGEOISIE!

GEGEN DIE STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG UND DIE ABWÄLZUNG DER FOLGEN DER KRISE AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK!

GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE AUSSENPOLITIK ÖSTERREICHS!

GEGEN DEN AUSVERKAUF DER UNABHÄNGIGKEIT DES LANDES!

REIHEN WIR UNS EIN IN DEN INTERNATIONALEN KLASSENKAMPF DER ARBEITER UND VÖLKER DER GANZEN WELT UM DIE POLITISCHE UND SOZIALE BEFREIUNG!

REIHEN WIR UNS EIN IN DIE INTERNATIONALE EINHEITSFRONT GEGEN DAS HEGEMONIESTREBEN UND DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER PARTEI DER ARBEITERKLASSE!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

# Forderungsprogramm zum 1. Mai 1976

Die ungebrochen andauernde Preistreiberei und die Wellen von Steuer- und Tariferhöhungen führen zu einem ständigen Druck auf den Reallohn. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen Ende 1975/
Anfang 1976 haben die Kapitalisten Lohnraubabschlüsse durchgesetzt, in den einzelnen Betrieben setzen sie Maßnahmen zur direkten Senkung des Lohnniveaus. Durch die Angriffe auf den Lohn ist nicht nur die Erhaltung des Lebensniveaus gefährdet, gleichzeitig soll damit die Hinnahme der Methoden zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft erzwungen werden.

GEGEN DEN REALLOHNABBAU - AUSREICHENDE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN!

GLEICHE SCHILLINGFORDERUNGEN VERBESSERN DIE BEDINGUNGEN FÜR DEN EINHEITLICHEN LOHNKAMPF!

Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der ganzen Branche zur Verteidigung des Reallohns wächst. So haben im vergangenen Jahr bei vielen Lohnrunden Belegschaften selbständige Aktionen gegen die Angriffe der Kapitalisten und gegen die Kapitulation der Gewerkschafts-Führung gesetzt.

Die verschärften Angriffe der Kapitalisten bewirken, daß die vertraglich abgesicherten Löhne und Gehälter immer größere aktuelle Bedeutung bekommen.

ANHEBUNG DER KOLLEKTIVVERTRAGLICHEN MINDESTLÖHNE bzw. GEHÄLTER IN RICHTUNG IST-LOHN bzw. GEHALTSNIVEAU!

STREICHUNG ALLER JUGENDLOHNGRUPPEN UND DER INOFFIZIELLEN FRAUENLOHNGRUPPEN AUS DEN KOLLEKTIVVERTRÄGEN!

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Steigerung der Ausbeutung, in der heutigen Situation fast ausnahmslos verbunden mit Entlassungen: Damit wollen die Kapitalisten im verschärften Konkurrenzkampf bestehen. Einführung und Verschärfung aller Arten des Leistungslohns, Überstunden, Einführung und Ausdehnung der Schichtarbeit, Einführung der Gleitzeit und andere Rationalisierungsmaßnahmen: Das sind die hauptsächlichen Methoden, mit denen die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft betrieben wird. Dabei stellt sich heraus, daß der Akkord selbst die beste Grundlage dafür ist, um in einer Situation des sinkenden Reallohns automatisch die Arbeitshetze zu steigern. Dabei stellt sich weiters heraus, daß z.B. durch die Leistung von Überstunden der Arbeitsplatz des Kollegen gefährdet wird.
Unterminierung von Gesundheit, Arbeitskraft und Familienleben, Aufspaltung und Konkurrenz um den Arbeitsplatz: Das sind die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer Verschärfung für die Arbeiter.

Dagegen muß die Arbeiterklasse Schutzgesetze durchsetzen, um der Konkurrenz untereinander und dem Heißhunger der Kapitalisten nach immer schärferer Ausbeutung der Arbeitskraft Schranken zu setzen:

VERBOT DES AKKORDS UND ALLER AKKORDÄHNLICHEN SYSTEME!

VERBOT VON NACHT- UND SCHICHTARBEIT AUSSER IN FÄLLEN, IN DENEN SIE AUS TECHNISCHEN, VOM BETRIEBSRAT ANERKANNTEN GRÜNDEN UNVERMEIDBAR IST; BESCHRÄNKUNG DER NACHTARBEITSZEIT AUF DIE HÄLFTE DES NORMALARBEITSTAGES!

VERBOT VON ÜBERSTUNDEN - VOLLSTÄNDIGE DURCHSETZUNG DES 8-STUNDEN-TAGES UND DER 40-STUNDEN-WOCHE!

Darüber hinaus muß die Arbeiterklasse ihren Kampf für die weitere Verbesserung des Schutzes der Arbeitskraft ausrichten auf den 7-Stunden-Tag an 5 Wochentagen und um 8 Wochen Urlaub.

Der verschärfte Konkurrenzkampf der Kapitalisten führt zu Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Wenn die objektiven Bedingungen danach sind und die Arbeiter alle ihre Reserven mobilisieren können, kann eine Belegschaft die Stillegung oder Entlassungen abwehren.

Das Anwachsen des Arbeitslosenheeres durch die Überproduktionskrise ist aber eine unvermeidliche Tatsache im Kapitalismus. Gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Existenz eines Heeres von Lohndrückern und Streikbrechern muß die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen.

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG IN DER HÖHE VON MINDESTENS 80% DES LOHNS WÄHREND DER GESAMTEN DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT!

SELBSTVERWALTUNG DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG DURCH DIE VERSICHERTEN!

UNTERSTELLUNG DER ARBEITSÄMTER UNTER DIE SELBSTVERWALTUNG!

BEZAHLUNG DER BEITRÄGE AUSSCHLIESLICH DURCH DIE KAPITALISTEN!

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG ALLER LEHRLINGE AB BEGINN DES LEHRVERHÄLTNISSES AUSSCHLIESLICH AUF KOSTEN DER KAPITALISTEN!

ANERKENNUNG ALLER SCHULABGÄNGE OHNE ARBEIT ALS ARBEITSLOSE!

Mit dem Arbeitsverfassungsgesetz hat der kapitalistische Staat den ersten offenen Schritt zur gesetzlichen Verankerung der Sozialpartnerschaft gesetzt, und damit die Bedingungen für die Niederhaltung aufkommender Bewegungen gegen die Kapitalisten und ihre Herrschaft weiter ausgebaut.

DER ÖGB MUSS AUS DER PARITÄTISCHEN KOMMISSION AUSTRETEN!

FÜR KLASSENBEWUSSTE, KAMPFSTARKE GEWERKSCHAFTEN!

WEG MIT ALLEN GESETZLICHEN EINSCHRÄNKUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN AUF DIE KLASSENZUSAMMENARBEIT UND DAS BETRIEBSINTERESSE FÜR BETRIEBSRAT UND JUGENDVERTRAUENSRAT!
WEG MIT DER SCHWEIGEPFLICHT!

WEG MIT DER VERPFLICHTUNG DER ÖFFENTLICHEN BEDIENSTETEN AUF DAS STAATSINTERESSE - WEG MIT DEM ÖFFENTLICHEN DIENSTRECHT!

Auf der Grundlage der allgemeinen Überproduktionskrise hat sich im vergangenen Jahr die Finanzkrise des Staats laufend verschärft.
Im Staatshaushalt wurden große Umschichtungen vorgenommen, die Ausgaben für nahezu alle Bereiche, die für das Volk von Interesse sind, wurden gekürzt, der Abbau im Bereich der Sozialausgaben weiter vorangetrieben. Die Regierungstätigkeit konzentriert sich auf das Erfinden neuer Massensteuern und die Erhöhung aller Steuern, Tarife und Gebühren. Während die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern abnehmen oder stagnieren, wird versucht, immer mehr aus den Volksmassen herauszupressen.
Dagegen erheben wir die Forderungen:

SCHLUSS MIT DEN ERHÖHUNGEN VON STEUERN, TARIFEN UND GEBÜHREN!

WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN!

BIS MINDESTENS 10.000 SCHILLING IM MONAT STEUERFREIHEIT!

BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN, SOWEIT SIE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN AUSSCHLIESSLICH DURCH DIE PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

Die Unzufriedenheit und Empörung in der Arbeiterjugend über die Zustände im Ausbildungswesen hat durch die beginnende Lehrstellenknappheit und zunehmende Jugendarbeitslosigkeit neue Nahrung erhalten.

Das kapitalistische Ausbildungssystem ist aufgesplittert und abgestuft. Nur für eine Minderheit der Jugend gibt es eine längere und umfassendere Schulbildung. Für den weitaus größten Teil der Jugend beschränkt sich die Schulbildung auf die Vermittlung der minimalsten Kenntnisse, die erforderlich sind für ihren Einsatz in der Produktion. Nur diejenigen, die einen Lehrberuf beginnen, bekommen die notwendigsten Grundkenntnisse für den bestimmten Beruf und einige noch enger spezialisierte Fertigkeiten vermittelt.

Wir Kommunisten treten dafür ein, daß alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eine unentgeltliche und allgemeine Bildung auf Staatskosten erhalten, damit jedermann befähigt wird, sich in die Staatsangelegenheiten einzumischen, politische und wirtschaftliche Vorgänge zu durchschauen, seine Rechte wahrzunehmen und am Kampf um politische Rechte teilzunehmen. Wir treten ein für eine polytechnische Bildung in einer Einheitsschule, damit die ganze Jugend die Produktion zu beherrschen lernt, zu ihrer Leitung befähigt wird und alle Abstufungen und Aufspaltungen im heutigen Schulwesen beseitigt werden.
In diesem Sinne treten wir ein für die Forderungen:

SCHAFFUNG UND AUSBAU VON LEHRWERKSTÄTTEN BEI DEN BERUFSSCHULEN!

FÜR EINEN ZWEITEN BERUFSSCHULTAG!

ERHÖHUNG DER LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG FÜR ALLE LEHRLINGE AUF MINDESTENS 75% DES KOLLEKTIVVERTRAGLICHEN FACHARBEITEREINSTELLOHNS, MINDESTENS ABER 3.000 SCHILLING!

VERPFLEGUNG DER BERUFSSCHÜLER AN SCHULTAGEN AUF STAATSKOSTEN!

GEGEN JEDE EINSCHRÄNKUNG DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG AN SCHULEN UND HOCHSCHULEN DURCH DAS SCHULUNTERRICHTSGESETZ UND DAS UNIVERSITÄTSORGANISATIONSGESETZ!
ERHÖHUNG ALLER HOCHSCHULSTIPENDIEN UM 1.200 SCHILLING IM MONAT!

Ein massiver Schlag gegen die Arbeiterklasse und das Volk ist der SP-Regierung mit der Verabschiedung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gelungen.

WEG MIT DEM AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNGSGESETZ!

VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG FÜR ALLE IN ÖSTERREICH LEBENDEN AUSLÄNDER

Die Empörung über das geplante Volkszählungsgesetz besonderer Art und das sogenannte Minderheitenförderungsgesetz hat große Teile des österreichischen Volks erfaßt und die Regierung und alle im Parlament vertretenen Parteien zum Abrücken von ihren reaktionären Lösungsvorschlägen gebracht.
Eine Lösung der Minderheitenfrage im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes ist nur möglich auf der Linie der Forderungen:

KEIN VOLKSZÄHLUNGSGESETZ BESONDERER ART

GEGEN DAS GEPLANTE VOLKSGRUPPENFÖRDERUNGSGESETZ

BEDINGUNGSLOSE GEWÄHRUNG GLEICHER SPRACHENRECHTE FÜR DIE MINDERHEITEN

FÜR DAS RECHT FÜR ALLE ANGEHÖRIGEN DER MINDERHEITEN OHNE BEDINGUNGEN IN ALLEN BEREICHEN DES VOLKSBILDUNGSWESENS IN IHRER MUTTERSPRACHE AUSGEBILDET ZU WERDEN, IHRE MUTTERSPRACHE BEI ALLEN ÄMTERN UND GERICHTEN IM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESGEBIET GEBRAUCHEN ZU KÖNNEN

FÜR DAS RECHT AUF ZWEISPRACHIGKEIT IN GEMISCHTSPRACHIGEN GEBIET BEI TOPOGRAPHISCHEN AUFSCHRIFTEN UND ALLEN AMTLICHEN UND ÖFFENTLICHEN SCHRIFTEN UND BEZEICHNUNGEN

In dem Maß, wie sich die praktischen Erfahrungen mit der Fristenlösung in der Arbeiterklasse und im Volk verbreiten, wächst die Klarheit und Empörung über diese neuerliche Knebelung des Volkes in der Abtreibungsfrage durch den Staat und verbreitet sich die Erkenntnis, daß die Befreiung davon nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat gegen jede Form des Abtreibungsverbots und die Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse erreicht werden kann.

FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG ALLER ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN

BEZAHLUNG DER ABTREIBUNGSKOSTEN DURCH DIE KRANKENKASSE

Den zunehmenden Widerstand gegen staatliche Planungsmaßnahmen und die drohende Gefährdung der Umwelt und Wohnbedingungen unterstützen wir mit den Forderungen:
GEGEN DEN BAU DES KERNKRAFTWERKES IN ST.PANTALEON

GEGEN DIE INBETRIEBNAHME DES KERNKRAFTWERKES IN ZWENTENDORF

Die Entwicklung der politischen Reaktion der Bourgeoisie hat bisher ihren Ausdruck nicht nur in der Schaffung einer Reihe von neuen Gesetzen zur Knebelung und Unterdrückung des Volkes gefunden, sondern auch in einem zielstrebigen Ausbau des staatlichen Gewaltapparats. Sie unternimmt immer mehr Anstrengungen um einerseits den Gedanken der "umfassenden Landesverteidigung" im Volk zu verankern, einen Gedanken der auf die Vorbereitung auf den imperialistischen Kriegsfall abzielt, andererseits unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" die Angehörigen von Bundesheer und Polizei auf die Bekämpfung von demonstrierenden Arbeiter- und Volksmassen vorzubereiten.
Die Arbeiterklasse darf der Bourgeoisie nicht die Gewehre überlassen.

ERSETZUNG DES STEHENDEN HEERES, DER POLIZEI, GENDARMERIE UND ALLER ANDEREN BEWAFFNETEN FORMATIONEN DES STAATES DURCH DIE ALLGEMEINE VOLKSBEWAFFNUNG; WAHL DER OFFIZIERE; WEITERZAHLUNG DES LOHNS DURCH DIE KAPITALISTEN bzw. BEI ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN DURCH DEN STAAT WÄHREND DER DIENSTZEIT IN DER ALLGEMEINEN VOLKSMILIZ.

Nicht anders als im Inneren verfolgt die österreichische Bourgeoisie auch nach außen eine reaktionäre, imperialistische Politik.

Gegen diese reaktionäre Außenpolitik richten sich die Forderungen:

RAUS AUS DER ENERGIEAGENTUR. KEINE RATIFIZIERUNG DURCH DAS PARLAMENT

RÜCKNAHME ALLER IM AUSLAND STATIONIERTEN UN-TRUPPEN AUS ZYPERN UND DEM NAHEN OSTEN

FÜR DIE SOFORTIGE ZULASSUNG BEIDER PLO-BÜROS IN ÖSTERREICH

ANERKENNUNG DER PLO ALS EINZIG LEGITIME VERTRETERIN DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG

WEG MIT DEN VÖEST-PROJEKTEN IM RASSISTISCHEN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr treten wir auf unter den Losungen und Forderungen:

KAMPF DEN HEGEMONIEBESTREBUNGEN DES US-IMPERIALISMUS UND DES SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS. KEIN ENTSPANNUNGSGEREDE, NUR DER GEMEINSAME KAMPF DER VÖLKER GEGEN DIE IMPERIALISTISCHEN KRIEGSTREIBER KANN DEN FRIEDEN SICHERN.

VERPFLICHTUNG ALLER ATOMMÄCHTE, ZU KEINER ZEIT UND UNTER KEINEN UMSTÄNDEN ALS ERSTE KERNWAFFEN ANZUWENDEN!

RÜCKZUG ALLER STREITKRÄFTE VOM TERRITORIUM ANDERER LÄNDER!

ABBAU ALLER MILITÄRBASEN AUF DEM TERRITORIUM ANDERER LÄNDER!

Den gerechten Kampf der Staaten der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung unterstützen wir mit der Forderung:

UNTERSTÜTZUNG DER BESTREBUNGEN DER DRITTEN WELT ZUR SCHAFFUNG EINER NEUEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Der Kampf der Völker im Nahen Osten gegen Zionismus, Imperialismus und Hegemonismus unterstützen wir mit den Losungen und Forderungen:

SOFORTIGER RÜCKZUG ISRAELS AUS ALLEN BESETZTEN GEBIETEN!

ZIONISMUS IST RASSISMUS!

FÜR DIE ZERSCHLAGUNG DES ZIONISTISCHEN STAATES!
FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN STAAT DER JUDEN UND ARABER IN GANZ PALÄSTINA OHNE RASSISCHE UND RELIGIÖSE DISKRIMINIERUNG!

SIEG DEN ARABISCHEN VÖLKERN IM KAMPF GEGEN DAS DIKTAT DER BEIDEN SUPERMÄCHTE! NIEDER MIT ZIONISMUS, IMPERIALISMUS UND ARABISCHER REAKTION!

Zur Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus, Rassismus, Imperialismus und das Hegemoniebestreben erheben wir die Forderungen:

USA UND SOWJETUNION - RAUS AUS AFRIKA!

ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS ANGOLA!

NIEDER MIT DEN RASSISTENREGIMES IN AZANIA, ZIMBABWE UND NAMIBIA! SIEG DEM KAMPF DER VÖLKER GEGEN RASSISMUS, KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS!

Den Kampf des portugiesischen und des spanischen Volkes gegen Faschismus, Imperialismus und Hegemonismus unterstützen wir mit den Losungen:

NIEDER MIT DEM SPANISCHEN FASCHISMUS - FÜR DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN!

SIEG DEM PORTUGIESISCHEN VOLK IM KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS - SIEG IM KAMPF UM DIE VOLKSDEMOKRATIE!

NIEDER MIT KONTROLLE UND EINMISCHUNG DES IMPERIALISMUS, VOR ALLEM DER BEIDEN SUPERMÄCHTE IN PORTUGAL UND SPANIEN!

Zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes treten wir mit den Losungen auf:

FÜR DEN STURZ DER JUNTA! ES LEBE DER KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES!

Den Kampf des iranischen Volkes unterstützen wir mit der Losung:

NIEDER MIT DEM SCHAH-REGIME!

**Proletarier aller Länder vereinigt euch!**
**Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!**

# Weg mit den Paragraphen 96-98

Am 31.März fand in Wien auf Initiative des "Komitees für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" eine Demonstration statt, an der sich etwa 400 Menschen, darunter viele Arbeiterjugendliche, beteiligten. Anlaß für diese Demonstration war die Behandlung des Volksbegehrens der Aktion Leben im Parlament am selben Tag. Die Demonstration war der Startschuß für den Aufbau einer breiten gegen das Abtreibungsverbot gerichteten Öffentlichkeit und für die Vorbereitung von Kampfschritten, mit dem Ziel, das Gesetz zu Fall zu bringen. Wenn im Herbst der am 1.4. eingerichtete Sonderausschuß dem Parlament Bericht erstattet, und das Parlament über das Volksbegehren und die Fristenlösung Beschlüsse fassen will, so geht es nicht nur darum zu zeigen, daß das Volk gegen jede Form des Abtreibungsverbotes ist, sondern es geht darum, vom Parlament die Entfernung aller Abtreibungsparagraphen aus dem Strafgesetz zu fordern.

### Die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot entfaltet sich

Für die selben Ziele tritt das "Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" ein. Der KB-Wien unterstützt dieses parteilose Komitee, weil es für das Volk ein ausgezeichnetes Mittel ist, den Zusammenschluß der Massen gegen den bürgerlichen Staat im Kampf gegen das Abtreibungsverbot voranzubringen. Das hat auch die bisherige Arbeit dieses Komitees bewiesen. Vor der Demonstration besuchte das Komitee eine Reihe von Organisationen, v.a. Bezirksgruppen der Gewerkschaftsjugend, um sie für ein aktives Eintreten gegen die Fristenlösung und für die Teilnahme an der Demonstration zu gewinnen. Zwei ÖGJ-Gruppen beschlossen auch die Forderung des Komitees und viele Mitglieder der besuchten Organisationen nahmen an der Demonstration teil. In den Diskussionen konnte meist weitgehende Einheit erzielt werden. Die Hauptpunkte der Debatten waren, ob die Fristenlösung nicht doch ein kleiner Fortschritt sei und ob es richtig ist, für die vollkommene und ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen einzutreten. (siehe auch Zeitung des Komitees vom 15.3.1976)

### Politische Klarheit stärkt die Bewegung

Die falsche Auffassung, daß die Fristenlösung ein kleiner Fortschritt sei, geht davon aus, daß 1975 um ca. 13.000 Abtreibungen mehr als 1974 offiziell in Spitälern durchgeführt wurden. Das ist aber gerade der Trick mit der Fristenlösung, daß für 10-15 % die Abtreibung erleichtert, für den Rest aber praktisch erschwert wird. Davon ist vor allem die Arbeiterklasse betroffen, denn Bourgeoisfrauen, Akademikerinnen oder Studentinnen können die Ärzte leichter überreden und Bourgeoisfrauen haben sowieso genug Geld. Allen aber, und das ist das Entscheidende an diesem Gesetz, soll die Entscheidung über das Kinderkriegen entzogen werden, denn diese Entscheidung treffen laut Gesetz die Ärzte. Die Frauen sollen in die Beratungsstellen und Spitäler gelockt werden, um sie dort zu registrieren und sie kontrollieren zu können. Für die Masse der Betroffenen, egal ob sie jetzt abtreiben können oder nicht, bringt die Fristenlösung eine verschärfte Kontrolle und Bevormundung, wenn auch in anderer Form als unter dem § 144.

Die Zweifel, ob es richtig sei, keine Strafbestimmung mehr zu wollen, gehen von der völlig richtigen Ablehnung der Abtreibung aus. Es ist ganz klar, daß eine Abtreibung nichts Gutes ist und daß sie an den miserablen sozialen Verhältnissen der Werktätigen im Kapitalismus nichts ändern kann. Aber es kann nicht geduldet werden, daß sich der bürgerliche Staat, mit Hilfe seiner Richter und Ärzte in frecher Weise in die ureigensten Belange der Familien des Volkes einmischt, dadurch die üblen kapitalistischen Zustände, die er verteidigt, noch drückender macht und durch allseitige Kontrolle über das Volk den Klassenkampf, den Kampf zum Sturz dieses Staates und der Ausbeuterherrschaft, behindert. Deshalb muß das Ziel des Kampfes gegen das Abtreibungsverbot die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen sein. Denn jede Gesetzesbestimmung, sei es eine Frist oder sonstwas, richtet sich gegen die Werktätigen und gibt dem Staat die Möglichkeit, das Volk zu bevormunden und zu kontrollieren. Gerade in diesen Fragen gibt es auch unter den Kommunisten äußerst hartnäckige ideologische Fehler.
Vielfach wirddie Abtreibung noch als eine positive Sache hingestellt und der Kampf gegen die Fristenlösung nur unter dem Gesichtswinkel betrachtet, daß man eben das Abtreiben so leicht als möglich machen soll. Mit einer derartigen kleinbürgerlichen, kinderfeindlichen Haltung geht der politische Kern der Sache völlig verloren: daß nämlich durch die Fristenlösung die Kontrolle über das Volk verstärkt wird und daß wir uns gegen jede Einmischung des bürgerlichen Staates in die Angelegenheiten des Volkes zur Wehr setzen müssen. Man kann dann natürlich auch niemanden mehr davon überzeugen, daß es richtig ist, sich z.B. an einer Demonstration gegen den Staat zu beteiligen und gerät letztlich in bürgerliches und reformistisches Fahrwasser.

### Die Bourgeoisie plant bessere Kontrolle

In letzter Zeit, etwa seit dem Parteitag der SPÖ, hat in der bürgerlichen Presse die Tendenz die Oberhand gewonnen, die Fristenlösung nicht mehr öffentlich zu diskutieren. Gab es Anfang des Jahres noch eine Auseinandersetzung darüber, welche die beste "Lösung" sei, so hat sich jetzt der Akzent auf eine Diskussion über Bevölkerungspolitik allgemein und demagogische Argumente verschoben. Eines der Hauptargumente in der Demagogie ist, wer in Zukunft die Pensionen zahlen wird. Die Bourgeoisie will damit von ihrer reaktionären Politik mit der Fristenlösung ablenken, genauso, wie sie die Ausplünderung der Volksmassen durch Steuern und Tarife mit der Arbeitsplatzsicherung zu rechtfertigen sucht. Tatsächlich geht die Diskussion zwischen SPÖ ÖVP und Aktion Leben usw. nur mehr darum, wie man die Fristenlösung noch effektiver zur Kontrolle über das Volk und zur Hebung der Geburtenrate einsetzen kann. Möglich wäre z.B. die Übertragung der Beratung auf Amtsärzte oder staatliche Beratungsstellen - dazu braucht die Regierung nicht einmal eine Gesetzesänderung. Klarerweise will die Bourgeoisie diese Diskussion nicht öffentlich sondern hinter verschlossenen Türen führen. Deshalb dauerte auch die Einrichtung des Sonderausschusses im Parlament am 1.4. nur zwei Minuten und das meinte auch Kreisky, als er der Aktion Leben am Parteitag der SPÖ eine ernsthafte Behandlung ihres Volksbegehrens im Parlament zusicherte. Das einzige, was dabei herauskommen kann und wird, ist eine Verschärfung der Kontrolle über das Volk.

Auffallend ist auch, daß außer der KPÖ-Führung niemand mehr die Fristenlösung offiziell verteidigt. Die Politik der KPÖ-Führung, für die "Durchsetzung der Fristenlösung" einzutreten, ist außerordentlich schädlich, da sie große Verwirrung stiftet und davon ablenkt, daß der Kampf gegen den Staat, in dem die SP-Regierung die Interessen der Kapitalisten vertritt und heute die politische Reaktion verkörpert, geführt werden muß. Diese Politik der modernen Revisionisten wird ihnen aber letztlich nur selbst schaden, denn für die "Durchführung der Fristenlösung" eintreten, heißt für die Durchführung der Kontrolle über das Volk sein.
Nicht einmal mehr die SPÖ propagiert die "Verteidigung der Fristenlösung gegen die Aktion Leben", da sie einerseits weiß, daß die Volksmassen die wahre Natur der Fristenlösung immer mehr durchschauen und sie sich andererseits offenhalten will, dieses Gesetz zu ändern.

### Die Bedingungen haben sich geändert

Die Situation in der Bewegung gegen das staatliche Abtreibungsverbot hat sich in den letzten Jahren mehrmals gewandelt. In den Jahren 1968 bis 1974 entstand eine breite Bewegung gegen den § 144, an der sich Teile der Gewerkschaft und eine Reihe von sozialdemokratischen Unterorganisationen beteiligten und die ersatzlose Streichung des § 144 forderten. Mit der Einführung der Fristenlösung gelang es der SP-Führung dieser Bewegung die Spitze zu nehmen und die Illusion zu verbreiten, das neue Gesetz sei schon ein Schritt in Richtung ersatzloser Streichung der Abtreibungsparagraphen. Die Entlarvung des wahren Charakters der Fristenlösung war im vergangenen Jahr die Hauptseite des Auftretens gegen das Abtreibungsverbot. Die politische Niederlage der Aktion Leben bei ihrem reaktionären Volksbegehren, die im November besiegelt worden war, zeigte wie verhaßt der alte Abtreibungsparagraph gerade unter den Arbeitern war. Das Komitee arbeitete in den letzten Monaten in verschiedenen politischen und Gewerkschaftsorganisationen auf Beschlüsse hin, die die Ablehnung dieses Gesetzes zum Ausdruck brachten. Mit der Demonstration am 31. März brachten viele Menschen ihre Feindschaft gegenüber jeder Form des Abtreibungsverbots, sei es die Fristenlösung oder die Vorschläge der Aktion Leben auf der Straße zum Ausdruck und zeigten ihre Bereitschaft, den Kampf dagegen aufzunehmen. Die Demonstration zu diesem Zeitpunkt war ein richtiger und notwendiger Schritt, wie auch die breite Zustimmung unter der Bevölkerung sowohl bei der Mobilisierung als auch während der Demonstration selbst zeigte.

Fortsetzung auf Seite 16

*Die Behandlung der Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie ist von uns lange Zeit aufgrund von Tendenzen des imperialistischen Ökonomismus vernachlässigt worden (siehe auch 'Klassenkampf' 4/76). Dabei ist die Beschäftigung mit der Militärpolitik, als einer der für uns wichtigsten politischen Fragen, dringend notwendig. Sie berührt auch eine der bedeutendsten Streitfragen in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs, der Frage nach dem Charakter der kommenden Revolution. So sieht die VRAÖ(ML) immer einseitiger Österreich bereits als Neokolonie des Sozialimperialismus (vgl. Volksmacht 1/3). Der folgende Artikel untersucht erstmals genauer die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie. In weiteren Artikeln werden wir uns auch mit unseren Aufgaben in dieser Frage auseinandersetzen, um die öffentliche Debatte über die Militärfrage voranzubringen. Die Militärpolitik darf von den Kommunisten nicht mehr wie bisher der Bourgeoisie überlassen werden.*

# Das Militärkonzept der ös

Das Österreichische Bundesheer wurde 1955 aufgebaut, nachdem das Parlament die Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität, den Nichtbeitritt zu militärischen Bündnissen sowie die Nichtzulassung militärischer Stützpunkte fremder Staaten in Österreich in die Verfassung aufgenommen hatte. Die Bündnisfreiheit Österreichs ist vor allem der revolutionären Politik der damals noch sozialistischen Sowjetunion zu verdanken, richtete sich direkt gegen die Interessen des imperialistischen Blocks unter Führung der USA und sollte v.a. einen erneuten Anschluß Österreichs an den deutschen Imperialismus verhindern. Ein militärisch neutrales Österreich stellte für die konterrevolutionären Absichten der NATO ein gewisses Hindernis dar, ebenso behinderte es die direkte Verbindung zwischen den beiden NATO-Staaten Italien und BRD. Die Westmächte waren also gegen eine Neutralisierung Österreichs und haben sich auch niemals bereit erklärt, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Österreichs zu garantieren. Die österreichische Bourgeoisie wurde zur Neutralität gezwungen, weil diese erst den Staatsvertrag und damit auch ihre volle militärische Souveränität in Österreich sicherstellte.

Die Bourgeoisie hat immer wieder betont, daß es sich bei der Neutralität um eine rein militärische Frage handelt, aber in keiner Weise die Zugehörigkeit Österreichs zum "freien Westen" in Frage stelle. So schrieb z.B. der ÖVP-Staatssekretär Husinsky im Leitartikel der "Österreichischen Militärischen Zeitschrift" (ÖMZ) 1/1963: "Österreichs Mission wird immer nach Mittel- und Südosteuropa tendieren. Wenn nicht heute die Sowjets Europa gewaltsam in zwei Teile zerrissen hätten, wäre Österreich mit unzweifelbarer Konsequenz zum Kristallisationspunkt einer der westeuropäischen Union ähnlichen Staatengemeinschaft geworden. Die österreichisch-ungarische Monarchie wäre zwar nicht wiedererstanden, aber die Völker die ihr einmal angehörten hätten sich wieder zu positiver Arbeit zusammenfinden müssen. Der Verzicht auf einen Beitritt zur NATO oder als Vollmitglied der EWG ermöglicht trotz Eisernem Vorhang engere Kontakte mit den östlichen Satellitenstaaten..."

Dieser Haltung des Kalten Krieges entsprach eine ganz bestimmte militärpolitische Konzeption des neuentstandenen Bundesheeres. Ausrüstung und Bewaffnung des Bundesheeres stammten aus den Beständen der ehemaligen Besatzungsmächte und hier vor allem aus NATO-Beständen. Gerade die NATO-Bewaffnung war darauf berechnet, durch militärischen Druck die politische Zersetzung der sozialistischen Länder zu fördern und in Konterrevolutionen mit Waffen einzugreifen, die geeignet sein mußten, die stehenden Verbände der proletarischen Macht zu zerschlagen, um so der Konterrevolution Raum zu schaffen. Der Einsatz des Bundesheeres wurde entsprechend der NATO-Strategie v.a. im grenznahen Raum konzipiert und in der Ausrüstung besonders auf den Ausbau der Panzerwaffe Wert gelegt.

Die erste "Bewährungsprobe" für das Bundesheer war der konterrevolutionäre Umsturzversuch in Ungarn 1956. Während der "Ungarnkrise" sind sowohl österreichische Soldaten (zum Teil in Feuerwehruniform) in ungarisches Gebiet eingedrungen, "um den Flüchtlingsstrom zu regeln", als auch haben die westlichen Geheimdienste von österreichischem Staatsgebiet aus operiert. Zu diesem Zeitpunkt steckte das Bundesheer aber noch ganz in den Schwierigkeiten beim Aufbau eines auf der allgemeinen Wehrpflicht basierenden Heeres, dessen Kader sich v.a. aus welt-kriegserfahrenen Offizieren und Unteroffizieren zusammensetzte.

## Einsatzbrigaden als NATO-Kanonenfutter

1961 bis 1963 trug die damalige Regierung der sich ändernden Weltlage Rechnung und reagierte auf die zunehmende Aufrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten mit dem Beschluß, die Landesverteidigung auch auf den zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich auszudehnen, sie zu einer "umfassenden Landesverteidigung" zu machen. Gleichzeitig erfolgte die Umgliederung des Bundesheeres durch die Schaffung sogenannter Einsatzbrigaden, die sich aus Präsenzdienern mit abgeschlossener Grundausbildung rekrutierten, sowie eines territorialen, kurzfristig aufbietbaren Grenzschutzes, der aus Reservisten bestand, die in regelmäßigen Waffenübungen geschult werden sollten.

Schon damals gingen die Maßnahmen der österreichischen Regierung im Großen und Ganzen mit denen der NATO v.a. mit denen der BRD, konform. In dieser Zeit hatte die NATO ihre geplante Hauptkampflinie ihrer Heerestruppen vom Rhein ostwärts bis direkt an die Grenze der DDR vorgeschoben. Das strategische Konzept der "Vorwärts- oder Vorne-Verteidigung", wie es genannt wird, sieht eine Massierung von Panzerkräften, die sich vorzugsweise zum Angriff eignen, möglichst nahe am Eisernen Vorhang vor, um den Kampf nicht auf eigenem, sondern sofort auf feindlichem Gebiet austragen zu können.

Für die militärischen Pläne der NATO ist und bleibt Österreich mit seiner fast 1.000 km langen Grenze zu den Warschauer Pakt Staaten ein wichtiger vorgeschobener Posten. Die Einsatzbrigaden des Bundesheeres sollten nach dem "Feuerwehrprinzip" raschest in jeden vom Osten bedrohten Landesteil einsatzbereit sein, den Angreifer stellen und in einem Angriff aus der Verteidigung die feindlichen Truppen über die Grenze zurückwerfen. Realistisch war diese Verteidigungsdoktrin nur unter der Annahme, "daß der entschlossene Widerstand des neutralen Kleinstaates Kräfte zu dessen Hilfe auf den Plan rufen kann" (Bundeskanzler Klaus am Wehrpolitischen Seminar in Graz 1966).

Die österreichischen Arbeiter, Bauern und Angestellten, die ja die Masse der wehrpflichtigen Präsenzdiener in den Einsatzbrigaden stellten, sollten also nach dem Willen der Regierung das Kanonenfutter für die erste Angriffswelle der Warschauer Pakt Staaten abgeben und dann, so sie noch nicht ganz aufgerieben waren, gemeinsam mit den NATO-Verbänden nach Osten marschieren.

Auch wenn die herrschende Klasse damals nicht mehr wie zur Zeit des Kalten Krieges die historische Mission Österreichs in ihrer Propaganda betonte, sondern die Entspannung und den Willen zur Neutralität hervorstrich, spiegelte sich in ihrem Wehrkonzept die völlige militärische Abhängigkeit vom westlichen imperialistischen Block wieder. Der österreichische Kapitalismus, der erst seit 1955 in vollem Umfang eine souveräne eigenstaatliche Politik entwickeln konnte, war in den 60-iger Jahren gerade dabei, durch eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung und einer auf deren Grundlage erfolgenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals seinen ökonomischen Rückstand gegenüber den westeuropäischen imperialistischen Ländern und gegenüber der USA aufzuholen. Die Politik der österreichischen Bourgeoisie in dieser Zeit ist durch die ersten Versuche gekennzeichnet, ihr Gewicht im imperialistischen Lager zu erhöhen. In diese Zeit fallen die ersten Bemühungen um einen EWG-Beitritt bei größtmöglicher Selbständigkeit Österreichs. Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen begann sich, nach der Auflösung des sozialistischen Lagers durch die revisionistische Entartung der KPdSU und der zunehmenden Restauration eines neuen Monopolkapitalismus in der Sowjetunion, sowie dem Niedergang des US-Imperialismus die Zweite Welt herauszubilden. Die kleineren imperialistischen Länder Westeuropas kamen zunehmend in Widerspruch zu ihrem Oberherren.

## Die geänderte Weltlage bedingt eine neue Militärpolitik

Der feine Witz der Weltgeschichte, daß sich in zunehmendem Ausmaß als Bedrohung für die Herrschaft der westeuropäischen Imperialisten auswirkt, was sie jahrzehntelang mit allen Mitteln betrieben haben, nämlich die Beseitigung der proletarischen Macht in der SU und die Verwandlung der UdSSR in ein imperialistisches Land, das vermag den westeuropäischen Imperialisten kein Schmunzeln abzuringen. Wie sollte es auch. Die Lage ist für sie äusserst schwierig und bedrohlich geworden, seit sich die ehemals revolutionäre Sowjetunion unter die imperialistischen Wölfe gemischt hat und um das Futter rauft.

Die Rivalität der Supermächte, die die Beherrschung der ganzen Welt zum Ziel hat, ist zum Herd eines neuen Weltkriegs geworden. Das Ringen erstreckt sich über die ganze Welt, doch bildet heute die Beherrschung Europas gerade für die UdSSR den ent-

# Gegen das Abtreibungsverbot . . .

Fortsetzung von Seite 15

Von jetzt ab geht es darum Kräfte zu sammeln, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Wir müssen dabei mit heftigem Widerstand aller bürgerlichen Kräfte, mit der Regierung an der Spitze, rechnen. Angesichts der Verschärfung aller Widersprüche und der politischen Krise des Imperialismus kann es sich die Bourgeoisie in keiner einzigen Frage mehr leisten, dem Volk auch nur einen Millimeter nachzugeben. Im Gegenteil, sie ist bestrebt die Kontrolle und Spaltung des Volkes in allen Fragen zu verschärfen, wie man etwa in der Minderheitenfrage oder am Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates sieht. In der Abtreibungsfrage findet sie aber für ihre reaktionären Absichten keine günstigen Bedingungen vor: die Klarheit über den Charakter des Abtreibungsverbotes wächst und der Kampf dagegen hat eine lange und starke Tradition; die Widersprüche zwischen den Mitgliedermassen und den bürgerlichen Führungen der verschiedenen sozialdemokratischen und revisionistischen Organisationen vertiefen sich und jede Verschärfung des Gesetzes oder seiner Handhabung kann einen Sturm der Empörung hervorrufen. Das alles ist schlecht für die Bourgeoisie und gut für das Volk.

Wenn also im Herbst der Bericht des Sonderausschusses zum Volksbegehren der Aktion Leben im Nationalrat diskutiert werden soll, muß sich das Parlament mit der Forderung der Volksmassen nach Abschaffung des Abtreibungsverbotes konfrontiert sehen. Entscheidende Bedeutung wird dabei der Haltung der Gewerkschaften, in der die Hauptkraft der Bewegung – die Arbeiterklasse – organisiert ist, und politischen Organisationen zukommen. Jeder Gegner des Abtreibungsverbotes muß sich in seinem Betrieb dafür einsetzen, daß die Belegschaft die Gewerkschaft auffordert, diese Forderung gegenüber dem Parlament zu erheben und geeignete Kampfmaßnahmen zu organisieren und zu unterstützen. Dasselbe muß in allen politischen Organisationen geschehen und das wird auch der Schwerpunkt der Arbeit des KB Wien in dieser Frage sein. P.F.M.

# ...terreichischen Bourgeoisie

scheidenden Schritt zur Erlangung der Weltherrschaft. Und sie bereitet sich darauf vor, dieses Ziel durch den Einsatz militärischer Mittel zu erringen.
Westeuropa ist gegenwärtig Einflußgebiet der USA. Gelingt es dem Sozialimperialismus, die USA aus Westeuropa zu vertreiben und sich an deren Stelle zu setzen, so hat er einen wesentlichen Schritt zur Weltherrschaft gemacht. Der Sozialimperialismus aber braucht Westeuropa intakt. Die USA hingegen müssen bloß verhindern, daß die UdSSR sich in den Besitz von Westeuropas bringt. Mit den neuen Zaren verhält es sich ganz ähnlich wie mit Hitler, der ebenfalls gezwungen war, sein strategisches Potential im Kriege und durch Kriege auszudehnen. Dementsprechend die "Blitzstrategie", die zum raschen Besitzergreifen von im wesentlichen intakten Volkswirtschaften gedacht war. Das ist auch der wahre Grund dafür, daß heute im allgemeinen die sogenannte "Atomschwelle" also der Einsatz von Atomwaffen, als sehr hoch angenommen wird. Dementsprechend wird auch die konventionelle Rüstung allseitig forciert.

Die strategischen Möglichkeiten der USA sind hinsichtlich des Krieges in Europa ziemlich breit. Eine eigenständige Aufrüstung der westeuropäischen Imperialisten ist also unbedingt erforderlich geworden, weil sie nicht gänzlich zum strategischen Kalkül der USA werden.
Deshalb hat innerhalb der NATO unter der Initiative der BRD ein zweifacher Änderungsprozeß auf militärischem Gebiet eingesetzt. Einmal wird die Rüstung gemäß den neuen Anforderungen umgestellt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Ankurbelung der europäischen Rüstungsproduktion gelegt wurde. (Weißbuch des BRD-Verteidigungsministeriums, Jänner 1976).
Zum zweiten hat die Bedrohung durch den Sozialimperialismus zu einer Differenzierung des Wehrkonzepts innerhalb der NATO geführt. "Sicherlich kann auf gepanzerte und voll mechanisierte Streitkräfte, die zur Führung von Gegenangriffen unerläßlich sind, nicht verzichtet werden. Zur Verteidigung, also zum Festhalten von Räumen bedarf es zusätzlich einer zweitlich ausgerüsteten Infanterie, die sowohl bodenverbunden als auch taktisch beweglich kämpfen kann. Im Falle der politisch und geografisch so außergewöhnlich exponierten Bundesrepublik können diese Infanteriekräfte nicht stark genug sein und müssen vom Eisernen Vorhang ab in der ganzen Tiefe des deutschen Raumes zur Verfügung stehen... Als eine Lösung für die BRD dürfte sich die Teilung der Erdstreitkräfte anbieten in vollmechanisierte und gepanzerte Präsenzverbände mit einer ausreichend langen Friedensdienstzeit und in ein Masseninfanterieheer, dessen Angehörige im Frieden nach einer kürzeren Ausbildungszeit zu – häufigeren – Reserveübungen in ihren Kriegsverbänden einberufen und erst im Konfliktsfalle zum aktiven Kriegsdienst aufgeboten werden." (Generalmajor a.D. Kissel, ÖMZ 6/67)
Dieser Gedanke wurde mit dem Aufbau der Heimatschutzkommandos in der Bundeswehr verwirklicht.
Im Großen und Ganzen hält sich die Bundesheerreform von 1971, mit der Schaffung der Bereitschaftstruppe, einer hochmechanisierten Truppe von Berufssoldaten und der mobilen und territorialen Landwehr, als einer Kadermiliz, die im Mobilmachungsfall rasch mit Reservisten aufgefüllt werden kann, deren Ausbildungsstand durch regelmäßige Waffenübungen relativ hoch ist, an die westdeutschen Vorbilder. Aber es gibt im neuen Wehrkonzept des österreichischen Bundesheeres einige Besonderheiten, die der spezifischen Rolle Österreichs im imperialistischen Lager Westeuropas entsprechen.

## Das Bedrohungsbild der Regierung und Armeeführung

Die österreichischen Militärs gehen richtigerweise davon aus, daß Österreich durch seine zentraleuropäische, strategisch wichtige Lage zweifellos zu einem Operationsgebiet fremder Heere in jedem europäischen Großkonflikt sein wird. So schreibt zum Beispiel der ehemalige Verteidigungsminister Freihsler: "Unser Bundesgebiet befindet sich im Spannungsfeld beider Machtblöcke und es muß daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß beide Machtgruppen versuchen könnten, sich durch die Besetzung des österreichischen Raumes oder eines Teils desselben, rechtzeitig strategische Vorteile zu sichern, wobei auch der österreichische Luftraum in die militärische Planung der Nachbarstaaten einbezogen werden wird." (ÖMZ 6/1967)

Seit dem Ministerratsbeschluß vom 11. Mai 1965 gehen die österreichische Regierung und die Armeeführung von einem abgestuften Bedrohungsbild aus:
1. Ein Zustand internationaler Spannung und Konfliktgefahr, der zum Ausfall wirtschaftlicher Zufuhren und gezieltem politischen Druck von außen führen kann (Krisenfall). Damit meint die Regierung z.B. die "Ölkrise" oder andere Maßnahmen, mit denen die Dritte Welt dem Imperialismus zusetzt. Hier soll v.a. die Hortung und Lagerung von Rohstoffen im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung ein gutes Mittel gegen die fortschrittlichen Maßnahmen der Länder der Dritten Welt sein.
2. Ein Krieg in der Nachbarschaft, der nur lokal begrenzten Charakter hat, bei dem neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch mit einer Gefährdung der Zivilbevölkerung durch Bombenfehlwürfe oder Raketenfehlschüsse gerechnet werden muß und bei dem auch die Gefahr des Übergreifens der Kämpfe auf Österreich durch das Ausweichen von Kampfverbänden auf österreichisches Staatsgebiet besteht (Neutralitätsfall). Im Neutralitätsfall (als Beispiel wird die Besetzung der CSSR durch russische Truppen 1968 angeführt) wird es v.a. die Aufgabe der Bereitschaftstruppe sein, einzugreifen, ergänzt durch Teile der mobilen Landwehr.

3. Ein militärischer Angriff auf Österreich im Zuge von Auseinandersetzungen zwischen NATO und Warschauer Pakt (Verteidigungsfall). Hier wird von den Militärs ganz offen von einem Angriff der Sozialimperialisten ausgegangen und damit gerechnet, daß die NATO dem Gegner Österreich nicht kampflos überlassen wird. So wurde in den ersten drei Jahren der Bundesheerreform im Korpsbereich II (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) keine einzige Einheit der Bereitschaftstruppe aufgestellt, sondern ausschließlich entlang der Grenze zum Warschauer Pakt. Die Befestigungsanlagen, auf die sich die territoriale Landwehr stützen soll, befinden sich fast ausschließlich entlang der Linie Gmünd-Scheibs zur Absicherung des Donauraumes nach Westen und in der Südoststeiermark. Ebenso zeigt eine Analyse der größeren Manöver des Bundesheeres in den letzten Jahren, daß die Abwehr eines sozialimperialistischen Angriffes geübt wird. Sowohl bei den großen Herbstmanövern 1974 als auch beim Koralpenmanöver im Winter 1975 und bei den großen Panzerübungen im Jänner 1976 in Allentsteig wurde der Sicherungseinsatz gegen Kräfte des Warschauer Pakts geübt. Beim einzigen größeren Manöver der letzten Jahre in Westösterreich bestand die Übungsannahme in der "Sicherung der tiroler Seitentäler" gegen einen feindlichen Durchmarsch durch das Inntal.
Daß weiterhin fest mit einer NATO-Hilfe gerechnet wird, zeigt auch folgende Stellungnahme eines hohen Militärs: "Der neutrale Staat wird im Fall einer Aggression gezwungen sein abzuschätzen, wieweit er sich in der Lage sieht, den Zustand der Neutralität weiterhin aufrechtzuerhalten. Er kann von seinem Recht Gebrauch machen, nach Bruch der Neutralität durch einen anderen ein Bündnis mit freundlich gesinnten Ländern, unter Umständen den Widersachern des Aggressors, zu suchen." (Brigadier Habermann, ÖMZ 5/1971)
Das militärische Bedrohungsbild der Bourgeoisie geht also von einem europäischen Krieg aus, der mit konventionellen Waffen geführt wird und bei dem v.a. die strategisch wichtigen Operationsräume wie Donautal, Inntal, Südsteiermark und Kärnten zum direkten Kampffeld und Aufmarschgebiet der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten werden. In diesem Konzept kommt weiter zum Ausdruck, daß nach einem Angriff des Sozialimperialismus die eigenständige militärische Aufgabe des Bundesheeres gerade in den Anfangsphasen dieses Angriffs zu erfüllen ist. Ferner muß als erwiesen angenommen werden, daß der Einsatz von NATO-Verbänden durch Geheimverträge bereits vollständig abgesprochen ist. Denn kein Militär könnte sich darauf verlassen, daß es nach einem sozialimperialistischen Überfall überhaupt noch zentrale Regierungsstellen gibt, die dann in der Lage wären, erstens den Neutralitätsbruch offiziell festzustellen und zweitens ein Hilfegesuch an die NATO zu richten. Solche Dinge werden nicht dem Zufall überlassen. Darüber hinaus gibt es auch auf militärischem Gebiet in einer Reihe von Fragen eine enge Zusammenarbeit des Bundesheeres mit der NATO, was unter anderem durch die zahlreichen Veröffentlichungen von Geheimdokumenten durch die revisionistische "Volksstimme", die niemals dementiert worden sind, erwiesen ist.
Am bedeutungsvollsten ist dabei sicher die Eingliederung der österreichischen Großraumradarstationen (Kolomannsberg an der Grenze Salzburg-Oberösterreich und die im Bau befindliche Station auf der Koralpe) in das Luftraumüberwachungs- und Vorwarnsystem der NATO. Erst mit diesen beiden Radarstationen können durch die NATO die Slowakei, Ungarn und Jugoslawien radarmäßig erfaßt werden, da die Alpen ein natürliches Hindernis für westdeutsche oder italienische Radarstationen darstellen.

*Die strategischen Linien des Sozialimperialismus zeigen die exponierte Lage Österreichs.*

## Ziel der Bundesheerreform: Zentralisierung, Bereitschaftstruppe und "Raumverteidigung" durch milizartiges Reservistenheer

Das neue Wehrkonzept, das durch die Bundesheerreform durchgeführt werden soll, sieht den Übergang von einer stets einsatzbereiten Truppe auf ein Mischsystem von Kadermiliz und Söldnertruppe vor. Eine 30 000 Mann starke Bereitschaftstruppe aus freiwillig länger dienenden Soldaten soll das geeignete Instrument zur "Krisenbeherrschung in Spannungsfällen" bilden, während in Waffenübungen weiter geschulte Reservisten als "Landwehr" im Mobilmachungsfall die Masse der Bundesheerkräfte (Ziel 300.000 Mann) darstellen soll.
Dabei ist die Bereitschaftstruppe, deren Zuverlässigkeit für die Bourgeoisie höher als die der Landwehr einzuschätzen ist, auch das geeignete Instrument um die Aufgaben des Bundesheeres als Bürgerkriegsarmee zu erfüllen, nämlich "zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Bewohner und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt" (Bundesverfassungsgesetz Artikel 79).
Zur Zentralisation dient das neu-

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

## Militärkonzept . . .

Fortsetzung von Seite 17

geschaffene,bisher nur im Kriegsfall vorgesehene, Armeekommando, das direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt ist.

Für diese Neuorientierung waren verschiedene Gründe ausschlaggebend. In zunehmendem Maß verfolgt die österreichische Bourgeoisie ihre eigenständigen imperialistischen Interessen. Sie entwickelt den Kapitalexport und betreibt besonders gegenüber den Ländern der Dritten Welt eine eigenständige Politik, die sie vor allem mit den Mitteln der Außenpolitik und Diplomatie abzusichern versucht. Diese zunehmend selbständige imperialistische Rolle, die Österreich einnimmt, mußte auch ihren Niederschlag in der Militärpolitik finden. Nicht in dem Sinn, daß Maßnahmen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs auch gegenüber den NATO-Staaten ergriffen werden. Aber die österreichische Bourgeoisie ist bestrebt ihr eigenes militärisches Gewicht auch gegenüber den "Verbündeten" zu erhöhen, weil eine militärische Handlangerrolle der NATO den selbständigen imperialistischen Interessen zunehmend widerspricht. Solche Tendenzen gibt es in mehr oder weniger starker Form in allen anderen europäischen NATO-Ländern auch, die sich zunehmend aus der totalen militärischen Abhängigkeit von der USA befreien wollen. Die österreichische Bourgeoisie will vermeiden, daß Österreich durch eine zu starke militärische Abhängigkeit mit zunehmender Kriegsentwicklung zu einem reinen Vasallenstaat des US- oder BRD-Imperialismus wird. Daher erklärt sich auch das Bestreben, in einem minimalen "Zentralraum" die Eigenstaatlichkeit Österreichs zu sichern. Die Bereitwilligkeit Österreichs, seine Soldaten auch unter der Flagge der UNO in fremde Länder zu schicken ist ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Stärkung seines militärischen Gewichtes zu betrachten. Der Ausbau des Militärs dient aber auch dem Zweck, die imperialistische Politik nach außen durch die Schaffung von entsprechenden inneren Bedingungen abzusichern. Das ist genau im Plan der umfassenden Landesverteidigung zusammengefaßt.

Mit der zunehmenden Gefahr eines neuen Weltkriegs und eines drohenden Angriffs der Sozialimperialisten auch auf Österreich hätte die alte Wehrdoktrin von stets kampfbereiten Einsatzbrigaden eine für Österreich unerschwingliche und letztlich auch unwirksame Aufblähung des Heeresbudgets erfordert, um mit der Aufrüstung der Armeen der Großmächte Schritt zu halten. "Vor allem für den Fall einer eingetretenen Aggression bestand bisher die große Gefahr, daß die zum Schutz der Grenzen bereitgestellten Verbände in einer Anfangsschlacht von einem materiell und personell überlegenen Gegner in verhältnismäßig kurzer Frist vernichtet werden. Ohne militärisch gesichertes Hinterland hieße dies, die falsche Schlacht am falschen Ort mit falschen Mitteln zu schlagen... Dies kann vermieden werden,wenn das ganze Land bei Belassung von Abhaltungsstreitkräften an bedrohten Grenzen und deren anschließenden Operationsräumen in ein Sicherungssystem territorial verankert, also von überwiegend infanteristischen Kräften überzogen wird, die nie zu einer Schlacht gestellt werden können, wenn es keine Fronten gibt." (Lütgendorf, ÖMZ 2/1972)

Dieses Konzept der "Raumverteidigung", von dem Armeekommandant Spannocchi sagt, daß es von der Führungsabteilung des Verteidigungsministeriums seit etwa 1973 in den Grundzügen ausgearbeitet ist, soll in dem umstrittenen Landesverteidigungsplan der Regierung vorgelegt und vom Ministerrat beschlossen werden. Es sieht nicht mehr die Verteidigung des ganzen Staatsgebietes vor. "In der ersten Phase der erlittenen Aggression wird jede auch nur einigermaßen entscheidende Schlacht vermieden. Die Verbände und Einheiten kämpfen nach der Maxime der Abnützung des Angreifers durch eine nicht enden wollende Kette kleiner Gefechte, aber auch nach der des eigenen Überlebens. Dabei kommt es darauf an, daß man akzeptiert, dem Feind klassische Punkte des eigenen Landes nicht verwehren zu können aber ebenso wesentliche Räume in diesem angegriffenen Staat unter eigener Kontrolle zu halten, sodaß der Feind seines Besitzes im operativen Sinn nicht froh wird." (Spannocchi, ÖMZ 5/72)

Im Klartext heißt das, daß z.B. Wien zu diesen "klassischen Punkten" gehört, die kampflos den Sozialimperialisten in die Hände fallen sollen. Selbstverständlich hat sich die Regierung schon längst atombombensichere und verbunkerte neue Regierungs- und Verwaltungszentren im "Zentralraum" der Alpen bauen lassen und es sind auch schon die Evakuierungspläne der Regierung durch Einheiten der Bereitschaftstruppe fertiggestellt. Mit einem gewissen Zynismus hat Spannocchi betont, warum es sich bei der Raumverteidigung nicht um einen Volkskrieg handelt, bei dem das ganze Volk bewaffnet gegen einen Aggressor kämpft.

"Der Bevölkerung wird nichts zugemutet, außer daß von ihr erwartet wird, zu sehen, zu hören und allenfalls den eigenen Leuten zu melden. Da weite Teile des Landes einfach unbesetzt bleiben müssen, weil der Widerstand extensiv, seine Überwindung aber intensiv ist, könnte das auch möglich sein." (ÖMZ 5/72)

Nachdem die Sozialimperialisten also einmal im Land sind und der Großteil der Zivilbevölkerung ihnen ausgeliefert ist, sie aber keine rechte "operative Freude" an ihrem Besitz haben, und nachdem die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie einen für die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit Österreichs notwendigen Minimalraum verteidigen, sollen nach den famosen Vorstellungen der obersten Armeeführung endlich die NATO-Truppen auf den Plan treten. "Die dritte Phase, nämlich die der Wiederherstellung des Besitzstandes vor der Aggression, ist wohl dem Kleinstaat allein selten möglich. Da aber der militärische Angriff seine Neutralität oder Bündnisfreiheit,oder wie immer sich seine Souveränität definiert, beendet, bleibt ihm stets die Chance der Hilfe von außen. Derer wird er natürlich bedürfen, und von seinem Restterritorium aus, als Basisraum seines Handelns das ganze Staatsgebiet wieder kämpfend zu beanspruchen. Die Entwicklung aber kann nur sehr beschränkt von ihm selbst erreicht werden." (Spannocchi, a.a.O.)

Daß diese volksfeindlichen Pläne in der öffentlichen Diskussion nicht besonders breitgetreten werden, ist verständlich. Sie wären schlecht geeignet, die tatkräftige Unterstützung der Bevölkerung für die umfassende Landesverteidigung zu bekommen. Das hat auch Bundeskanzler Kreisky in der Budgetdebatte von 1970 ganz klar erkannt: "Aber es wäre sehr gefährlich, wenn von siebeneinhalb Millionen Österreichern sechseinhalb Millionen zu der Auffassung gelangen sollten, daß sie auf einem Gebiet leben, das nicht verteidigt werden kann." (Stenographisches Protokoll). Es wäre wirklich sehr gefährlich für die Bourgeoisie und ihre Regierung, wenn das Volk die wahren imperialistischen Absichten durchschaut! Das hat auch der ehemalige Verteidigungsminister Freihsler erkannt, der schon 1967 schrieb: "Es kann der österreichischen Bevölkerung nicht zugemutet werden, im Frieden die Lasten für ein Heer zu tragen, in dem sicheren Bewußtsein, im Ernstfall aufgegeben zu werden. Die Masse unserer Bevölkerung liegt nämlich außerhalb des Zentralraums und in Griffweite eines Aggressors." (ÖMZ 1/1967)

W.K.

## KPÖ Revisionisten: Eine Woche-vier

**Am 31. März** fand in Wien eine Demonstration für die völlige Beseitigung des Abtreibungsverbotes – gegen die Fristenlösung und Aktion Leben-statt. Die revisionistische KPÖlehnte nicht nur eine Teilnahme ab, sondern beschuldigte die Demonstranten kurzerhand, der Reaktion in die Hände zu spielen, wenn diese statt für die "volle Durchführung der Fristenlösung" einzutreten, illusionäre Forderungen erheben.

**Am 1. April** fand eine kurzfristig angesetzte Solidaritätsdemonstration für die Aufstands- und Streikbewegung der palästinensischen Massen im besetzten Westjordanland und auf dem Gebiet Israels statt. Die Revisionisten und ihre Anhängsel waren nicht bereit, an der Aktionseinheit teilzunehmen, weil diese die Ziele der PLO, der legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes vertrat. Auf der Demonstration selbst, wo sie mit einer geringen Zahl von Anhängern etwa 1/10 des Zuges stellten, störten sie den ordnungsgemäßen Ablauf der Demonstration durch Gegenreden über ein Megaphon und Sprechchöre während der Rede des Vertreters des KB Wien. Dabei erklärten sie den KB Wien zum "Helfer des Zionismus".

## Demonstration für höhere Stipendien



*Etwa 700 Studenten demonstrierten am 6.April zum Bundeskanzleramt, um ihre Forderung nach Erhöhung der Stipendien für die unbemittelten Kollegen Nachdruck zu verleihen. Der Großteil der Demonstranten verurteilte in Sprechchören die ganze staatliche Raubpolitik gegenüber den Massen.*

# Spalteraktionen

**Am 6. April** organisierten [illegible] Studentenvertretungen, selbständige Komitees der Studenten in vielen Studienrichtungen und die MLS Wien gemeinsam eine Demonstration für höhere Stipendien. Zu dieser Demonstration rief auch der Zentralausschuß der WIHAST-Studentenheime auf, jener Heime, deren Bewohner eben einen Teilerfolg im Kampf gegen die Heimpreiserhöhungen errungen hatten. Die revisionistischen Studentengruppe KSV organisierte für zwei Tage später eine auf Spaltung gerichtete eigene Demonstration, die sie zunächst als "Heimdemonstration" bezeichnete und dann in 'Sozialdemonstration' umtaufte , nachdem außer den Vertretern eines Wiener Studentenheimes keine Heimbewohner Interesse an dieser Demonstration zeigten. An der Demonstration am 6.4.nahmen trotz der großen Verwirrung durch die Ankündigung der 2. Demonstration etwa 700 Studenten teil; an der am 8.4. nur 170.
Die revisionistischen Studenten erklärten die "Maoisten", womit sie alle 700 Demonstrationsteilnehmer auf einmal meinten, nicht nur zu den "Spaltern" des "Sozialkampfes', sondern auch zu bornierten, reaktionären Menschen.
**Am 8. April** veranstaltete eine Aktionseinheit, in der neben der chilenischen Widerstandsorganisation MIR und dem Chilekomitee auch der KB Wien und seine Massenorganisationen vertreten waren, eine Solidaritätsveranstaltung mit ca. 1000 Menschen, auf der u.a. die Schädlichkeit der von der revisionistischen KP Chiles propagierten und angestrebten Einigung der "Unidad Popular" mit der freiistischen Bourgeoisie aufgezeigt und die Linie der Entfaltung des revolutionären Volkswiderstandes vertreten wurde. Die Revisionisten und die von ihnen kontrollierte Chilesolidaritätsfront führten daraufhin an den Tagen vor und nach dieser Veranstaltung eigene Chile"solidaritäts"veranstaltungen durch. Vor der Großveranstaltung verteilten sie ein Flugblatt, in dem nicht nur das Bündnis mit den freiistischen Christdemokraten als der Ausweg aus der Lage Chiles propagiert wurde, sondern auch folgendes geschrieben stand:"Diese Maoisten(KB und MLS), die nach dem Putsch über ein halbes Jahr gebraucht haben, ehe sie sich zu Solidaritätsaktionen bereit fanden, die die SU als Hauptschuldigen am Putsch diffamieren, sind diejenigen, die die reaktionäre Außenpolitik der VR China decken und den Putsch begrüßten...".

Vier Aktionen, zu vier verschiedenen Anlässen und doch jedesmal das gleiche Bild. Die Revisionisten wenden sich gegen die Aktionen, beschimpfen ihre Teilnehmer entweder allesamt oder wenigstens einen beträchtlichen Teil als Spalter, schädlich und reaktionär; jedesmal paßt ihnen sowohl das Ziel der Aktion nicht als auch insbesondere einer ihrer Teilnehmer: der KB Wien und seine Massenorganisationen oder "die Maoisten".

### Revisionisten für die Beibehaltung des Abtreibungsverbotes

Bezeichnen die Revisionisten etwa die Bewegung für die völlige Streichung der Abtreibungsverbote als illusionär, als eine Ablenkung von dem Punkt, wo heute wirklich eine Lösung erreicht werden kann, so ist das Gegenteil wahr.Die volleDurchsetzung der Fristenlösung, auf die die Revisionisten schwören, wird nicht lange auf sich warten lassen, sie wird die volle Verwirklichung der staatlichen Einmischung und Schikane in die Angelegenheiten des Volkes sein und sie wird von der Verwirklichung der völligen Straffreiheit der Abtreibung ebenso meilenweit entfernt sein, wie der gegenwärtige Zustand. Wirklich beseitigt kann aber diese Einmischung und Schikane nur durch die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen werden und dafür und nichts anderes kann es sich für die Massen heute auch nur zu kämpfen lohnen.

### Revisionisten für die Aussöhnung der Studenten mit dem bürgerlichen Staat

Nicht viel anders sieht die Lage aus, wenn man die Stipendienbewegung hernimmt. Was hier jedermann ins Auge sticht, ist die Tatsache, daß der KSV in dem Augenblick das Interesse an der Demonstration am 6.4.verlor, als er bemerkte, daß die Stipendienkomitees und die anderen Instrumente der Bewegung der Studenten, sich die "antimonopolistischen" Finanzierungsforderungen nicht aufzwingen ließen (s."Klassenkampf" 4/76).
Freilich half den Revisionisten auch nicht ihr Gegeifer ,daß die Studenten reaktionär und gegen die Arbeiterklasse seien, wenn sie nicht die "Finanzierungsfrage" mitberücksichtigen würden. Die Kollegen, die sich in den Komitees organisiert hatten, haben nicht auf den KSV gewartet, um eine Demonstration für höhere Stipendien vorzubereiten; sie haben sich selbständig – meist unter Mitarbeit von MLS-Mitgliedern – zusammengetan mit der Absicht, dem bürgerlichen Staat höhere Stipendien abzutrotzen. Dabei haben sie schnell erkannt, daß der Staat gemäß den Interessen der Kapitalistenklasse gegenwärtig nicht nur den Studenten an den Kragen will, sondern vor allem auch den breiten Massen, daß die Kürzung und Einfrierung der Stipendien nur ein geringer Teil des staatlichen Raubzuges gegen die Massen ist. Daher waren sie auch ohne weiteres bereit, die Losungen und Forderungen des KB Wien gegen den staatlichen Raubzug zu unterstützen. Sie haben auch selbst die Einsicht gewonnen, daß der Stipendienkampf voll und ganz den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, denn er richtet sich gegen den selben Staat und gegen die Politik der selben Klasse, die zu stürzen das Ziel der Arbeiterklasse ist.

### Die Revisionisten verteidigen den Zionistenstaat Israel

Bei der Palästinademonstration warfen die Revisionisten und ihre Anhängsel dem KB Wien und mehr als zwei Dritteln der Demonstrationsteilnehmer vor, Helfer des Zionismus zu sein, während sie die wahren Freunde der PLO und des palästinensischen Volkes seien. Verlassen hatten die Revisionisten zuvor die Aktionseinheit, weil diese auf den Zielen der PLO beruhte. Auf der Demonstration selbst machten die Revisionisten Propaganda für die KP Israels, die die Existenz des Zionistenstaats voll anerkennt. Weiters rührten sie die Propagandatrommel für die sozialimperialistische Supermacht, die nicht nur den Staat Israel voll anerkennt – Israel, ein illegitimes, rassistisches und imperialistisches Siedlerregime – sondern auch seine Grenzen militärisch garantieren möchte. Es handelt sich um eine eigenartige Art von wahren Freunden des palästinensischen Volks, die die Zerschlagung des Staates Israel, die der einzige Weg zur Befreiung des palästinensischen Volkes ist, verhindern wollen. Besonders aufgebracht waren diese "wahren" Freunde der PLO aber, als der Vertreter des KB Wien enthüllte,daß die sowjetischen Sozialimperialisten nach Vorherrschaft im Nahen Osten streben und deswegen an der Aufrechterhaltung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes interessiert sind.

### Die Revisionisten propagieren für Chile eine Taktik der Sicherung der faschistischen Herrschaft

Anläßlich der Chile-Veranstaltung schreckten die Revisionisten wie immer nicht vor unverhohlenen Lügen zurück. Etwa, daß "die Maoisten" die Junta unterstützen (sie allerdings zugleich, wenn auch mit "halbjähriger Verspätung" – was ebenfalls aus der Luft gegriffen ist– angegriffen hätten).

Die Revisionisten propagieren heute wiedereinmal, daß man sich auf die "antifaschistischen" Kräfte in der Bourgeoisie stützen muß. Sie meinen damit die ganze freiistische Bourgeoisie; diejenigen Kräfte, die im großen und ganzen hinter dem Putsch gestanden sind, die vielleicht heute für diese oder jene Veränderung sind, die aber nicht für die wirkliche Beseitigung des Faschismus gewonnen werden können. Auf diese Kräfte wollen die Revisionisten die Massen hier, wie auch die in Chile, blicken lassen. Nichts zu tun wollen sie haben mit der wirklichen Massenbewegung, wenn sie die Kontrolle von Revisionismus und Reformismus abschüttelt. Und das ist der Grund warum sie "die Maoisten" mit ganz besonderem Haß angesichts der Entwicklung in Chile verfolgen.

### Schonungsloser Kampf gegen das revisionistische Gift!

In die Lage, die Bewegung der Massen verleumden zu müssen, insbesondere auch die in Bewegung geratenen Arbeiter, Jugendliche und Studenten herunter machen zu müssen, geraten die Revisionisten durch die objektive Entwicklung: Die Massen geraten in Bewegung, sie ringen um politische Selbständigkeit,sie lernen zwischen Führern und Irreführern zu unterscheiden. Schon jetzt können die Massen nur offen und aktiv für ihre Interessen eintreten, wenn sie mit dem Revisionismus brechen. Es gelingt den Revisionisten nicht mehr, Spalteraktionen, Spalterbewegungen auf die Beine zu stellen. Das ist kein Wunder: Denn die aktivsten und entschlossensten Elemente des Proletariats und der fortschrittlichsten Menschen suchen nach wirklichen Wegen und nicht nach Irrwegen. Die Politik der Marxisten-Leninisten war und ist klar, einfach und richtig. Winkelzüge und taktisches Lavieren sind ihr so fremd, wie diese Formen der bürgerlichen Politik von den Massen verabscheut werden. Trotzdem bleiben die Aktivitäten der Revisionisten nicht ohne Einfluß, sie demoralisieren die Menschen, verwirren sie und nehmen ihnen die einmal gewonnene Klarheit, wenn die Marxisten-Leninisten nicht einen entschlossenen , Kampf gegen das revisionistische Gift führen.

G.F.

# »... man schlägt einen Major und meint ,einen Höhe

## Ährenthal-Affaire

Am 3.April 1976 kam es erstmals in der Geschichte der 2.Republik zur Verhaftung eines Bundesheeroffiziers , der im Verdacht stand, militärische Geheimnisse weitergegeben zu haben.

Die Verhaftung wegen Verdunkelungsgefahr erfolgte aufgrund einer Anzeige des Armeekommandanten Spanocchi, der in einem Artikel der "Presse" vom 1.März Anzeichen dafür sah, daß der Zeitung der geheime Landesverteidigungsplan, sowie der dazugehörige Bericht über den Zustand des Heeres zugänglich gemacht worden sei. Am selben Tag wurden darum auch gemeinsam von Staatspolizei und Militärischem Abwehrdienst, die beiden Wohnsitze des Artikelverfassers, eines Bekannten des verhafteten Offiziers durchsucht.

Worum geht es in den beiden Dokumenten, die der Major des Generalstabes Aehrenthal dem "Presse"-Redakteur Possaner, mit dem er gemeinsam die Generalstabsakademie besucht hatte, zugespielt haben soll.

Laut dem "Presse"-Artikel beinhaltet der Landesverteidigungsplan das der Verteidigungsdoktrin entsprechende strategische Konzept, welchem ein gemäß den Ergebnissen der Genfer Sicherheitskonferenz und den zu erwartenden Ergebnissen der Truppenabbaugespräche geändertes Bedrohungsbild zugrunde liegt, das wirtschaftliche Erpressung, Terrorakte und Subversion einschließt. Auch die Koordinierung von Militär, Zivil, Wirtschaft und geistiger Landesverteidigung wird festgelegt.

Der zum Landesverteidigungsplan zugehörige Bericht, der erste seiner Art unter einer SP-Regierung, soll aufzeigen, was sich seit der von der SP durchgeführten Heeresreform 1971 geändert hat, wie das Bundesheer heute dasteht. Vor allem dieser Zustandsbericht scheint es zu sein, der im Mittelpunkt der ganzen Affaire steht.

Als die SPÖ 1970 als Wahlschlager die Forderung nach Verkürzung der Präsenzdienstzeit auf sechs Monate erhob, stieß sie damit bei breiten Kreisen der eingesessenen Militärs auf Widerstand. An die Macht gekommen, ließ sie von der Sechs-Monate-Forderung nicht mehr viel übrigbleiben - der Präsenzdienst wurde um ganze vierzehn Tage verkürzt. Der wesentliche Teil ihrer Reform in dieser Frage war es, den Präsenzdienst aufzugliedern in sechs Monate Grundwehrdienst und zwei Monate Truppenübungen, abzuleisten in sechs Teilen zu je zehn Tagen. Diese Aufteilung war nötig, um die Reformpläne zu verwirklichen, die neben der Aufstellung einer 30.000 Mann starken Bereitschaftstruppe aus Berufssoldaten eine Landwehr, bestehend aus 300.000 Reservisten vorsah.

Diese Umorganisierung der Armee in Richtung auf Aufstellung einer Landwehr fand im wesentlichen die Zustimmung der beiden anderen Parlamentsparteien und der Offiziere. Widersprüche gab es jedoch in der Frage der Durchführung der Reform. Um für diesen Ausbau des Heeres auch die nötige Anzahl von Kaderpersonal sicherzustellen, forderte beispielsweise die ÖVP damals eine Änderung des Wehrgesetzes, die es ermögliche, zwangsweise Präsenzdiener zu Kaderpersonal heranzuziehen und über den Präsenzdienst hinausgehend zu Kaderübungen zu verpflichten. Die SPÖ befand sich damals in einer schwierigen Situation. Der Unmut im Volk über die rasche Verwandlung der sechs-Monate-Präsenzdienstforderung in acht Monate war groß und so wurde aus dem ÖVP-Vorschlag nichts. Die Militärs, die sich gegen diese Art der Durchführung der Heeresreform stellten, mußten im wesentlichen SPÖ-treuen Militaristen Platz machen.

Gerade anläßlich des Berichtes der die Veränderungen der Armee durch die Reform, den gegenwärtigen Zustand des Bundesheeres zum Inhalt hat, mußte es darum wieder zu den alten Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste Form des Ausbaus und der Aufrüstung des Bundesheeres kommen.

Schon seit geraumer Zeit erschienen in der Parlamentsopposition nahestehenden Blättern Artikel und Gerüchte, deren Grundtenor war, der Zustand des Bundesheeres läge im Argen, es sei noch nie so schlimm gewesen, etc.

Im März schließlich brachten Zeitungen, wie etwa die Kronen-Zeitung, die Neue Freie Zeitung, die Volksstimme und eben auch die Presse Artikel, die gewisse Gerüchte lancierten. In der Hauptsache hatten sie zum Inhalt, der der SPÖ nahestehende Landesverteidigungsakademiekommandant Generalmajor Kuntner arbeite zur Zeit an einer zweiten "verschönerten" Fassung des Zustandsberichts, da die Originalfassung ein derart ungeschminktes Bild gebe, daß es die SP-Regierung nicht wage, ihn dem Landesverteidigungsrat, in dem auch die Vertreter der anderen bürgerlichen Parteien, sowie hohe Militärs sitzen, vorzulegen. In dieser Situation gab der, unter SP-Minister Lütgendorf zum Armeekommandant avancierte General Spanocchi bereits verschiedentlich bekannt, es gäbe in höchsten Militärkreisen "undichte Stellen", denen man auf der Spur sei. Als die Gerüchte um die Manipulation des Berichtes sich dann immer mehr verstärkten, schlug er zu. Sein Opfer: Aehrenthal aus der Planungsabteilung beim Generaltruppeninspektorat. Doch wem dieser Schlag nun wirklich gegolten hat, darüber tauchten in verschiedenen Zeitungen andere Meinungen auf.

So schrieb etwa die "Presse" unter Berufung auf hohe Offiziere: "man schlägt einen Major und meint einen Höhergestellten", denn "von kompetenten Kritikern an der gegenwärtigen Situation des Bundesheeres befinden sich nicht mehr viele an ihrer Stelle." Dabei verwies sie vor allem auf den ehemaligen Generaltruppeninspektor Fussenegger und den jetzt "kaltgestellten" Brigadier Leeb. Deutlicher wurde eine andere Zeitung, die berichtete, daß es sich immer mehr bestätige, daß Spanocchis wahres Opfer der Leiter der Planungsabteilung Brigadier Habermann sei. In Militärkreisen gelte er als "graue VP-Eminenz", und bis zu der Affaire um seine Abteilung sei er immerhin erster Anwärter auf den neuzubesetzenden Posten eines Sektionschefs für diese Sektion gewesen.

Die Antwort der ÖVP auf diesen Schlag war am 6.4. ein Telegramm der VP-Landesverteidigungsratsmitglieder an Kreisky, in dem dieser als oberstes Landesverteidigungsratsorgan aufgefordert wurde, sofort eine Sitzung einzuberufen. Diese Sitzung mußte Kreisky dann auch für den 10. April ansetzen. Am nächsten Tag jedoch ließ er die Sitzung um einen Tag verschieben und ÖVP-Obmann Taus verlangte eine parlamentarische Untersuchung der "Aehrenthal-Affaire", bei der vor allen Dingen geklärt werden solle, ob der Bericht zur Lage des Heeres manipuliert worden sei. Die Landesverteidigungsratssitzung, die schließlich am 11.4. stattfand, war für die VP ein voller Erfolg.

Bezogen auf den Fall des Redakteurs der VP-nahen "Presse" Possaner mußte Generalmajor Kuntner zugeben, daß er "in Zeitungen keine Details" fände, die "den Vorwurf des Landesverrats rechtfertigen."

Auch geplante Manipulationen der SPÖ an dem Bericht mußten offensichtlich zurückgenommen werden, was sich daraus schließen läßt, daß zwar alle Anwesenden verneinten, daß etwas manipuliert worden sei, VP-Taus nach der Sitzung jedoch frohlockte: "Jetzt muß auf den Tisch, was nach sechs Jahren SP-Regierung besser geworden ist. Mit Wahlschlagern hat es begonnen und jetzt, sechs Jahre später kommen die ersten Berichte über den Zustand. Das ist ja typisch! Aber jetzt kommt es heraus!"

Schon am nächsten Tag gab es einen VP-Angriff auf die SP-Heerespolitik, der an Schärfe in den letzten Jahren einmalig dasteht: VP-Heeressprecher Neisser erklärte, die SP habe die Glaubwürdigkeit in der Landesverteidigung verspielt, das Vertrauen in die bewaffnete Neutralität, wie sie die Verteidigungsdoktrin verlange untergraben, was zur Folge habe, daß der Gedanke der Landesverteidigung abgewertet, ja lächerlich geworden sei. Hierauf konterte Blecha für die SP, die ÖVP wolle wohl mit ihren Angriffen von der Affaire Aehrenthal ablenken und sei am Ende gar in den behaupteten Fall von Landesverrat verwickelt.



Während die SPÖ Mühe hat, die 1971 beschlossene Heeresreform durchzuführen und versucht Berichte über den Zustand des Heeres zu fälschen, werden aus den verschiedenen bürgerlichen Organisationen Stimmen laut, die die Schwierigkeiten der bürgerlichen Militärpolitik beseitigen sollen. Ihr gemeinsamer Inhalt: verstärkte Aufrüstung. (Das Bild zeigt ein Plakat des Österreichischen Kameradschaftsbundes)

# rgestellten«

Worum geht es, wenn sich bürgerliche Parteien derart in die Haare geraten, daß Verhaftungen und Verhöre, "Verlust der Glaubwürdigkeit" und "Landesverrat" nur so durch die Luft fliegen? Bestehen zwischen ihnen etwa ernste, grundlegende Widersprüche?
Nein, so wie in allen anderen Fällen, streiten sich die bürgerlichen Parteien darum, wer besser imstande ist, die Geschäfte der Kapitalisten zu besorgen, wer sein Geld mehr wert ist, wer es mehr verdient, an den großen Futtertrog, wie ihn Regierung, Ministerien, Ämter und Posten für die Parteien darstellen, herangelassen zu werden. Gerade die Landesverteidigung ist für die Kapitalisten eine Frage von derartiger Wichtigkeit, daß es nicht verwundern darf, wenn in der Auseinandersetzung um sie von den Parteien Mittel eingesetzt werden, deren Einsatz in anderen Fragen lange nicht üblich ist. Gerade in der Militärfrage geht es für die Bourgeoisie darum, daß sie imstande ist, gegen andere imperialistische Mächte und gegen das eigene Volk wehrhaft zu sein und sich abzusichern. Letztendlich ist das Militär eben die wichtigste Garantie für die Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt.

Die SPÖ steht heute tatsächlich in der Frage der Landesverteidigung zum Teil schlecht da. Es ist ihr in wichtigen Punkten nicht gelungen, die Heeresreform, die die Schlagkraft des Heeres stärken, seine Aufrüstung beschleunigen soll, durchzuführen. Die geplante Stärke der Bereitschaftstruppe von 30.000, der Landwehr von 300.000 Mann ist nicht erreicht worden, obwohl wegen der unsicheren wirtschaftlichen Lage immer mehr Jugendliche beim Bundesheer einen sicheren Job suchen, fehlt es an Kaderpersonal.

Die Versuche diese Maßnahmen zu verschweigen sind fehlgeschlagen und sie muß jetzt einen Ausweg suchen. Worin dieser Ausweg besteht, sieht man am Entwurf für eine Wehrgesetznovelle, wie sie Lütgendorf jetzt zur Begutachtung verschicken ließ: Erweiterung der direkten und offenen Machtbereiche des Militärapparats und Zwangsmaßnahmen gegen die Jugendlichen.

Doch auch dieser einzige Ausweg kann weder für die SP, noch für die Bourgeoisie, deren Geschäfte sie führt, ein Ausweg sein, ist er doch gerade dazu angelegt, den Schleier zu zerreißen, mit dem die SPÖ in den letzten sechs Jahren mühsam genug versucht hat, den Klassencharakter des Bundesheeres zu verdecken.

## Entwurf zur Wehrgesetznovelle

# Bankrott der SP-Betrugsmanöver

Vor einiger Zeit wurde der Ministerentwurf für die erste Wehrgesetznovelle seit der Heeresreform 1971 zur Begutachtung verschickt. Er hat vor allem neue staatliche, den Wehrdienst betreffende Zwangsmaßnahmen zum Inhalt, sowie eine Umschichtung gewisser Kompetenzen von zivilen Einrichtungen an Militärische. Der Entwurf ist Ausdruck des vollständigen Bankrottes der "Bundesheerdemokratisierung", mit der die SPÖ seinerzeit versucht hatte, die spontane antimilitaristische Bewegung der Jugend kaltzustellen und zu spalten.
War in Wirklichkeit schon diese "Demokratisierung" nur schlecht in der Lage den Jugendlichen ihre Rechtlosigkeit im Bundesheer zu verschleiern und die Armee als etwas hinzustellen, was im Interesse aller Österreicher, gleich ob Arbeiter oder Kapitalisten ist, so zerstört der Entwurf all diese Absichten nur noch mehr.
So soll etwa das Stellungswesen völlig neu geordnet werden. Aus der Stellungskommission sollen alle zivilen Organe ausgeschaltet werden, wie etwa die Amtsärzte. Die Stellungspflichtigen sollen zwangsweise für die Dauer von 24 bis 48 Stunden in militärischen Objekten kaserniert werden und der Gehorsamspflicht gegenüber Militärs unterliegen. Hohe Strafandrohungen sollen sie bereits zu diesem Zeitpunkt, wo sie noch gar keine Militärangehörigen sind, dazu bringen, auf ihre Rechte zu verzichten und sich den Militaristen bedingungslos unterzuordnen.
Auch die Erfassung und Vorführung der Stellungspflichtigen soll nun ganz in die Hände der Militärs gelegt werden.
Ein anderer Punkt besagt, daß die Mobilmachung statt wie zuvor durch Bundesregierung nach Anhören des Landesverteidigungsrates direkt durch das Verteidigungsministerium erlassen werden kann.
Der Beurlaubtenstand der Reserve in dem sich jeder abgerüstete Grundwehrdiener befindet, in dem verschärfte Meldepflicht und strengstes Ausreiseverbot besteht, soll von drei auf sechs Monate ausgedehnt werden, um für den Fall der Mobilmachung mehr Soldaten zur Verfügung zu haben, bzw. um besser in der Lage zu sein, diejenigen, die sich "drücken" wollen, ausfindig zu machen und einzugliedern.
Der einschneidendste Punkt des Reformvorschlages ist jedoch der Plan, daß ab jetzt jeder Einheitskommandant nach fünf Monaten Grundwehrdienst bei den ihm unterstellten Soldaten entscheiden wird, wer als Kader verwendbar ist. Entsprechend seinen Vorschlägen wird das Armeekommando als Behörde Bescheide erlassen, wonach die Betroffenen zusätzlich zu ihren sechs Monaten Grundwehrdienst und zwei Monaten Waffenübungen bis zu drei Monaten zwangsweise zu Kaderübungen verpflichtet werden können.
Besonders dieser Vorschlag, zu dessen Durchführung die SPÖ jetzt offensichtlich gezwungen ist, will sie für die Aufstellung der Landwehr garantieren, ist jedoch bereits ins Kreuzfeuer heftigster Kritik und Ablehnung geraten.
Kein Wunder, wenn selbst SPÖ-Landesverteidigungsratsmitglied Mondl gezwungen ist vorerst zu sagen: "Im Parlament kann man immer noch etwas ändern. Schon oft ist von Vorschlägen der Minister im hohen Haus nichts übrig geblieben."
Der Landesvorstand der Sozialistischen Jugend - Niederösterreich lehnte in einer Sitzung den Entwurf glatt ab und auch die Gewerkschaftsjugend protestierte in einer Aussendung, in der der Plan der zwangsweisen Kaderverpflichtung als Lotteriespiel bezeichnet wird, gegen die Reformabsichten.
Leicht wird es also die SPÖ nicht haben, wenn sie die Novelle durchbringen will, besonders wenn man an die Tradition denkt, die der Antimilitarismus unter der österreichischen Jugend hat, wie etwa das Anti-Bundesheervolksbegehren, die Zivildienstbewegung oder die mächtigen, selbständigen Anti-Bundesheerdemonstrationen.
Wichtig wird es für die Arbeiterjugend sein, den Protest des ÖGJ-Vorstandes in die Gewerkschaftsjugendgruppen hineinzutragen und dort breit zu diskutieren, damit die ÖGJ imstande ist, eine breite Protestbewegung gegen die geplanten Zwangsmaßnahmen zu organisieren.

# Maria-Theresien Kaserne: Wehrmänner verprügelt

Anfang April versuchten sich in der Wiener Maria-Theresien Kaserne zwei Chargen der Militärstreife, so wie das in allen Kasernen oft vorkommt, hinter den in einer Reihe zum Essen ausfassen angestellten "gewöhnlichen" Grundwehrdienern vorzudrängen um nicht so lange aufs Essen warten zu müssen.
Doch diesmal hatten sie Pech: Einige Grundwehrdiener hinderten die beiden Gefreiten am Vordrängen und als diese es nun mit Gewalt versuchten, wurde es ihnen mit der gleichen Münze heimgezahlt, was sich sehr zu ihrem Schaden ausgewirkt haben soll.
Weil aber Zustände, bei denen sich gewöhnliche Wehrmänner gegen Ranghöhere wenden, noch dazu gerade gegen Ranghöhere der Spezialeinheit, die die Ruhe und Ordnung innerhalb der Kaserne aufrechtzuerhalten hat, für die Militaristen unhaltbar sind, kam es einige Tage später zu folgendem Vorfall:
Einer der beiden Gefreiten tauchte beim Mittagessen mit zwei Unteroffizieren der Militärstreife auf. Sie faßten zwei der an dem Vorfall beteiligten Grundwehrdiener heraus und verschleppten sie gewaltsam in ein anderes Gebäude.
Dort wurden die beiden "rebellischen" Soldaten dermaßen verprügelt, daß ihre Schmerzensschreie bis weit über den Kasernenhof in anderen Objekten zu hören waren.
Eine außerordentliche Beschwerde der beiden Grundwehrdiener an die "Außerordentliche Beschwerdekommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung" führte in der Maresi-Kaserne dazu, daß eine ganze Kompanie, die die Vorfälle gehört und gesehen hat, unter Druck gesetzt wurde um Zeugenaussagen, die sich gegen die Militaristen richten, zu vermeiden.
Trotzdem wurde bekannt, daß etwa der eine betroffene Militär-Streifenunteroffizier bereits einmal in der Arrestzelle einen Grundwehrdiener mit dem Gummiknüppel geschlagen haben soll. Als schließlich die außerordentliche Beschwerdekommission anrückte, war der Unteroffizier natürlich gerade auf "Osterurlaub". Der Fall wurde in der Öffentlichkeit bekannt, kam in die großen Zeitungen und die Militaristen versuchten so gut als möglich, die ganze Angelegenheit zu vertuschen. Die beiden Grundwehrdiener seien lediglich zur "Identitätsfeststellung" abgeführt worden, es habe eine "ruhige Vernehmung" gegeben, etwaige Schreie seien wahrscheinlich von einem Unteroffizier gekommen, der in irgendeinem Gang, wie das ja beim Bundesheer oft vorkomme, kommandiert habe.
Die Beschwerdekommission wird natürlich ebenso, wie sie das kürzlich in St.Pölten getan hat, wo Grundwehrdiener die Absetzung eines Truppenarztes forderten (wir berichteten darüber im Klassenkampf 4/76) versuchen, die Soldaten mit allerhand Drohungen und Schikanen von ihrer berechtigten Haltung abzubringen. Doch gerade das Beispiel der St.Pöltner Soldaten zeigt, daß Grundwehrdiener, wenn sie mutig und einheitlich zusammenstehen gegen die Militaristen Siege erringen können.

# Streikwoche in Frankreich

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des französischen Kapitals kommt jetzt eine Verschärfung der politischen Krise seiner Regierung Giscard d' Estaing. Dessen "Austerity"-Politik - Niederhalten der Löhne, Hinauftreiben der Steuern, Milliarden fürs Finanzkapital zur Umstrukturierung der Wirtschaft und Rationalisierungen - stößt auf heftigen Widerstand bei den Werktätigen.

1,3 Millionen Arbeitslose, Hunderttausende Jugendliche, die vergeblich einen Arbeitsplatz suchen, zunehmende Betriebsschließungen und Rationalisierungen, sowie die steigende Inflation zwingen die Werktätigen, den Kampf gegen die Regierung Giscard d' Estaing's aufzunehmen.

Die anhaltenden Streikkämpfe wurden Anfang April in einer Streikwoche zusammengefaßt, zu der fast alle Gewerkschaften aufgerufen hatten. Kein Tag verging, ohne daß zehntausende in kämpferischen Demonstrationszügen das Wirtschaftsleben lahmlegten.

Am 6.4. protestierten trotz Verbots einer Kundgebung durch die Pariser Polizeipräfektur tausende Arbeiter auf einem der belebtesten Boulevards von Paris stundenlang gegen Schließung ihrer Betriebe und die Arbeitslosigkeit. Viele Werktätige aus Paris und seinem "roten Gürtel" (Industriestädte um Paris) beteiligten sich daran, die oft schon monatlang ihre Betriebe besetzt halten, um deren endgültige Schließung und damit neue Massenentlassungen zu verhindern. Auf vielen Transparenten und in Flugblättern hieß es immer wieder: "Schluß mit der Arbeitslosigkeit","Schluß mit der Preisgabe ganzer Sektoren unserer Wirtschaft".

Die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke streiken 24 Stunden für höhere Löhne und organisieren in der folgenden Woche eine Demonstration. Arbeiter und Angestellte der Papier- und Kartonindustrie streiken gegen die "Umstrukturierung"der Papierindustrie, der im letzten Jahr 5 000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen sind. In den folgenden Tagen kommt es zu verschiedenen Protestaktionen der Werktätigen der Uhren- und Autoindustrie, Bankangestellten und Beamten der Stadtverwaltung. Auch 10 000 Künstler und Arbeiter von Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen protestieren erstmals gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit. Am 13.4. kämpfen die Metallarbeiter in mehreren Großstädten und Industriezentren mit Streiks, machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen für neue Tarifverhandlungen.

Auch die Studenten treten offen gegen die Politik der Regierung an. Sie erklärten den 15.April zum nationalen Kampftag, fast im ganzen Land gab es eindrucksvolle Demonstrationen. Am nächsten Tag wurde die Hälfte aller Universitäten Frankreichs bestreikt. Die Studenten protestierten vor allem gegen die Hochschulreform, die weiterhin den Absolventen einiger Elite-Hochschulen fixe Arbeitsplätze verspricht, das Studium der anderen direkter den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft unterwirft und durch die Sparpolitik der Regierung vielen die Möglichkeit verstellt, ein Lehramt zu studieren. Mit Recht fürchtet die französische Regierung, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes noch schärfer werden.

E.T./ Red.



Besetzung einer Schuhfabrik im Kampf gegen Stillegung




# Faschismus

Wir haben im letzten "Klassenkampf" über den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Portugals berichtet. Auf ihrem Gründungskongreß (27.12. 1975 - 5.1.1976) hat die PCP(R) eine Politische Resolution verabschiedet, in der die Lage folgendermaßen analysiert wurde:

*"Es ist eine Lage geschaffen worden, in der außerordentliche Gefahren über der Freiheit und allen demokratischen Errungenschaften des Volkes schweben. Die Gefahr des Faschismus ist real. Die großen Kapitalisten und Imperialisten, gestützt auf die Leute der MDLP (faschistische Terrororganisation, D.W.), die in den hohen militärischen Kommandostellen sitzen, und auf die Agenten des CIA, warten auf die beste Gelegenheit, einen faschistischen Putsch durchzuführen. Die 6. Regierung, durch die Anleihen und die NATO an die amerikanischen Imperialisten und die deutsche Sozialdemokratie gefesselt, öffnet durch ihre Politik dem Faschismus den Weg."*

Wie richtig diese Einschätzung ist, streichen insbesondere zwei Ereignisse der letzten Zeit heraus:

Dem westdeutschen Schriftsteller und Journalisten Günther Wallraff gelang es, indem er sich als Vertreter einer rechtsradikalen Organisation ausgab, aufzudecken, daß der Faschist und Ex-Ministerpräsident Spinola bereits einen ganz konkreten Plan für einen neuerlichen faschistischen Putschversuch ausgearbeitet hat. Dabei kamen auch enge Verbindungen Spinolas mit der CSU von F.J.Strauß ans Tageslicht.

# Streiks und Betriebsbesetzungen in der Schweiz

Mehr als 33 ooo Arbeitslose, über loo ooo Kurzarbeiter in 2 7oo Betrieben, und ca 2oo ooo Arbeitsplätze (12%), die wegrationalisiert oder stillgelegt sind, kennzeichnen gegenwärtig die Verschärfung der kapitalistischen Krise in unserem westlichen Nachbarland. Doch die Arbeiterklasse beginnt sich in einer Reihe von selbständigen Kämpfen zur Wehr zu setzen. Immer mehr Arbeiter haben den Mut, mit einer der größten Fessel der schweizerischen Arbeiterklasse, dem 1937 geschlossenen"Friedensabkommen", radikal zu brechen. Gegen das darin enthaltene Streikverbot nehmen sich immer mehr Arbeiter das Streikrecht.

Allein im Jänner 76 wurden mehr Streiktage als im gesamten Jahr 75 notiert. Eine wahre Kettenreaktion an Betriebsbesetzungen löste der spektakuläre Kampf von 13o Uhrenarbeitern in Neuenburg gegen die Betriebsschließung und Produktionsverlegung aus. Ihre Fabriksbesetzung fand große Unterstützung und Sympathie in dieser Uhrenmetropole. Auch wenn es der Gewerkschaft und Kantonregierung gelang hier die Kampfbereitschaft abzuwiegeln, folgten vor allem in der Westschweiz immer mehr Arbeiter dem Beispiel, und es ging Schlag auf Schlag In Moutier demonstrierten 1 ooo Arbeiter gegen die Schließung der Glashütte. Am 22.Jänner besetzte die gesamte Nachtequipe die Druckerei der Genfer Zeitung "LE Courrier" auf unbestimmte Zeit. Die 5o Drucker wollten mit der Besetzung eine Betriebsschließung verhindern. Während die bürgerliche Presse noch gegen die "vertrags- und rechtswidrigen Mitteln" hetzte, griffen Anfangs Februar 25 Arbeiter des Betriebs "Service Immeuble S.A." in Crissier zu der neuen Kampfform. Bereits nach drei Tagen Betriebsbesetzung wurden ihre Lohnforderungen und die Anerkennung des Gesamtarbeitsvertrages größtenteils erfüllt.

Die bisher breiteste Solidarität in der ganzen Schweiz fanden die 3oo streikenden Arbeiter der Maschinenbaufirma Matisa in Lausanne. Auch dieser Streik mußte wie die meisten anderen, nachträglich von der Gewerkschaft anerkannt werden. Damit werde aber "der Kern des Friedensabkommens" immer mehr bedroht und ausgehöhlt, so jammert die "Neue Zürcher Zeitung"des schweizer Finanzkapitals. Auch in der Bauwirtschaft, wo die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse bisher am heftigsten warensind die Arbeiter längst zu Kampfmaßnahmen übergegangen: zahlreichen Protestdemonstrationen im letzten Jahr folgten heuer schon vier Betriebsbesetzungen. Und da der Baumeisterverband für das Jahr 76 keinen Teuerungsausgleich zahlen will, sind alle Verhandlungen bisher gescheitert, und ein offener Lohnkonflikt steht bevor. W.W.

# oder Revolution

In der Nacht vom 2. zum 3. April wurde in der nordportugiesischen Stadt Villa Real durch ein Bombenattentat der katholische Pater Maximino de Sousa ermordet. Der fortschrittliche und unter den Volksmassen sehr beliebte Priester war unabhängiger Kandidat der UDP (Demokratische Volksunion) für die Parlamentswahlen gewesen. Dieses Attentat stellt den bisherigen Höhepunkt der faschistischen Terrorwelle in Nordportugal dar. Gleich nach Bekanntwerden des Attentats fanden große Demonstrationen der Bevölkerung von Villa Real und Porto statt.

Der Wahlkampf, den die portugiesische Reaktion mit diesem politischen Attentat eröffnete, fällt in eine Zeit, in der nach dem harten Rückschlag für die volksdemokratische Bewegung durch die Niederlage des 25. November das portugiesische Volk sich wieder von neuem erhebt: gegen den Vormarsch des Faschismus, gegen die Einkerkerung antifaschistischer Militärs, gegen die reaktionäre 6. Regierung und die rapide Verschlechterung der Lage der Massen. Er fällt andererseits in eine Zeit der verschärften Reaktion der Bourgeoisie und des immer offeneren und stärkeren Terrors der faschistischen Banden ELP und MDLP.

In den letzten Wochen hat die Volksbewegung einen großen Aufschwung genommen: mehrere Fabriken wurden bestreikt oder besetzt, weil sich die Kapitalisten weigerten, Lohnrückstände noch vom letzten Dezember (!) auszuzahlen, und eigenmächtig die gewählten Arbeitervertretungen absetzen und ihnen den Lohn sperren. Dabei kam es zu mehreren Arbeiterdemonstrationen zum Arbeitsministerium, die meist in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei endeten. Ein wichtiges Faktum dieser Streikbewegung ist, daß sie nicht auf die Industriearbeiter beschränkt blieb, sondern breite Teile der Angestellten, wie die Krankenpfleger- und schwestern und die Busfahrer, erfaßte. Allein in Setubal streikten 60 000 Schüler gegen die reaktionäre Politik der Regierung. Unter den Fischern ist ebenfalls eine Bewegung entstanden. All diesen Kämpfen ist eine verstärkte Selbständigkeit eigen, die Orientierung ausschließlich an den eigenen Klasseninteressen. Die nun fast 2-jährige Erfahrung eines harten Klassenkampfes hat das Bewußtsein gehoben - heute gelingt es den verschiedenen reaktionären Parteien und insbesondere der revisionistischen PCP nicht mehr so leicht, die Volksmassen vor ihren Karren zu spannen und sie zum Spielball ihrer Machtinteressen zu machen.

Auch die Bewegung der Bauern ist in den letzten Wochen zunehmend selbständiger geworden, entgleitet immer mehr der Kontrolle der Faschisten. Diese Entwicklung ist von umso größerer Bedeutung, als ja gerade auch der 25. November gezeigt hat, wie leicht verwundbar die demokratische Volksbewegung gegenüber einem faschistischen Überfall ist, wenn sie nicht mit einer festen Unterstützung auf dem Land rechnen kann. "Wenn die Bauernbewegung an verschiedenen Stellen des Landes für die politischen Manöver des Faschismus und des Imperialismus eingesetzt wurde, dann liegt der Grund dafür nicht in der Bauernbewegung, sondern in den großen antikommunistischen Provokationen, die durch die Revisionisten vorangetrieben wurde", sagt die PCP (R).

Aber gerade der kämpferische Elan und die Forderungen der Bauern bilden die Grundlage dafür, daß es gelingt, sie



dem Einfluß der Faschisten und Reaktionäre zu entreißen und das Arbeiter-Bauern-Bündnis herzustellen, die einzige Basis, auf der sich die antifaschistische Einheitsfront des Volkes sicher herstellen läßt.

Eines ist heute gewiß: am 25. November hat die demokratische Volksbewegung eine schwere Niederlage erlitten, aber die Arbeiterklasse und das Volk haben nicht zu kämpfen aufgehört, im Gegenteil zeigt sich bereits, daß das Volk die Kräfte besitzt, der reaktionären Eskalation entgegenzutreten und sie zu Fall zu bringen. Das drückt sich im allseitigen Aufschwung der Volksbewegung aus. Es ist für die Bourgeoisie bereits unmöglich geworden, in der tiefen ökonomischen, politischen und sozialen Krise, in der sich Portugal bewegt, ohne eine Politik der Repression gegenüber der Volksbewegung zu regieren. Indem die 6. Regierung die eingeschlagene repressive Politik weitertreibt, schafft sie die Voraussetzungen für einen faschistischen Putsch. Während sie die Volksbewegung mittels Gesetzen und brutaler Gewalt einzuschnüren sucht, wertet sie die faschistischen und halbfaschistischen Organisationen auf. Teile der Regierung wollen die offen faschistischen Organisationen wieder legalisieren und bekannt ist auch, daß sich Mitte März Vertreter des Revolutionsrates mit Mitgliedern der Terrorbande MDLP beim Mittagessen zu einem Meinungsaustausch trafen. Wie die PCP (R) sagt: es gibt nur die Alternative "Faschismus oder Revolution", "entweder werden der Macht des Großkapitals und des Imperialismus revolutionäre Schläge versetzt oder diese werden mit allen Mitteln versuchen, ihre terroristische Diktatur durchzusetzen.' Faschismus oder Revolution' ist der Kompaß, der uns leiten muß: er zeigt den Hauptfeind und das Mittel, ihn zu schlagen". (aus der Politischen Resolution)

D.W.

# Kleine und mittlere Bauern Pombals (Portugal) kämpfen um ihre Rechte

Weiter hält der Mangel an Erdäpfelsaat an. In den Gebieten, die früh dran sind, geht die Saatzeit zu Ende. Von den 110.000 geforderten Säcken hat die Regierung nur 12.000 zur sofortigen Übergabe bereit.

Die Bauern aus der Gegend Pombals beschlossen, nicht länger zu warten: Bei einer Versammlung am 1. März, einem Feiertag in Pombal, wurde beschlossen, daß entweder die Erdäpfelsaat bis zum 8. hier sein würde oder die Gleise und Straßen nach Lissabon gesperrt würden. Und um zu zeigen, daß es sich dabei um keine leere Drohung handelte, zwangen sie den Zug zu einem einstündigen Aufenthalt am Bahnhof, während sie ein Telegramm nach Lissabon schickten. Es waren hunderte Bauern, die das Recht auf ihrer Seite hatten, das Recht desjenigen der schwer arbeitet auf dem Land und der es satt hat, verachtet zu werden und niedergedrückt durch die Ausbeutung der Zwischenhändler, der Dünger- und Futter produzierenden Fabriken, der großen Eigentümer, des Staates. Wie es viele sagen: Wir kennen den Staat nur, wenn's darum geht, Steuern oder Geldstrafen zu zahlen. Deshalb sagten auch viele Bauern: Nicht wir müssen zum Terreiro do Paco gehen, sie müßten hierher nach Pombal kommen, um Erklärungen abzugeben.

## Die Bewegung ist allgemein

Aber nicht nur in Pombal stehen die Bauern im Kampf: nach Vagos beginnen auch in anderen Gegenden, die Bauern sich zu organisieren, um das zu fordern, worauf sie ein Recht haben: das ist der Fall in der Gegend von Viseu und in der Beira Alta allgemein. Das bedeutet, daß die Bewegung der Bauern in Entwicklung begriffen ist, sich verankert und das gegen die Parteienmanöver, mit denen versucht worden war, ihren Kampf auszunützen. So etwa der Bauernbund, der so ein Geschrei um seine Verteidigung der Bauerninteressen angestimmt hat und jetzt in der Frage der Erdäpfelsaat die verzweifelte Situation Tausender und Abertausender kleiner und mittlerer Bauern schlicht und einfach ignoriert hat.

## Mit der einen Hand geben, mit der anderen nehmen

Diese Bewegung der Bauern wird weiterhin anwachsen: Nach den Erdäpfeln wird der Wein kommen, der Mais, das Vieh oder sonstwas; denn fest steht, daß nur eine Regierung des Volkes die Probleme der Bauern zufriedenstellend wird lösen können. Das sehen wir an diesem Beispiel: die 6. Regierung setzte den an die Erdäpfelproduzenten zu zahlenden Preis mit 4,50 escudos (ca. 2,80 Schilling) pro Kilogramm fest und garantierte ihnen den Verkauf ihrer Produkte - eine gute Maßnahme. Aber dann ließ sie Importeuren und Zwischenhändlern freie Hand bei Spekulation und Betrug! Das heißt mit einer Hand geben und mit der anderen nehmen....

(aus Voz do Povo, 9.3.1976, Organ der UDP, gekürzt)

# SAVAK-Agent in Wien auf frischer Tat ertappt

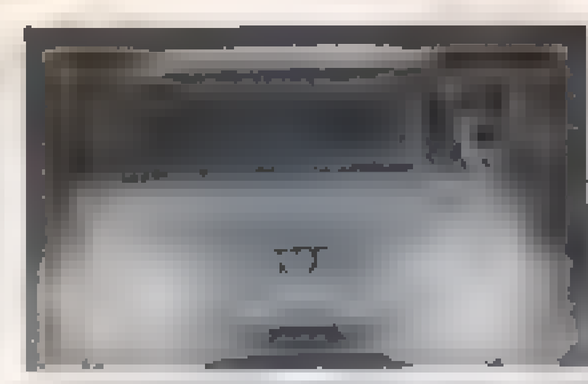
Am Freitag, 9.4.1976 um 19 Uhr wollte sich Nasser Rabizadeh, Agent der berüchtigten persischen politischen Polizei SAVAK und Mitarbeiter der persischen Botschaft in Wien, wieder mit dem von ihm betreuten Spitzel treffen. In einem Telefongespräch, das er von der persischen Botschaft aus abwickelte, hatte er den Spitzel in die Nußdorferstraße zum 'Auge Gottes Kino' bestellt. Der vermeintliche Spitzel, der persische Student Mohammedsadegh Schodjaibaghini, kam diesmal aber nicht alleine. Er hatte seine Freunde über seine Erpressung durch die SAVAK informiert und es war ein Plan ausgearbeitet worden, um den Schergen des Schah-Regimes eine Niederlage zu bereiten. Als sich der Agent mit M.S. traf und ihn gerade in sein Auto verfrachten wollte, war er schon von Photographen umstellt. Bevor er noch so recht mitbekam, was vor sich ging, waren etliche Schnappschüsse gelungen. Unter den Beschimpfungen des "Spitzels" und seiner Freunde mußte er daraufhin die Flucht antreten.

Die bei dieser Gelegenheit gemachten Bilder und die öffentliche Erklärung von Mohammedsadegh Schodjaibaghini, die allen wichtigen Zeitungen und zuständigen staatlichen Stellen übergeben wurden, sind ein entschiedener Beweis für das Treiben der Polizeischergen des Schah unter dem wohlwollenden Auge der österreichischen Behörden.

Mit den brutalsten Mitteln der Unterdrückung versucht das Schah-Regime alle fortschrittlichen und demokratischen Regungen im Iran zu unterdrücken. Dennoch wächst der Widerstand der iranischen Völker ständig an. Auch die überwiegende Mehrzahl der iranischen Studenten im Ausland - in Österreich wie überall sonst - sind Gegner dieses Regimes, das im Interesse der persischen Großgrundbesitzer und Wucherer und des Imperialismus die Völker des Iran blutig unterdrückt. Die berüchtigte SAVAK arbeitet nicht nur im Inneren. Als langer Arm des Schah-Regimes trägt sie die politische Verfolgung über die Grenzen des Iran hinaus. In den letzten Jahren sind in Österreich die SAVAK-Agenten desöfteren unverschämt offen aufgetreten: Anti-Schah-Demonstrationen wurden angegriffen, fortschrittliche iranische Studenten auf offener Straße zusammengeschlagen. Die iranischen Studenten weisen schon seit langem auf die Tätigkeit der SAVAK in Österreich hin.

Aus einem solchen Anlaß erklärte Kreisky vor einigen Jahren, man solle ihm einen SAVAK-Agenten zeigen und er werde dafür sorgen, daß er ausgewiesen werde. Damit wollte er sagen, die Behauptungen der iranischen Studenten seien aus der Luft gegriffen.

Die österreichischen Kapitalisten und die Regierung haben in Wirklichkeit keinerlei Interesse daran, die antiimperialistischen iranischen Studenten gegen das Schah-Regime zu unterstützen. Im Iran haben sich so viele österreichische Firmen niedergelassen, wie kaum in einem anderen Land der 3.Welt. Um die imperialistischen Interessen Österreichs nicht zu gefährden, pflegt und hätschelt die Regierung die Beziehungen zum Schah-Regime, das den Imperialisten als Garant gegen die Revolution und die nationale Befreiung der iranischen Völker gilt. In diesem Sinne ist es nicht verwunderlich, daß die österreichischen Behörden den Schergen des Schah manchen Gefallen leisten und bei ihrer Tätigkeit ein Auge zudrücken.







Die Photos zeigen jedenfalls einen SAVAK-Agenten, der versuchte, den Studenten Schodjaibaghini durch Drohungen zum Bespitzeln seiner Kollegen zu zwingen. Hier ist also der SAVAK-Agent, den Bundeskanzler Kreisky sucht, und er ist keineswegs der einzige in Österreich! In Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der iranischen Studenten fordern wir:

Ausweisung des entlarvten SAVAK-Agenten und seinesgleichen, Unterbindung der Tätigkeit der SAVAK in Österreich!

Wahlen im Westjordanland

# Klares Nein zur israelischen Besetzung

In 17 von 24 Städten erhielten Kandidaten, die sich zur PLO bekannten, die Mehrheit bei den Wahlen in die Stadträte. In den meisten Städten des Westjordanlandes stellen sie sogar den Stadtrat allein. Nur in Bethlehem wurde der Perlmutthändler Freij, Angehöriger der für den Anschluß an Jordanien eintretenden Notabienschicht, wiedergewählt, sieht sich aber im Stadtrat zum ersten Mal Vertretern der Palästinensischen Nationalen Front (PNF) gegenüber, der politischen Organisation der PLO im Westjordanland.

Der Plan Israels, über die Wahlen im besetzten Westjordanland eine "Dritte Kraft" herauszubilden, die die Besetzung akzeptiert und den Aufbau einer arabischen Verwaltung unter zionistischer Oberhoheit betreibt, ist elendiglich gescheitert. Hatte Verteidigungsminister Peres noch vor den Kämpfen im März erklärt, die Wahlen dienten dazu, gegenüber der PLO und Jordaniens König Hussein eine starke lokale Führung herauszubilden, versucht er jetzt die Wahlen als "unpolitisch" hinzustellen.

Er verbot den Kandidaten, politische Themen im Wahlkampf aufzugreifen, hatte dabei aber nicht den geringsten Erfolg. Überall wurde Wahlmaterial der PNF verteilt und die Kandidaten nahmen offen Stellung. So betonte der bisherige Bürgermeister und Führer der "Nationalen Liste" in Ramallah Karim Chalef: "Unser rechtmäßiger Vertreter ist die PLO, wir sind gegen arabische Zivilverwaltung, weil wir keine Lust haben, den Israelis einen politischen Gefallen zu tun. Wir sind gegen jüdische Siedlungen auf unserem Boden." Ein katholischer Priester, Kandidat auf derselben Liste, stellte klar: "Die Israelis sollen wissen, daß wir sie nicht wollen, und für die PLO sind."

Bei den Wahlen lag diese Liste an der Spitze. Auch der Versuch der israelischen Besatzer, durch Ausweisung von palästinensischen Kandidaten ihre Niederlage zu verhindern, war zum Scheitern verurteilt. Der angesehene Chirurg Al-Natsche, der sich offen zur PNF bekannte und in Hebron kandidierte, wurde von den Besatzungsbehörden ausgewiesen; der Erfolg war, daß die Liste der PNF die Mehrheit im ehemals konservativen Stadtrat erhielt. In Beit Zahir wurde A.Raschawani in den Stadtrat gewählt, der seit langem ohne Prozeß in Administrativhaft sitzt.

### Fortdauernde zionische Provokation

Die Wahlen waren der unmißverständliche Ausdruck des Willens des palästinensischen Volkes, unter Führung ihrer legitimen Vertretung, der PLO, gegen den zionistischen Kolonialstaat zu kämpfen. Demgegenüber halten die Zionisten an der Politik des Terrors und der Unterdrückung fest. Am Karsamstag wurden gegen eine Demonstration in Ramallah die Streitkräfte eingesetzt und 2 Menschen getötet, darunter ein 6jähriger Bub. Für Ostersonntag planen die Zionisten einen Umzug in dem von ihnen besetzten Gebiet. Aber auch diese verzweifelten Versuche, Macht zu demonstrieren, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf des palästinensischen Volkes für seine Rechte und sein Land den Zionistenstaat immer mehr in die Enge treibt.

LIBANON:

# Die Imperialisten lauern auf Möglichkeiten zur Intervention

*Henry Kissinger berät den Libanon-Konflikt "dreimal täglich" mit seinen Beratern. Amerikanische, sowjetische und französische Diplomaten durchreisen geschäftig den Nahen Osten, um die "Libanon-Krise beizulegen". Was sie "beilegen" wollen, ist aber die Selbständigkeit der libanesischen und palästinensischen Massen.*

Seit über einem Jahr harren diese im langandauernden Bürgerkrieg gegen die mit dem Imperialismus verwachsene christliche Kompradorenbourgeoisie aus, die im Libanon die Macht hat. Die reaktionären Kräfte hattendie Vereinbarungen des Waffenstillstands vom 22.1. gebrochen. Ihr Staatspräsident Franjieh hatte sich der Erfüllung seiner Bestimmungen widersetzt. Umso heftiger forderten die arabischen Bauern, Arbeiter, Fischer und Flüchtlinge seinen Rücktritt, als Teil ihres Kampfes gegen die Herrschaft der Reichen. "Gemäßigte" Teile der Bourgeoisie nahmen dies zum Anlaß für ein Manöver: Sie schoben Brigadier Ahdab, den Militärkommandanten von Beirut vor, der Franjieh zum Rücktritt zwingen sollte. Eine neue Gallionsfigur des Finanzkapitals soll herbei. Man hofft, so die Massenkämpfe unterlaufen und ihnen die Spitze nehmen zu können. Die armen Klassen sollen sich damit zufrieden geben und von ihrem Ziel ablassen, ihre eigene Macht im Libanon zu errichten. Dem kommt entgegen, daß die Führung der nationalen Bewegung kleinbürgerliche Kräfte innehaben: Djumblatts "Progressive Sozialistische Partei" und die revisionistische KP Libanons.

Franjieh war zunächst nicht bereit, darauf einzusteigen. Mit Recht fürchtete er, die Massen würden sich damit nicht abfinden lassen. Diese haben im März weitere bedeutenden Erfolge gegen die Reaktion erzielt: Sie vertrieben sie aus weiten Teilen Beiruts und anderen Gebieten, die Faschisten können seither nicht mehr ein zusammenhängendes Gebiet kontrollieren. Den Reichen wurde der Boden heiß. Die Herren und Damen setzten sich in ihren Jachten nach Zypern ab. Die Nationalliberale- und Phalange Partei, dieses Vollzugsorgan des Finanzkapitals, riefen die USA und die UNO zu Hilfe. Allein wurden sie nicht mehr fertig mit den bewaffneten Massen, die libanesische Armee war zersetzt und für sie untauglich. Große Teile von ihr kämpfen unter Leutnant Khatib an der Seite der nationalen Bewegung.

### Die militärische und diplomatische Vorbereitung für die Einmischung...

Den Imperialisten ist die Errichtung einer revolutionären Staatsmacht im Libanon ein tödlicher Schrecken. Das würde die Existenz ihres Hauptwerkzeugs im Nahen Osten, des Erobererstaates Israel, äußerst bedrohen. Zudem ginge der Libanon selbst, als bisheriger Umschlagplatz der Imperialisten im Nahen Osten, verloren.
Für das palästinensische Volk hingegen, das zu einem großen Teil im Libanon in Flüchtlingslagern lebt, wäre die Beseitigung der Herrschaft des Finanzkapitals eine hervorragende Voraussetzung zur Fortführung seines Kampfes gegen seine zionistischen Unterdrücker. Aus diesen Gründen beeilte sich die eine Supermacht USA, den Hilferufen der libanesischen Reaktion zu folgen.



Plakat der PLO zur libanesisch palästinensischen Einheit

Seit 30.März sind Kriegsschiffe der 6.US-Flotte vor der libanesischen Küste konzentriert. Seit 13.4. dazu noch ein Flugzeugträger und zwei Zerstörer. Der Führer der PLO, Arafat, erklärte dazu auf einer Pressekonferenz in Beirut mit Dr. Habash: "Wir befinden uns innerhalb der Reichweite der Artillerie der 6.Flotte. Wir heißen sie willkommen. Wir werden sie so gründlich versenken, wie es in Vietnam geschah." (Herald Tribune,31.3.) Mit den drohenden Kanonenbooten schickten die USA zugleich einen "Vermittler" ins Land: Herr Dean Brown, Vertreter der USA bereits 1970 in Jordanien, als dort der palästinensische Widerstand blutig niedergeschlagen wurde. Ein Experte also für Methoden, dem Kolonialstaat Israel gegen seine erbittertsten Feinde unter die Arme zu greifen.
Es geht ihm um folgendes: Die Niederwerfung der Massenkämpfe einzuleiten, um dem Zionismus neue Möglichkeiten zu verschaffen für seine Aggression gegen das palästinensische Volk und die arabischen Völker. Die zionistische Armee steht seit Monaten Gewehr bei Fuß und hofft darauf, entweder die Teilung des Libanon zu fördern, oder selbst den Süden zu annektieren.

Am 11.4. unterzeichnete das libanesische Parlament eine Verfassungsänderung, nach der Franjieh, der sie am 17.4.unterschrieb, zurücktreten muß. Selbst die Faschisten stimmen dem angesichts ihrer militärischen Niederlagen zu. Herr Dean Brown konferiert nun in Beirut auf der Suche nach einem neuen Präsidenten, "stark genug, um entschlossen die zerrüttete Regierung, Armee und Verwaltung dieses Landes wiederaufzurichten", wie er sagt.(Herald Tribune, 11.4)
Denselben Staatsapparat also, der bisher so gut funktionierte für die Feinde der arabischen Völker. Unterstützt wird Brown dabei von einem zweiten "Experten", Herrn Georges Gorse, Vertreter der alten Kolonialmacht Frankreich. Diese imperialistische Kanonenbootdiplomatie hat Kissinger in der zweiten Aprilwoche nochmals bekräftigt: Er schlug vor, daß US- und französische Truppen direkt als "Friedentruppe" intervenieren sollten, um den Konflikt zu beenden. Dazu sollten noch arabische Truppen kommen - damit die Front der arabischen Völker gegen Zionismus und Imperialismus noch weiter aufgerissen werde.
Die andere Supermacht, die Sowjetunion entfaltet ebenfalls eine rege Aktivität, um im Ringen mit den USA nicht das Nachsehen zu haben. Ihr Gesandter Vladimir Vinogradov reist ebenfalls durch den Nahen Osten und versucht, auf Syrien Druck auszuüben, wo auch die revisionistische KP K.Bagdashes an der Regierung mitbeteiligt ist. Gleichzeitig setzt die SU im Libanon auf die dortige KP, die sie erheblich mit Waffen ausgestattet hat, um über diese ihren Einfluß auszudehnen.

### ... stößt auf die Wachsamkeit der arabischen Völker

Unter den Bedingungen einer drohenden imperialistischen Intervention bzw. einer möglichen zionistischen Aggression hat die syrische Regierung verstärkt in die Entwicklung im Libanon eingegriffen. Syrien hat als arabisches Land einerseits Interesse an der Einheit des Libanon. Andererseits ist der in Syrien herrschenden selbständigen Nationalbourgeoisie die revolutionäre Massenbewegung im Libanon zuwider, ihr Beispiel für sie selbst gefährlich. Zunächst versuchte sie die Entwicklung über die ihr nahestehende PLO-Organisation Saiqua zu lenken, was die Einheit der PLO gefährdete. Mit der Nachschubblockade zu Land und zur See und schließlich mit dem Einmarsch von regulären Truppen hat sie ihren Vorstellungen einer Lösung Nachdruck verliehen. In Saida, im Südlibanon demonstrierten am 14. April Tausende gegen jegliche ausländische oder arabische Bevormundung. PLO-Führer Arafat wandte sich "gegen militärische Erpressungsversuche" (ORF). Das militärische Eingreifen Syriens hat überdies Zwistigkeiten mit anderen arabischen Ländern heraufbeschworen, die sich dagegen wandten.

Am 16.4. einigten sich der syrische Präsident Assad und PLO-Führer Arafat auf eine 7-Punkte Erklärung, die vorsieht: Sofortige Beendigung der Kämpfe und Überwachung durch die schon am 22.1. vorgesehene syrisch-libanesisch-palästinensische Militärkommission, die stärkere Befugnisse haben soll. Ablehnung der Internationalisierung des Konflikts, insbesondere der Lösungsvorschläge der USA und Bekräftigung der Einheit des Libanon (ORF, 16.4.). Laut Associated Press soll Arafat zugesichert bekommen haben, daß sich die syrischen Truppen demnächst zurückziehen würden.

Ihrem Hauptinhalt nach richtet sich diese Erklärung also gegen die drohende Intervention der Imperialisten und ihre Versuche, den Libanon zu teilen. Die libanesichen Massenkämpfe haben unter kleinbürgerlicher Führung bisher nicht vermocht, eine klare Entscheidung herbeizuführen. Die 7-Punkte Erklärung vom 16. April ist unter diesen Bedingungen geeignet, daß die libanesischen Massen Kräfte sammeln, um ihre Selbständigkeit wiederzuerlangen und ihre Kampf für die Errichtung eines einheitlichen revolutionären und demokratischen Libanon fortzusetzen. Es wirkt zudem der Aufreibung der Speerspitze der arabischen Revolution, der PLO,entgegen, und verhindert, daß bedeutende Teile ihrer Kräfte gebunden sind.

a.g.

## Interview mit einem Vertreter der FPOLISARIO

# Befreiungskampf in der Westsahara

**Das saharauische Volk führt seinen Kampf um nationale und soziale Befreiung weiter und übt seine Selbstbestimmung aus, indem es zu den Waffen greift. Entgegen der bürgerlichen Lügenpropaganda über die "vollständige Herrschaft Mauretaniens und Marokkos" über das Gebiet entfaltet das saharauische Volk seine militärischen Aktionen gegen die Besatzer und organisiert das Leben in den befreiten Gebieten.**
**"Die FPOLISARIO führt im Süden der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und Nordmauretanien täglich Operationen durch, um dem Feind den Nachschub abzuschneiden. Offiziell heißt es, es sei alles ruhig. Gleichzeitig kann man aber lesen, daß ein mauretanischer Konvoi zwanzig Tage brauchte, um 500 Kilometer zurückzulegen. Auch über den Westen Mauretaniens übt die Volksbefreiungsarmee die Kontrolle aus, eine Eisenbahnlinie und ein Förderband wurde bei Nouadhibou zerstört."**
**(aus einer Erklärung eines Mitglieds der Internationalen Kommission der FPOLISARIO).**
**Wir drucken im folgenden ein Interview mit einem Mitglied des "Komitees für internationale Beziehungen" der FPOLISARIO ab, das in der KVZ Nr. 11/76 veröffentlicht wurde. (gekürzt)**


Befreiungskämpfer der FPOLISARIO

***Am 26. Februar haben der bürgerlichen Presse zufolge die letzten spanischen Soldaten die Westsahara verlassen. Fast ein Jahrhundert hat der spanische Kolonialismus das Land ausgesaugt und das Volk unterdrückt, es in Rückständigkeit und Elend gehalten. Wie drückt sich das im heutigen Zustand des Landes und den Lebensbedingungen der Massen aus?***

Der Rückzug der spanischen Truppen aus Sahara wurde über das Madrider Dreiparteien-Abkommen zwischen Marokko, Spanien und Mauretanien geregelt. Dadurch hat sich Spanien seiner Verantwortung gegenüber den Resolutionen internationaler Institutionen wie der UNO entzogen. Diese hatten festgelegt, daß Spanien seine Verantwortung gegenüber dem Sahara-Problem bis zur vollständigen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des saharauischen Volkes wahrnehmen muß unter Kontrolle der UNO und Mitwirkung der Bevölkerung von Sahara.

Die ganze Kolonialzeit über war das saharauische Volk einer schrecklichen Unterdrückung unterworfen. Aber es hat immer Widerstand geleistet und sich nie unterworfen. Die Besetzung des ganzen Territoriums war Spanien bis 1934 nicht möglich. Erst dann wurde durch eine gemeinsame militärische Operation von Spanien und Frankreich der Widerstand gegen die Besetzung gebrochen. Das saharauische Volk ist ein reiches Volk, sein Land ist ein reiches Land, es hat eine reich entfaltete Kultur, eine entwickelte Zivilisation, die der Welt viel gegeben hat, sowohl Nordafrika, dem Maghreb und der westlichen Welt. Das Elend, das herrscht, hat seine Wurzel im spanischen Kolonialismus, der zur Unterwerfung des saharauischen Volkes die systematische Liquidierung der Lebensgrundlagen betrieb, des Viehs, der Jagdmöglichkeiten, die Brunnen vergiftete, die überlieferte Kultur zu zerstören versuchte und die Bevölkerung in Gebiete verdrängte, wo sie sich nicht entfalten konnte, und der die Reichtümer des Landes plünderte.

Die Folge war, daß der Widerstand von Mal zu Mal stärker wurde, besonders 1956, als unsere Befreiungsarmee gegründet wurde und große Teile unseres Landes befreite. Der spanische Kolonialismus rief wieder den französischen zu Hilfe, damals aus Mauretanien und Algerien. Marokko, gerade erst unabhängig geworden, beginnt bereits, an diesen Aktionen des Kolonialismus teilzunehmen, indem es dem Widerstand jegliche Unterstützung abschnitt. Als Gegenleistung erhält es die Provinz Sahara, die es 1958/59 annektierte. Der Widerstand unseres Volkes geht dann auf anderen Ebenen weiter, z.B. auf der kulturellen. Am 17. Juni 1970 erhebt es sich in einer großen Demonstration gegen den Versuch, aus unserem Land eine Provinz Spaniens zu machen. Nach den friedlichen Demonstrationen, die brutal unterdrückt wurden, beginnt die Bewegung unseres Volkes für nationale Befreiung sich die Frage des bewaffneten Kampfes ernsthaft zu stellen. Diese Bewegung beginnt die Massen zu mobilisieren und zusammenzufassen. Am 10. Mai 1973 kann die FPOLISARIO gegründet werden, die die Weiterführung der früheren Organisationen ist und eine neue Etappe des Kampfes unseres Volkes einleitet. Nachdem die militärischen und politischen Siege unseres Volkes immer größer wurden, verkauft Spanien in zynischer Weise unser Land an Marokko und Mauretanien, was der Kolonialismus im Laufe seiner Geschichte niemals getan hat. Auf diese Weise will er jetzt seine Interessen sichern, vor allem die des US-Imperialismus und bestimmter multinationaler Firmen – Krupp, Gulf-Oil und andere.

***Wie sind die Lebensbedingungen der Massen in den besetzten Gebieten?***

Seit der Invasion Marokkos und Mauretaniens wird gegen unser Volk ein völkermörderischer Krieg geführt, die Lage der Massen ist schrecklich, sie werden verfolgt, die Gefängnisse sind überfüllt, Folterung an der Tagesordnung. Sie verhaften Frauen, vergewaltigen und töten sie,




mehr als 160 Kinder wurden kaltblütig umgebracht. Das nur, um alle einzuschüchtern, Widerstand soll zwecklos erscheinen. Durch den Terror waren die Menschen zur Flucht in die befreiten Gebiete gezwungen. Nachdem die Fluchtbewegung bemerkt wurde, versuchten die Besatzungstruppen das zu verhindern. Sie bombardieren zivile Einrichtungen. Für die Bombardierungen möchte ich folgendes Beispiel anführen: Nachdem unsere Volksbefreiungsarmee die Invasionstruppen im Namen unseres Landes aufgehalten hat und die mauretanische Invasion im Süden unseres Landes zurückgeschlagen hatte, hat die marokkanische Besatzungsarmee ein neues Moment eingeführt, nämlich die ständige Bombardierung mit Napalm. So die Bombardierungen des Lagers von Mudreiga, und davor Bombardierungen von Bir.

Ein Mittel zur Unterdrückung ist die Kontrolle der Lebensmittel und ihre Verteilung. Um Essen zu erhalten, braucht man eine Sonderbescheinigung der Regierung, diese erhält man nur gegen eine Erklärung, daß man mit der neuen Regierung einverstanden ist und nur für eine geringe Menge, damit man nichts weitergeben kann. Das gleiche gilt für die Erlaubnis sich frei zu bewegen. Damit konnte aber der Widerstand auch nicht verhindert werden. Nach der Ankunft des UNO-Sonderbeauftragten Rydbeck wurde in El Aiun z.B. viel gegen die marokkanische Besetzung demonstriert und klargemacht, daß wir die Unabhängigkeit wollen und die FPOLISARIO die einzig rechtmäßige Vertretung des saharauischen Volkes ist. Daraufhin wurden etwa 130 Frauen in El Aiun eingekerkert. Einigen wurden die Hände abgeschnitten, weil sie Wandzeitungen gemalt hatten. Etwa 3 oder 4 Frauen sind gestorben und in Südmarokko wurde berichtet, daß 600 Familien gänzlich verschwunden sind.

Es ist verboten, saharauische Lieder zu singen, die Landestracht zu tragen, die spanischen Peseten werden nicht angenommen, nur der marokkanische Dirham gilt als Geld. Das heißt, es wird die „Marokkanisierung" des Landes betrieben. Das heißt mit dem Versuch der physischen Vernichtung der Saharauis geht einher der Versuch, seine kulturelle und sonstige Existenz als Volk zu vernichten. Das entspricht der Strategie des Imperialismus, der sich der Schwäche der reaktionären Regimes, der marokkanischen Monarchie und Ould Daddas, bedient und die die Pläne des Imperialismus unterstützen. Ihr wißt, daß in Marokko Stützpunkte des US-Imperialismus sind und eine große Zahl amerikanischer Soldaten.

***In welcher Weise können die Massen Widerstand leisten und wie arbeitet die POLISARIO in den besetzten Gebieten?***

Die Massen sind vollständig in die FPOLISARIO integriert, die POLISARIO und das saharauische Volk sind identisch. Das wurde bereits unter dem spanischen Kolonialismus erreicht. Wir führen die Arbeit unter den Massen weiter,

militärische Operationen finden statt, z.B. wurde vor einigen Tagen eine Operation gegen das Phosphat-Transportband von Bou Craa an die Küste durchgeführt, es finden auch Sabotageakte in der Hauptstadt El Aiun gegen die Besatzungsstreitkräfte, die Kasernen statt. Das Volk beteiligt sich wirksam. Obwohl das sehr schwierig und hart ist, haben wir den Kampf weitergeführt und in den Süden Marokkos und Norden Mauretaniens ausgedehnt. Die Stadt Bir Mothrein in Marokko wurde angegriffen.

***Die FPOLISARIO hat die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) proklamiert. Befindet sich die Regierung im Exil oder übt sie die Kontrolle über einen Teil des Landes und der Bevölkerung im Land aus?***

Wir haben die Demokratische Arabische Saharaui-Republik innerhalb der befreiten Gebiete ausgerufen. Es ist also keine Exilregierung, wir kontrollieren nur einen Teil unseres Landes, die Invasionskräfte haben einige Teile des Territoriums besetzt, die sie für den Schutz der Minen von Bedeutung halten. Den Rest des Gebietes beherrschen wir, wir kennen unser Land besser als sie, lassen sie feste Stellungen bauen, kreisen sie ein und isolieren sie. In den besetzten Gebieten lebt etwa noch 1/3 der Bevölkerung, meist Alte, Frauen und Kinder. Die Menschen sind vor den Invasoren aus den besetzten Gebieten geflohen, zehntausende sind in Flüchtlingslagern in den befreiten Gebieten, wo wir das Leben auf improvisierte Weise organisieren. Die Massen wählen verschiedene Komitees, die für Fragen der wirtschaftlichen Versorgung, des Gesundheitswesens, der Erziehung zuständig sind, politische Komitees usw. die koordiniert werden durch den später gegründeten Provisorischen Nationalen Rat. Das Leben ist hart und schwierig, aber diese Organisationsform funktioniert sehr gut.

***Das Volk von Sahara führt seinen Kampf für Selbstbestimmung trotz aller Intrigen der Imperialisten zur Spaltung der arabischen Staaten und Völker. Weshalb kann der Imperialismus bei Marokko und Mauretanien ansetzen?***

Was die Interessen des Imperialismus betrifft, so kommen zu den großen natürlichen Reichtümern, den Bodenschätzen und reichen Fischgründen, die strategische Bedeutung hinzu, die sie dem Gebiet beimessen. Es ist die älteste spanische Kolonie und eine derjenigen, die sie am entschiedensten zu halten versuchen. Sie stellt ein strategisches Kettenglied dar für die Kontrolle der Verbindungswege vom Atlantik zum Arabischen Golf, um Südafrika herum und durch das Mittelmeer und Rote Meer. Sie dient auch dem Schutz der Stützpunkte auf den Kanarischen Inseln. In Marokko haben die USA Stützpunkte. Der US-Imperialismus versucht zur Zeit, aus Marokko einen neuen Iran zu machen, einen in diesem Teil Afrikas, der in der Lage ist, die Bewegungen der Völker dieser Region zu kontrollieren und dem Imperialismus als Basis für Angriffe in dieser Region dienen kann. Die reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien wollen nicht, daß ein Volk, welches eine lange Geschichte im Befreiungskampf hat und weiterkämpft, den Völkern Marokkos und Mauretaniens als Beispiel dient. Dieses Volk von Sahara zu vernichten, heißt für sie, die imperialistischen Interessen verteidigen und um jeden Preis verhindern, daß für das marokkanische und mauretanische Volk ein Beispiel geschaffen wird.

Was die Haltung unserer DARS in der Frage der internationalen Beziehungen betrifft, so gelten die Prinzipien der Selbstbestimmung, der gegenseitigen Nichteinmischung und Blockfreiheit. Unser Volk hat seine ganze Geschichte hindurch gekämpft, um seine vollständige Unabhängigkeit zu erreichen und jede fremde Einmischung zurückzuschlagen, im Laufe des Kampfes hat es sich ein nationales Aktionsprogramm geschaffen, die Aufgaben festgelegt, die kurz-, mittel- und langfristig erreicht werden sollen. Wir fordern alle Gerechtigkeit und Frieden liebenden Kräfte, alle Regierungen und Parlamente, die dafür eintreten, auf, sich gegen die Invasion und den Völkermord zu wenden und die Demokratische Arabische Saharauische Republik anzuerkennen.

Fortsetzung von Seite 28

# Ein konterrevolutionärer Zwischenfall . . .

schrien und aufgehalten. Mehreren Volkspolizisten wurden die Mützen von den Unruhestiftern heruntergerissen und in die Luft geworfen. Einige bewarfen die Volkspolizei mit Messern, Dolchen und anderen Mordwaffen. Einige Volkspolizisten wurden eingekreist und verprügelt.

Am Nachmittag des gleichen Tages begingen diese Handvoll Konterrevolutionäre noch schwerere Sabotageakte. Sie zündeten vier Fahrzeuge an, darunter die Autos, die Wasser und Essen für die diensthabenden Arbeitermilizionäre brachten, und Fahrzeuge der Sicherheitsabteilung. Um etwa 17 Uhr stürmten die üblen Elemente nochmals die Kaserne, zerrten die am Eingang stehenden Wachtposten weg und verprügelten sie. Sie zerschmetterten die Fenster und Türen des Erdgeschosses und räumten alles Bewegliche aus den Zimmern. Radios, Bettdecken, Laken, Kleidung und Bücher wurden ausnahmslos von dieser Horde Konterrevolutionären in Brand gesteckt. Sie verbrannten und demolierten auch einige Dutzende Fahrräder der Arbeitermilizionäre der Hauptstadt. Schwarzer Rauch stieg zum Himmel. Das konterrevolutionäre Geschrei übertönte alles. Fast alle Fensterscheiben der Kaserne wurden eingeschlagen. Anschließend steckten sie die Kaserne in Brand.

In den revolutionären Massen entflammte größter Haß gegen diesen konterrevolutionären politischen Zwischenfall. Die Handvoll übler Elemente aber meinte hochmütig: „Das ist die Kraft der Massen." Sie behauptete ferner anmaßend: „Jetzt kann uns niemand mehr niederwerfen. Auch ein Regiment oder ein Armeekorps wäre dazu nicht imstande" usw. usf. Ihre reaktionäre Anmaßung war ungeheuerlich.

In den letzten Tagen schrieben diese Kerle nicht nur reaktionäre Gedichte, sondern plakatierten auch kleine Zettel mit reaktionärem Inhalt. Sie priesen die angeblichen Verdienste Deng Hsiao-pings und versuchten, ihn zu einem Nagy, dem Anführer des konterrevolutionären Zwischenfalls in Ungarn, zu machen. „Als Deng Hsiao-ping die Arbeit des ZK leitete, wurde ein entscheidender Sieg im Kampf errungen", „das Volk des ganzen Landes war höchst erfreut", so faselten sie. Eine andere boshafte Attacke und Verleumdung lautete: „Der jüngste sogenannte Kampf gegen die Rechtsabweichung ist die Aktion einer Handvoll von Karrieristen zur Revision der gefällten Urteile." Diese Kerle traten offen gegen den vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierten und angeleiteten großen Kampf gegen den rechtsabweichlerischen Wind zur Revision richtiger Urteile auf. Ihre konterrevolutionäre Arroganz kannte wirklich keine Grenzen.

Aber der Tag, an dem die Konterrevolutionäre wüten, ist auch der Tag ihres Untergangs. Sie sind in größte Isolierung geraten und haben beim Volk keine Unterstützung gefunden. Als diese Horde übler Elemente Konflikte provozierte, Gewalttaten verübte und Wühl- und Sabotagetätigkeiten unternahm, traten viele revolutionäre Menschen mutig auf, verurteilten ihre konterrevolutionären Aktivitäten und bekämpften sie. Die Arbeitermilizionäre der Hauptstadt, die Volkspolizisten und VBA-Wachtposten, die auf dem Platz Dienst hatten, sowie die anwesenden revolutionären Massen kämpften vereint und mutig und verteidigten so mit Taten den Vorsitzenden Mao, das ZK der Partei und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao sowie die große Hauptstadt des sozialistischen Vaterlandes.

Als die Handvoll übler Elemente um 17 Uhr die Kaserne abermals in Brand zu stecken versuchte, löschten die VBA-Wachtposten unter Lebensgefahr das Feuer. Bei Maßnahmen zum Schutz der Volkskongreßhalle wurden über 100 Arbeitermilizionäre verwundet, darunter befanden sich 10 Schwerverletzte. 6 Wachtposten wurden verschleppt, viele verletzt. Die Volkspolizisten kämpften unter großer Gefahr. Die leitenden Genossen der Kommandostelle der Arbeitermiliz der Hauptstadt blieben im zweiten Stock und harrten im Kampf aus, selbst als die Kaserne belagert wurde und das Feuer bis in den ersten Stock drang. Die Telefonisten berichteten in den kritischen Momenten ruhig und geschickt den betreffenden leitenden Abteilungen über die Lage.

Um 18 Uhr 30, nachdem die Ansprache des Genossen Wu Dö durch Lautsprecher durchgegeben worden war, verließ der größte Teil der Zuschauer und der Irregeführten sehr schnell den Platz. Eine Handvoll Konterrevolutionäre aber leisteten immer noch verzweifelt Widerstand. Sie klebten weitere reaktionäre Gedichte in der Umgebung des Denkmals der gefallenen Volkshelden an. Um 21 Uhr 30 ergriffen einige zehntausend Arbeitermilizionäre der Hauptstadt auf den Befehl des Revolutionskomitees der Stadt Peking hin zusammen mit der Volkspolizei und den Wachtposten kurz entschlossen entsprechende Maßnahmen und übten die Diktatur des Proletariats aus. Von hohem Kampfgeist beseelt, marschierte die heroische Volksmiliz der Hauptstadt erhobenen Hauptes in Reih und Glied auf den Tiänanmen-Platz und versetzte den Konterrevolutionären machtvolle Gegenschläge. Sie umzingelte die üblen Elemente, die immer noch rund um das Denkmal Straftaten verübten und Unruhe stifteten, und nahm die auf frischer Tat ertappten Verbrecher und Schwerverdächtigen in Untersuchungshaft. Diese Handvoll zähnefletschender übler Elemente erwies sich der mächtigen Diktatur des Proletariats gegenüber als äußerst schwach. Wie herrenlose Hunde hockten sie auf dem Boden und zitterten am ganzen Leibe. Manche gaben hastig die zu sich gesteckten Messer und Dreikantdolche sowie Notizbücher, in denen reaktionäre Gedichte notiert waren, ab; einige Verbrecher, die mit Dolchen Mordanschläge zu verüben und verzweifelt Widerstand zu leisten versuchten, wurden gebührend bestraft. Die breiten revolutionären Massen klatschten Beifall und waren darüber höchst erfreut. Die Bevölkerung der ganzen Stadt unterstützte von ganzem Herzen die revolutionäre Aktion der Arbeitermilizionäre der Hauptstadt, der Volkspolizisten und der Wachtposten und lobte sie einmütig.

*(Von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenreportern und Korrespondenten der „Renmin Ribao")*

aus "PEKING RUNDSCHAU"Nr. 15/76 (gekürzt)



**Tientsin:** Hunderttausende unterstützen die Beschlüsse des ZK der KPCh

# Revolutionäre Kritik der Arbeiter und Bauern an der politischen Linie von Deng Hsiao-ping

In der VR China hat der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den letzten Wochen scharfe Formen angenommen. Deng Hsiao-ping und seine Anhänger hielten an ihrem Ziel der Wiedereinführung der kapitalistischen Ausbeuterordnung trotz geduldiger Kritik durch die Volksmassen fest. Unter revolutionären Phrasen fuhren sie fort, sich gegen die revolutionäre Linie der Partei zu stellen, sie begannen Intrigen zu spinnen und Spalterei zu betreiben. Die bürgerlichen Machthaber in der Partei versuchten, vom Klassenkampf als Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus abzulenken, damit diese bürgerlichen Elemente selbst den Kampf zur Niederwerfung des Proletariats und Wiedererrichtung der Ausbeuterordnung leichter führen könnten. Der von ihnen provozierte Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz zeigt, daß sie kein Mittel scheuen, um ihre reaktionären Ziele zu verfolgen; er zeigt aber auch, daß die Arbeiter und Bauern Chinas äußerst wachsam sind und fähig, die bürgerlichen Elemente zu durchschauen, zu kritisieren und zu stürzen, selbst wenn sie mitten in der Kommunistischen Partei sitzen. Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPCh zur Entfernung Dengs aus allen Ämtern und über die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK und zum Ministerpräsidenten wurden von den Arbeitern, Bauern und Soldaten der Volksbefreiungsarmee und revolutionären Studenten begeistert begrüßt. In Peking demonstrierten über eine Million Menschen und verwandelten die Straßen der Hauptstadt in ein Meer von roten Fahnen. Revolutionäre Massenkundgebungen und Umzüge größten Ausmasses folgten in den Tagen darauf in Schanghai, Kanton und allen andern chinesischen Städten. Im ganzen Land bekundeten die Arbeiter, Bauern, Soldaten und Studenten ihre Entschlossenheit, die Kampagne zur Kritik an den reaktionären politischen Positionen Deng Hsiao-pings fortzusetzen.

## DER BESCHLUSS DES ZK DER KP CHINAS ÜBER DIE ERNENNUNG DES GENOSSEN HUA-GUO-FENG ZUM ERSTEN STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DES ZK DER KP CHINAS UND ZUM MINISTERPRÄSIDENTEN DES STAATSRATS

*Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas einstimmig die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum 1.Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China bestätigt.*

*Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas*

*Den 7.April 1976*

## DER BESCHLUSS DES ZK DER KP CHINAS ÜBER DIE ENTHEBUNG DENG HSIAO-PINGS VON ALLEN ÄMTERN INNERHALB UND AUSSERHALB DER PARTEI

*Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas hat den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben, ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft beizubehalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält.*

*Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas*

*Den 7.April 1976*






# Ein konterrevolutionärer Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz

Anfang April haben eine Handvoll Klassenfeinde auf dem Tiänanmen-Platz in der Hauptstadt unter dem Vorwand des Gedenkens an Ministerpräsident Tschou En-lai anläßlich des Tjingming-Festes vorsätzlich, planmäßig und organisiert einen konterrevolutionären politischen Zwischenfall inszeniert. In aller Öffentlichkeit hielten sie reaktionäre Hetzreden, hängten reaktionäre Gedichte und Parolen aus, verteilten reaktionäre Flugblätter und wiegelten dazu auf, konterrevolutionäre Organisationen zu bilden. Mit Anspielungen und offen konterrevolutionärer Sprache schrien sie wie toll: „Die Zeit des Kaisers Tjin Schi Huang ist schon vorbei." Unverhüllt sprachen sie sich für Deng Hsiao-ping aus; sie richteten wie vom Wahnsinn befallen die Speerspitze ihres Angriffs gegen unseren großen Führer, den Vorsitzenden Mao; sie versuchten, das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze zu spalten, von der Hauptrichtung der aktuellen Kritik an Deng Hsiao-ping und des gegenwärtigen Kampfes gegen den rechtsabweichlerischen Wind zur Revision richtiger Urteile abzulenken, und führten konterrevolutionäre Aktionen durch.

Am 5. April erreichten diese konterrevolutionären Aktionen ihren Höhepunkt. Um etwa 8 Uhr morgens wurde ein Lautsprecherwagen des städtischen Amtes für öffentliche Sicherheit demoliert und umgekippt, das Wagenchassis und die Lautsprecher wurden zerstört. Nach 9 Uhr befanden sich vor dem Eingang der Großen Volkskongreßhalle über 10 000 Menschen. Schätzungen zufolge betrug die höchste Ansammlung von Menschen auf dem Platz an die 100 000. Außer einer winzigen Zahl schlechter Elemente, die Zwischenfälle herbeiführten, war die große Mehrheit von ihnen Leute, die vorbeikamen und beobachtend verweilten. Manche scharten sich um das Denkmal. Die überwiegende Mehrheit der Anwesenden war auf der westlichen Seite des Platzes in der Nähe des östlichen Eingangs der Volkskongreßhalle konzentriert. Rund 10 Jugendliche wurden von Unruhe stiftenden schlechten Elementen eingekreist und verprügelt. Auf ihren Köpfen bildeten sich blutige Beulen, ihre Gesichter waren geschwollen und blutüberströmt. Die Rowdys, die Unruhen stifteten, schrien: „Tötet ihn, tötet ihn!" Einem Wachtposten, der einzugreifen suchte, wurden die Kragenspiegel und die Kokarde an der Mütze von Rowdys abgerissen, seine Jacke wurde aufgerissen und sein Gesicht blutig geschlagen. Diese schlechten Elemente behaupteten arrogant: „Niemand kann die Situation kontrollieren, niemand vom Zentralkomitee kann die Entwicklung aufhalten. Wenn heute jemand vom ZK kommt, wird er nicht lebend zurückkehren!" Dabei kannte ihre konterrevolutionäre Arroganz keine Grenzen. Viele Anwesende sagten voll Empörung: „Seit der Befreiung ist der Tiänanmen-Platz immer jene Stätte gewesen, auf der unser großer Führer, der Vorsitzende Mao, den Vorbeimarsch der revolutionären Massen abnahm. Auf diesem Platz ist solch ein konterrevolutionärer Zwischenfall absolut unzulässig!" Einige hundert Arbeitermilizionäre stellten sich zur Verteidigung der Volkskongreßhalle in Reih und Glied im Säulengang der Volkskongreßhalle auf, sie wurden von den üblen Unruhestiftern in Gruppen gespalten. Diese Horde schlechter Elemente rief immer wieder hysterisch reaktionäre Parolen. Wer aus der Menschenmenge gegen sie auftrat, wurde von ihnen schonungslos verprügelt und holte sich dabei einen blutigen Kopf. Manche wurden nach der Prügelei zum Denkmal gezerrt und im Knien zu einem „Schuldgeständnis" gezwungen.

5 Minuten nach 11 Uhr strömte eine große Anzahl von Leuten zum Historischen Museum an der östlichen Seite des Tiänanmen-Platzes. Vor dem Museum suchte eine Genossin den Zug aufzuhalten; sie wurde sofort verprügelt. Zur gleichen Zeit umzingelte eine Horde schlechter Elemente eine Kaserne der Befreiungsarmee an der südöstlichen Ecke des Platzes in der Nähe des Gebäudes mit dem Uhrenturm. Sie zerschlug die Eingangstür und besetzte das Haus. Einige Kerle mit Stoppelglatze hielten, einander ablösend, über ein Megaphon mit heiserer Stimme Hetzreden. Um etwa 12 Uhr proklamierten einige Unruhestifter die Gründung einer „Kommission der Einwohner der Hauptstadt zum Gedenken an den verstorbenen Ministerpräsidenten". Ein bebrillter Kerl verkündete anmaßend, das Sicherheitsamt müsse in 10 Minuten eine Antwort geben, sonst würde man die Sicherheitsabteilung zerschmettern.

30 Minuten nach 12 Uhr marschierten diensthabende Wachtposten vom Tiänanmen-Platz zur Verteidigung der Kaserne der Befreiungsarmee in geschlossener Reihe zur Kaserne. Die üblen Unruhestifter riefen demagogisch: „Die Soldaten des Volkes müssen auf der Seite des Volkes stehen!" „Die Irregeführten sind schuldlos!" Anschließend wurde ein PKW Marke Schanghai von ihnen umgekippt und in Brand gesteckt. Die zum Brandort gesandten Feuerwehrleute und Wachtposten wurden aufgehalten, ein Löschfahrzeug wurde demoliert. Diese schlechten Elemente behaupteten, das Feuer löschen hieße, die Massenbewegung unterdrücken. Mehrere Feuerwehrleute wurden blutig geschlagen.

15 Minuten vor 13 Uhr zog eine Abteilung der Volkspolizei zur Unterstützung auf. Auch sie wurde ange-

Fortsetzung auf Seite 27